

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich 1.10 RM., vierteljährlich 3.30 RM., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postgebühren: 1.10 RM. pro Monat. Eintrag in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1.10 RM., für das übrige Ausland 2 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Demokratie!

I.

In der Parteipresse ist die Empfindung fast allgemein, und sie kommt mit großer Entschiedenheit zum Ausdruck, daß das Vorgehen der badischen Landtagsfraktion eine Gefährdung der Einheit der Partei, eine Bedrohung der unerlässlichen organisatorischen Bedingungen jeder Parteilichkeit bedeutet. Auch jene Blätter, die in manchen Auffassungen von denen der Majorität in der Partei abweichen, erkennen und geben zu, daß diese Fragen jetzt nicht in erster Linie zur Entscheidung stehen, daß es sich jetzt vielmehr zu allererst um die Wahrung dessen handelt, was der Stolz und die Stärke der deutschen Arbeiterbewegung bisher gewesen, der demokratischen Einordnung der Teile in die Reihen der Gesamtpartei.

Wir können auch nicht daran zweifeln, daß bei ruhiger, leidenschaftsloser, aber eingehender, ernster und die ganze Tragweite der Frage erfassender Beurteilung auch diejenigen Parteigenossen, die zugleich in der Gewerkschaftsbewegung an hervorragender Stelle stehen, zu demselben Schlusse gelangen werden, zu dem Schlusse, daß über alle anderen Erwägungen die eine im Vordergrund bleiben müsse: die Wahrung der Disziplin, die Einheit der Aktion aufrecht zu erhalten. Denn jede Lockerung und Zerreißung der Parteeinheit bedeutet eine schwere Schädigung der Partei und jede Schädigung der Partei ist zugleich eine schwere Schädigung der ganzen Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen nicht minder als der politischen. Das Gefühl für die untrennbare und innige Zusammengehörigkeit beider Bewegungen war nie stärker als jetzt, die Einsicht in die Intenität der politischen und gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse nie klarer. Es wäre deshalb ganz unpassend, daß die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossen nicht mit der gleichen Sorge die Gefahr betrachten, die das Vorgehen der badischen Fraktion über die Partei heraufbeschworen hat, nicht mit uns in gleicher Weise, mit gleichem Nachdruck und gleicher Energie die Mittel suchen werden, diese Gefahr zu bannen, so zu bannen, daß sie nicht wiederkehren kann.

Die Partei darf solche Erwartung um so sicherer hegen, als sie sich bewußt sein darf, ihre Pflicht erfüllt und für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung getan zu haben, was sie vermochte. Als die Zentralisation, die das Interesse der Gewerkschaften gebieterisch erforderte, Widerstand fand und die Lokalisten sich den Beschlüssen der Majorität der Gewerkschaftler nicht fügen wollten, hat die Partei das Ihre getan, um diesen Beschlüssen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Sie hat ihr schärfstes Zwangsmittel angewendet und hat die Parteigenossen, die sich nicht fügten, aus der Partei ausgeschlossen. Die Partei hat als Organ der Einheit der Gewerkschaftsbewegung gehandelt.

Das Interesse an der Erhaltung der demokratischen Selbstregierung der Partei, die die Unterordnung unter die Beschlüsse des Parteitagess zur unerlässlichen Voraussetzung hat, ist überhaupt keine Angelegenheit, um die sich nur der eine Zweig der Arbeiterbewegung oder gar nur eine Richtung innerhalb der Partei zu sorgen brauchte. Sie ist vielmehr die dringendste Sorge eines jeden Klassenbewußten Arbeiters. Wie der Staatsstreich einer Regierung gegen die Volksvertretung unmittelbar Sache jedes einzelnen Staatsbürgers ist, der nicht sein politisches Selbstbestimmungsrecht feige im Stich lassen will, so ist die Beiseitsetzung der Beschlüsse des Parteitages, dieses Parlaments der Arbeit, Sache eines jeden Arbeiters, denn ein wichtiges Parteirecht, das Recht als gleiches und vollberechtigter Genosse die Politik der Partei mitzubestimmen, ist aufgehoben, wenn eine Gruppe — sei ihre Stellung und ihre Absicht, welche immer — aus eigener Machtvollkommenheit die Geltung der Beschlüsse der Gesamtpartei für sich in Abrede stellt.

Ein Parteiblatt, die „Frankfurter Tagespost“, äußert die Ansicht, die badische Fraktion hätte keinen Beschluß mißachtet, da sie sich doch in Nürnberg der Erklärung Segitz' angeschlossen hätte, die die Budgetresolution nicht für bindend bezeichnet habe. Als ob die vorherige Ankündigung, einen Beschluß zu brechen, diesen Beschluß aufheben könnte! Wird der Staatsstreich dadurch verfassungsgemäß, daß die Regierung schon vorher damit droht? Und was würde unser Nürnberger Bruderblatt dazu sagen, wenn eine Gruppe, die etwa für eine terroristische Taktik der Propaganda der Lat schwärmt, in einer Rechtsverwahrung erklärte, sie halte sich an entgegenstehende Beschlüsse nicht gebunden, und dann zur Ausführung ihrer Beschlüsse überginge? Was aber nach links hin sofort unerträglich scheint, wird das gerechtfertigt, wenn es von einer anderen Seite geübt wird? Die Schwäche des Arguments zeigt nur die Unhaltbarkeit der Position und unser Nürnberger Blatt würde wirklich der Gesamtpartei einen viel größeren Dienst tun, wenn es rücksichtslos der Wahrheit die Ehre gäbe und die Unvereinbarkeit des Vorgehens der badischen Fraktion mit der Grundlage der Partei zugestünde.

II.

Es ist aber von der höchsten Bedeutung, daß die Stellungnahme der Partei eine möglichst einmütige und möglichst geschlossene sei. Denn nur dadurch kann noch

Schlimmeres, als schon geschehen, verhütet werden. In einem Teil unserer Presse wird mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, wie schädlich ein Parteistreit so kurz vor den Reichstagswahlen, die diesmal ganz besonders große politische Bedeutung haben, wirken müsse. Viele Blätter weisen darauf hin, daß dieser Umstand die badische Fraktion in ihrem Vorgehen ermutigt habe, sie hätte sich daraus verlassen, daß die Partei in solcher Situation nicht die Energie finden werde, den Angriff auf die Grundlage ihrer Verfassung mit der sonst zu erwartenden Energie abzuweisen.

Sollten solche Erwägungen wirklich eine Rolle gespielt haben, so haben sich die badischen Parlamentarier auch hier wieder nur als schlechte Taktiker bewiesen. Gewiß, die Mahnungen einzelner Blätter, die politische Gesamtsituation nicht aus den Augen zu verlieren, verdient die ernsteste Beachtung auch dann, wenn man der Meinung ist, daß diese Mahnung vor allem von der badischen Fraktion nicht hätte gänzlich mißachtet werden dürfen. Aber gerade weil wir vor Reichstagswahlen stehen, die eine Aenderung der politischen Situation bewirken und der künftigen sozialdemokratischen Fraktion größere Stärke und größeren Einfluß gewähren werden, gerade deshalb muß man es als unerlässliche Aufgabe der Partei betrachten, den Schlag, der gegen sie geführt worden, abzuwehren. Denn was nützt ein Wahlsieg, wenn unterdessen die sichere Grundlage der Partei selbst zermürbt und zermorcht worden? Und was könnte die Partei mehr schwächen als die Unsicherheit, ob ihre Beschlüsse von ihren Beauftragten auch gehalten werden? Eine sozialdemokratische Fraktion ohne den Rückhalt einer starken und unerschütterten Partei schwebt in der Luft. Und eine Fraktion, von der es nicht sicher ist, daß sie den Willen der Partei ausführt, ist keine Quelle der Macht, sondern nur eine Veranlassung beständigen Zwiespalt zwischen der Partei und ihren Erwählten.

Und darum handelt es sich: der Partei muß die Sicherheit zurück gegeben werden, daß ihre Beschlüsse Geltung haben auch für die Parlamentarier, daß keine einzelne Gruppe sich über die Partei erheben und ihr ihren Willen, und seien die Absichten auch die besten, aufzuzupieren kann. Es handelt sich um die Frage der Wahrung unserer demokratischen Selbstregierung. Mag sein, daß die Beschlüsse der Gesamtpartei einzelnen selbstbewußten Persönlichkeiten töricht scheinen, die der Meinung sind, daß nur sie Politik begreifen. Unserer Meinung nach aber muß die Politik der Vertrauensmänner des Proletariats stets die Billigung und das Verständnis der Masse der Parteigenossen finden, sonst taugt sie schon deshalb nicht das geringste. Denn sozialdemokratische Politik kann nur eine Politik der aufklärten, ihrer Ziele bewußten und ihr Ziel sich selbst setzenden Massen sein. Sonst geht sie unweigerlich in die Brüche. Das ist nicht bloße Theorie, das zeigt die Geschichte dieser „reformistischen“ oder richtiger parlamentarischen Politik, in Italien etwa, auf jeder Seite.

Wollen wir also künftige und schwerere Kämpfe im Reich vermeiden, so müssen wir die badische Angelegenheit schon heute völlig zum Austrag bringen. Das wird aber umso leichter gelingen, je mehr die einmütige und geschlossene Stellung der gesamten Partei der badischen Fraktion die Ueberzeugung verschafft, daß ihr Vorgehen selbst bei jenen, die ihnen in manchen anderen Fragen nahe stehen oder ihnen sonst nicht entgegneten wollen, auf schärfste Mißbilligung stößt. Nur wenn die Parteigenossen sehen müßten, daß sie in dem Kampf um ihr wichtigstes Parteirecht von vielen, denen sie bisher mit Recht Vertrauen geschenkt, nicht die rückhaltlose Unterstützung finden, auf die sie wahrhaftig Anspruch haben, nur dann würde dieser Kampf Formen annehmen, die allerdings unsere Hoffnungen in die Gunst der politischen Situation erheblich verringern müßten.

Wir glauben dies nicht, eben weil das Interesse der Partei so klar zutage liegt, daß ein Schwanken, eine Meinungsverschiedenheit schon durch das Parteigefühl ausgeschlossen wird. Ist aber diese Einmütigkeit vorhanden, sieht die badische Fraktion den geschlossenen Willen der Gesamtpartei, so kann sie dem nicht widerstehen.

Dann, aber auch nur dann, wird die Partei auch den Gegnern gegenüber aus dieser ernsten Debatte gestärkt hervorgehen. Wir führen im Reich den Kampf um die Eringung der Demokratie gegen den Absolutismus der Regierungen und gegen das persönliche Regiment. Einen Kampf gegen das persönliche Regiment und um die Erhaltung der Demokratie innerhalb der Partei haben uns die badischen Parlamentarier plötzlich aufgedrängt. Zeigen wir, daß wir die Demokratie in der Partei zu schützen wissen und die Volksmassen werden in dem Vertrauen gestärkt werden, daß wir ihnen die Demokratie im Reich — die volle Demokratie ohne Großherzog an der Spitze — erobern werden.

In dem Kampf gegen die Diktatur im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hat sich die Partei ihre heutige demokratische Verfassung gegeben. Der Kampf gegen diese Diktatur hat einen wichtigsten und erfolgreichsten Teil der Lebensarbeit der Liebtnecht und Bebel ausgemacht. Sollen die deutschen Arbeiter, die schon der Diktatur eines Kassale entwachsen waren, die großen Errungenschaften jener schweren Kämpfe aufgeben?

Mittelalterliche Politik.

London, 15. Juli. (Fig. Ver.) In dem Wahlkreis Kirkdale in der Stadt Liverpool findet augenblicklich ein Wahlkampf statt, bei dem die Parole lautet, ob der Papst nach guter mittelalterlicher Art zuerst herbe verflucht und dann verdammt werden soll, oder ob ihm in Anbetracht des Fortschrittes auf religiösem Gebiete mildernde Umstände zuerkannt werden sollen. Der Wahlkreis Kirkdale grenzt unmittelbar an den schottischen Kreis Scotland. Der letztere Wahlkreis wird fast ausschließlich von katholischen Irländern bewohnt, die den einzigen in England gewählten irischen Nationalisten, das bekannte Parlamentsmitglied T. P. O'Connor, den Vermittler zwischen Regierung und Nationalisten, nach Westminster entsenden. Kirkdale hingegen wird hauptsächlich von irischen Oranienmännern bewohnt. Man hat also hier auf englischem Boden ein kleines Velsaft, wo sich alle jene unfröhlichen Streitereien und Schlägereien zwischen fanatischen Protestanten und Katholiken dem Vorbild getreue reproduzieren. Der 12. Juli, der Gedenktag der Schlacht an der Boyne, wo Wilhelm von Oranien das Heer Jakobs II. vernichtete, wird auch in Kirkdale mit demselben Radau gefeiert wie in Velsaft. Am „glorreichen Zwölften“ sind alle elenden Gassen Kirkdales mit orangefarbenen Gewinden geziert, man trinkt auf das Angedenken Wilhelms des Dritten und Cromwells und verflucht den Papst und die Päpstlichen. Die Polizei besetzt unterdessen die Verbindungsstraßen, die zu dem Stadteil Scotland führen, um zu verhüten, daß sich die liebenden Gemeinden einander totschlagen.

Bei der Wahl stehen sich ein Konservativer und der Genosse Cameron, als Kandidat der Arbeiterpartei, gegenüber. Der Zeitpunkt hätte nicht ungünstiger sein können, denn die Wahl findet schon eine Woche nach dem großen Feste der Oranienmänner statt, also zu einer Zeit, wo die Gemüter der Wähler noch durch die Brandreden des großen Hehapostels der Protestanten in Liverpool, des Pastors Birze, erhit sind. Augenblicklich ist die Erregung unter den bigotten Protestanten besonders groß. Hat doch die Regierung den sehr vernünftigen Schritt getan, die Erklärung des Königs bei seiner Thronbesteigung dertart abzuändern, daß darin die katholische Religion nicht fernerhin ganz unnötigerweise beschimpft werden wird. Ein englischer König wird in Zukunft bei seiner Krönung nur zu erklären haben, daß er die katholische Religion nicht annehmen werde. Und um nun den extremen Protestanten keine Gelegenheit zu einer monatelangen wüsten Agitation zu geben, hat das Kabinett beschlossen, die Vorlage, die die Aenderung der königlichen Erklärung bezwecken soll, noch vor Schluß dieser Session zu erledigen. Die fanatischen Protestanten sind darüber sehr erobert. Tagtäglich sieht man lange Reihen Sandwichmänner in der Nähe des Parlaments, die auf den Schildern in großen Lettern die Warnung umhertragen: „Protestanten, wachtet auf! Eure Religion ist in Gefahr!“ usw. Der frühere Minister Long, einer der fähigsten konservativen Parteiführer, der früher einen irischen Wahlkreis vertrat, wurde vor einiger Zeit eingeladen, in einer protestantischen Versammlung am 12. Juli in Nordirland zu reden. Als man aber erfuhr, daß er für die mildere Fassung der Erklärung gestimmt, strich man ihn sofort aus der Rednerliste. Dieser Vorfall mag dazu dienen, die Erbitterung zu charakterisieren, die die bigotten Protestanten ergriffen hat.

Der konservative Kandidat in Kirkdale ist nichts anderes, als der Strohmann des genannten heßenden Apostels der christlichen Nächstenliebe. Sein einziger Programmpunkt ist die Reinheit der protestantischen Lehre; alle übrigen Fragen sind ihm höchst gleichgültig. Der Genosse Cameron hat es mit den Eisernen verstanden, da er es nicht unterlassen hat, an dem Nadelsticker der intoleranten Kirkdaler Gemeinde scharfe Kritik zu üben. Die herrschende religiöse Aufregung macht den Ausgang der nächsten Mittwoch stattfindenden Wahl sehr ungewiß. Bei der letzten Wahl blieb Cameron nur mit 223 Stimmen hinter dem gewählten Konservativen. Hoffentlich gelingt es dem Genossen, der seit dem Monat Februar unablässig an der Organisation unserer Streitkräfte gearbeitet hat, den Kampf zu gewinnen und dadurch den kleinlichen konfessionellen Streitigkeiten in Liverpool einen kräftigen Stoß zu verfehen. Die konservative Farbe von Wahlkreisen wie Kirkdale beruht nur auf konfessioneller Verhehung, und gelingt es uns, eine Bresche zu legen, so wird es mit der Herrlichkeit der politischen Pastoren bald vorüber sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juli 1910.

Die neue Wahlrechtsvorlage

Soll nach der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ bereits am letzten Sonnabend das preussische Staatsministerium beschäftigt haben. Und zwar soll das Ministerium sich nicht nur über die Grundzüge dieser Vorlage geeinigt, sondern zugleich beschlossen haben, bereits im August mit der Ankündigung der Vorlage hervorzutreten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, diese Mitteilung bis auf weiteres für einen Wunsch des liberalen Blattes und im übrigen eine reine Phantasiemeldung zu halten.

Das ist möglich; immerhin sind auch Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Der Gedanke, vor den Reichstagswahlen die Wahlrechtsfrage zu einem gewissen Abschluß zu bringen, ist doch zu verführerisch!

Übermäßiger Wahlrechtsraub in Wandsbeck.

Im Herbst 1900 wurde in Wandsbeck, nachdem trotz höchsten Wahlsinnes die Sozialdemokraten einige Mandate erobert hatten, das kommunale Wahlrecht „veredelt“, indem beide Wahlbezirke, von denen der eine millionenschwer und daher sozialistenrein ist, zu einem vereinigt wurden. Das Experiment glückte, mit Hilfe der Willensbesten wurden unsere Genossen „geschlagen“. — Bei der „Revision“ der Stadtordnung knipste man die Verteilung des Wahlrechts an ein Jahreseinkommen, welches, nach den Grundzügen der Staatssteuerveranlagung geschätzt, den Betrag von 1500 M. erreicht, während bis dahin der Staatseinkommensteuerjah von 16 M. — Einkommenstufe 1850 bis 1500 M. — in Frage kam. Auf die Einwände unserer Genossen erklärte der Oberbürgermeister Rauch: „Niemand würde Rechte genommen, alles bleibe beim alten, es handele sich nur um die Zusammenlegung beider Bezirke; von einem Wahlrechtsraub könne nicht die Rede sein.“

Jetzt liegt die „berichtigte“ Bürgerrolle aus, und was unsere Genossen befürchtet hatten, ist eingetreten: sämtliche Wähler mit einem Einkommen zwischen 1350 bis 1500 M. sind ausgemerzt worden, etwa 300 an der Zahl! Obgleich der Wähler mit einem Einkommen von 1351 M. denselben Steuerjah bezahlt wie der Wähler mit einem Einkommen von 1500, ist er nach Auffassung der städtischen Verwaltung nicht wahlberechtigt, weil die Stadtordnung ein Einkommen von 1500 M. vorschreibt.

Unter Hinweis auf die „autoritative“ Erklärung des Oberbürgermeisters wird dieser Wahlrechtsraub sowohl im Stadtkollegium als auch an anderer Stelle zur Erörterung gelangen.

Mit dieser Maßregel glaubte man die Wirkung des Kinderprivilegs paralisieren zu können; dieses hätte uns einen Stimmenzuwachs von etwa 800 gebracht, so daß wir höchst wahrscheinlich bei der nächsten Wahl gestiegen hätten.

Stipendiaten des Volkswuchers.

Der Vorsitzende des polnischen landwirtschaftlichen Zentralvereins für die Provinz Posen, Rittergutsbesitzer v. Jadorak, hat kürzlich auf der Generalversammlung dieser Organisation seinen Standesgenossen empfohlen, schon jetzt auf die Zukunft bedacht zu sein und zum Kampfe zu rüsten, da im Jahre 1917 die Erneuerung der Handelsverträge bevorstehe. Zum Kampfe für die unerhörte Ausplünderung des Volkes durch Brot- und Fleischwucher! Die Großgrundbesitzer fahren bei dieser Politik ja ganz ausgezeichnet, die polnischen nicht minder wie die Deutschen. Ein polnisches Kleinbürgerliches Blatt, der „Kurjer Poznanski“, schrieb ja erst kürzlich:

„Das Wohlbefinden der Landwirtschaft äußert sich auch in ihrem Privatleben dadurch, daß prächtige Eise gebaut werden, daß man Käser besucht und weite Reisen unternimmt, und daß man verhältnismäßig ein ziemlich bequemes Leben führt. Paläste und ansehnliche Herrensitze stehen jetzt in allen Kreisen wie die Pilze nach dem Regen, und nicht nur Magnaten fahren nach der Riviera und anderen schönen Gegenden, sondern auch kleinere Besitzer von tausend und weniger Morgen.“

Auch Herr v. Jadorak hob ja selbst in der erwähnten Versammlung hervor, daß die größeren Landwirter im Posenschen immer größere Einnahmen abwerfen.“

Es wäre danach an der Zeit, daß sich auch die „demokratischen“ Elemente unter den Polen energisch zu rüsten begännen, um der polnischen Reichstagsfraktion rechtzeitig alle agrarischen Umwandlungen auszutreiben, resp. dafür zu sorgen, daß bei den Neuwahlen eine vorzügliche Auswahl der Kandidaten vorgenommen wird! —

Die Wirkungen der Bündholzsteuer.

Die Aktiengesellschaft „Union“ in Augsburg, eine der größten Bündholzfabriken Deutschlands, läßt infolge des durch die Bündholzsteuer bedingten Konsumrückganges schon seit Monaten mit bedeutend reduziertem Personal arbeiten, wozu noch jede Woche ein bis zwei Feiertagsfraktionen eingestellt werden. Aus Mangel an Bestellungen hat nun die Gesellschaft in der Filialfabrik in Rempten, in der etwa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, am 14. Juli sämtliche Arbeiter bis auf eine ganz geringe Zahl entlassen, wobei den Entlassenen eröffnet wurde, daß ein Teil in 8 bis 10 Wochen wieder eingestellt wird, wenn bis dahin größere Bestellungen einlaufen sollten.

Ein waschechter Zentrumsbürgermeister.

Im unteren Kreise Solingen, wo das Zentrum unbeschränkt herrscht, ist es der Sozialdemokratie nicht möglich, Sätze zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen zu bekommen. Der letzten Stadtkollegiumsversammlung in Dyladen (unterer Kreis Solingen) lag nun ein Antrag unseres Genossen Blannschke vor, den städtischen Sport- und Spielplatz am Wirsenberg zu einer öffentlichen politischen Versammlung unter freiem Himmel, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Scheidemann referieren sollte, herzugeben. Den Antrag begründete unser Genosse damit, daß es uns in Dyladen nicht möglich sei, ein Lokal für öffentliche Versammlungen zu bekommen. Gleichzeitig wurde versichert, daß seitens unserer Partei in musterghültiger Weise für die Wahrung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gesorgt werden würde. — Der Bürgermeister Wellefontaine erklärte zu diesem Antrage, es sei keine Sache der Polizeiverwaltung, einen weiteren Antrag auf Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel abzulehnen oder die Abhaltung einer Versammlung zu gestatten. Es war schon hier die org verkaufte Erklärung herauszubringen, daß Herr Wellefontaine gewillt ist, als Polizeigewaltiger die Genehmigung zu versagen. Im weiteren erklärte sich der Bürgermeister gegen die Hergebe eines städtischen Festplatzes zu politischen Versammlungen — welcher Art sie auch seien und von welcher Partei sie auch ausgehen mögen. Der Stadtkollegium konnte es sich auch nicht verkneifen, seiner Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß die Dyladener Wirt der Sozialdemokratie kein Lokal zur Verfügung stellen wollen! Der schöne Traum von bürgermeisterlicher Unparteilichkeit wurde durch die Reusierung: „Ich kann es nicht bedauern, daß die Dyladener Wirt dieser Partei ihr Lokal nicht geben“ — grausam zertrümmert. Ein Herr Dr. Korrenberg bestricherte die Hergebe des Platzes. Die Sozialdemokratie sei eine Partei, die einen ungeheuren Einfluß auf sehr bedeutende Teile der Bevölkerung ausübe — meinte der Herr. Man solle den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit geistlichen Waffen führen und ihn nicht vergiften durch Erdrücken der freien Meinung. — Der Zentrumsarbeiter Kellermann erklärte sich für die Hergebe des Platzes, was dem Bürgermeister zu der Bemerkung veranlaßte, er werde einen dahingehenden Beschluß beanstanden. — Herr Fabrikant Römer, ein linksliberaler laud kräftige Worte für die Hergebe des Platzes, indem er ausführte: Man solle durch Hergebe des Platzes der Sozialdemokratie die Möglichkeit geben, ihre Meinung sagen zu können. Daß keine Ruhestörungen stattfinden werden, davon sei er überzeugt. Bei offenen Demonstrationen sei bisher die Ruhe so lange gewahrt worden, sobald die Polizei die Finger davon ließ. Die Bemerkung des Bürgermeisters, er werde keiner Partei die Benutzung des Platzes ge-

statten sei gegenstandslos. Praktisch würde von der Ablehnung des Antrages nur die Sozialdemokratie getroffen. Bei der Abstimmung erhoben sich 8 Herren — 7 Liberale und 1 Zentrumsmittglied — für den Antrag. Da 9 Liberale und 7 Zentrumsmittglieder, zusammen 16 Herren, antwortend waren, erklärte Herr Wellefontaine den Antrag für abgelehnt. Als aber Gegenprobe gefordert und vorgenommen wurde, ergab sich die Annahme des Antrages mit 8 gegen 6 Stimmen. Zwei Liberale enthielten sich der Stimme, während die Zentrumsmittglieder, mit einer Ausnahme, dagegen stimmten! Der Bürgermeister erklärte darauf, er werde den Beschluß nicht ausführen und beanstande denselben. — Wenn die Mehrheit „fest“ bleibt und Schwärze erhebt, sieht noch eine interessante Entwicklung dieser Angelegenheit bevor.

Das Ende der Staatsaktion.

Das gegen eine Anzahl Bremer Lehrer eingeleitete Ermittlungsverfahren, weil sie dem Genossen Bebel zu dessen 70. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm geschickt hatten, ist ziemlich resultatlos verlaufen. Vier Lehrer erhielten vom Senat einen ernstlichen Verweis, einem nicht festgestellten Lehrer wurde gelündigt, im übrigen wurde das Verfahren eingestellt.

Ein Pfaster auf die Wunde.

Wassermann scheint für die nationalliberalen Schorfmacher bereit abgetan. Um ihm aber den Abgang etwas zu verschleiern, haben die saarabrischen Nationalliberalen ihm den folgenden Beschluß zugehen lassen:

„Der Hauptvorstand des nationalliberalen Vereins für den Wahlkreis Saarbrücken spricht dem Reichstagsabgeordneten Wassermann sein lebhaftes Bedauern aus über die ungerichteten Angriffe, die gegen seine parlamentarische Tätigkeit in der Presse erhoben worden sind, und versichert ihm seines einmütigen und uneingeschränkten Vertrauens. Er bedauert den Entschluß des Abgeordneten, ein Reichstagsmandat nicht mehr anzunehmen zu wollen, und gibt sich der Hoffnung hin, daß seine unerfessbare Kraft noch der Partei erhalten bleibe.“

In einer nicht-parlamentarischen Stellung scheint er ihnen weniger anständig zu sein.

Originelle Staatsrettung.

In Tchehen, einem großen Landort im Kreise Böhmenfeld, war es vor einigen Jahren der Arbeiterschaft gelungen, einen Vertreter in den örtlichen Schulvorstand zu entsenden. Sein Wirken gefiel jedoch dem Herrn Pastor absolut garnicht und im Verein mit anderen Honoratioren kam er darauf, wie der unbequeme Kritiker zu entfernen sei. Daß dieser bei der Gemeinderatswahl für den Arbeiterkandidaten stimmte, war schon ein schweres Verbrechen, schien den Herren aber doch nicht genügend, um seine Beseitigung durchsetzen zu können. Endlich wurde „das Raß voll“. Der Angeordnete trat einem — Arbeitergesangsverein bei, welche erschreckliche Tatsache in Wälde folgendes Regierungsschriftstück nach sich zog:

Merseburg, 30. Juni 1910.

Königliche Regierung
Abteilung für Kirchen und Schulwesen.

Nachdem Sie durch Ihren Beitritt zu einem sozialdemokratischen Gesangsverein (1) sowie durch Ihre Stimmabgabe für den von den Sozialdemokraten aufgestellten Kandidaten zur Gemeinderatswahl bewiesen haben, daß Sie die Bestrebungen einer Partei unterstützen, welche nach ihren programmatischen Ausdrückungen in grundsätzlicher Hinsicht gegen die Aufgaben der preussischen Volksschule steht, müssen wir Sie für nicht geeignet erachten, das Amt eines Mitgliedes des Schulvorstandes fernern zu lassen.

Auf Grund der §§ 47 Abs. 8 und 44 Biffer III des Volksschulunterrichtsgesetzes in Verbindung mit dem Ministerialerlasse vom 29. August 1908 (B. M. S. 7376) schließen wir Sie daher von der Mitgliedschaft des Schulvorstandes Tchehen-Könnewitz aus und machen Ihnen zur Pflicht, sich künftig aller Handlungen zu enthalten, welche diesem Amt bisher für Sie mit sich brachte.

Die Verurteilung auf den „sozialdemokratischen Gesangsverein“ ist gottsdoll. Sie hat aber natürlich auch ihre erste Seite. Schon ist es nicht mehr nötig, Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu sein, es braucht nur jemand mit ihr sympathisieren und schon ist er „staatsgefährlich“. Der wider Recht und Gesetz aus dem Schulvorstand entfernte Arbeiter ist nicht Mitglied der Partei; daß er für einen Arbeiterkandidaten gestimmt hat, genügt, ihn zu mahregeln! Darin zeigt sich eine Verstärkung des unsinnigen Unterdrückungssystems gegen die Arbeiterschaft, zugleich aber auch eine Art Abschreckungspolitik. Man möchte verhindern, daß weitere Kreise mit der Sozialdemokratie sympathisieren, ihr Unterstützung leisten, ohne in ihr Mitglied zu sein. Der klaffenbewußten Arbeiterschaft kann solches Tun nur recht sein, so gibt es keine Halsheit und nur ein Hüben und Drüben!

Die oberschlesischen Großindustriellen gegen die sozialpolitische Gesetzgebung.

In dem soeben erschienenen Jahresbericht 1909 der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln (Oberschlesien), in welcher die kleine, aber mächtige Gruppe der oberschlesischen Berg- und Hüttenmagnaten den ausschlaggebenden Einfluß ausübt, wird der Unwille der oberschlesischen Großindustriellen, nachdem die Novelle zur Gewerbeordnung, das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitskammergesetz und die Reichsversicherungsordnung kurz gestreift werden, im folgenden Gesamturteil zum Ausdruck gebracht:

„Im Hinblick auf all diese neuen Vorlagen sozialpolitischer Gesetzgebung haben Handel und Industrie den dringlichen Wunsch, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht wie bisher der Sozialdemokratie ständig weitere Gelegenheiten bietet, die Arbeiterbevölkerung agitatorisch zu verheben, und daß bei allem Wohlwollen (1) der Industrie für ihre Arbeiter vor allen Dingen endlich einmal Stillstand in der Gesetzgebung eintreten möchte. Handel und Industrie bedürfen dringend eines nicht zu kurz zu bemessenden Ruhens der Gesetzgebungsmaschine auf sozialem Gebiete, um sich in die erfolgten Umwälzungen allmählich einzuleben. Die durch die ständigen neuen Gesetze bedingten Störungen des Erwerbslebens müssen und werden schließlich im letzten Ende auch für die Arbeiter selbst nachteilige wirtschaftliche Folgen haben.“

Der letzteren Besorgnis brauchen die oberschlesischen Großindustriellen sich wirklich nicht hinzugeben!

Einer, der oben gefällt.

Der Amtsvorsteher von Leuthen bei Breslau erhielt am 28. Juni die Anmeldung einer öffentlichen Volksversammlung, die am 8. Juli stattfinden sollte. Er legte sie achlos beiseite, ohne, wie es das Gesetz erfordert, die vorgeschriebene Bescheinigung zu erteilen. Zwei, drei, vier Tage wartet der Einberufer. Am Abend des vierten Tages fragt er telegraphisch an, wo die Bescheinigung bleibt. Da die Antwort bezahlt war, telegraphiert der Amtsvorsteher zurück: „Ich verbiete die Versammlung.“ Nichts weiter! Keine Gründe. Später muß ihm wohl die Erläuterung gekommen sein. Er erinnert sich, daß er ja verpöndelt ist, schriftlich Antwort zu schicken und Gründe dazu. Er setzt sich hin — wohlüberstanden am 2. Juli spät abends —, schreibt auf einen Bogen das Datum des — 30. Juni (1), schreibt, „daß wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ die Versammlung verboten sei — und schenkt sich auch jetzt noch die Begründung. Dieses Verbot erhält der Einberufer erst, als die Versammlung gerade beginnen sollte! Dem Landrat wurde allsogleich eine gepfefferte Bescheiderte unterbreitet und darin im einzelnen nachgewiesen, daß der Amtsvorsteher dreifach wissentlich das Gesetz übertreten habe: erstens habe er die vorgeschriebene Bescheinigung

nicht ausgestellt, zweitens die Versammlung willkürlich ohne Ursache verboten, was er ja nicht dürfte, und drittens habe er das Verbot nicht begründet. (Die merkwürdige Geschichte mit dem falschen Datum legt der Einberufer höflich zu seinen Gunsten als Versehen aus, obwohl ihn der Poststempel verrät: Er trägt als Datum des 2. Juli von spät abends, wo er aber das Telegramm schon erhalten hatte!)

Was geschieht jetzt? Wird der Mann bestraft? Wohl! Der Landrat, der darüber zu befinden hat, regiert in Breslau, das genügt wohl. Und der Amtsvorsteher ist erst vor wenigen Jahren nach Leuthen versetzt worden und hat bisher das Einbringen der Sozialdemokraten ins Dorf verhindert. So etwas bleibt in Preußen nicht unbefolgt.

Bayerische Rechtsgleichheit.

München, 16. Juli.

Aus den Kunstdebatten interessiert die Versprechung des Vorgesanges, der zu der Entfernung eines Bildes aus der Münchener Kunstausstellung geführt hat.

Es war das große Bild eines polnischen Malers aufgehängt, das ein Judenmädchen in Rußland darstellt und an einer Mauer die Konstitutionsproklamation des Jaren zeigt. Der blutige Kontrast ist natürlich sehr wirkungsvoll und enthält eine herbe Kritik russischer Nordkernereien.

Einige Wochen hing das Bild in der Ausstellung und mußte dann plötzlich entfernt werden. Genosse v. Sollmar besprach die Angelegenheit und bezeichnete den Vorgang als eine Blamage für den Staat Bayern und die Münchener Künstler.

Heute antwortete der Vertreter des Auswärtigen Amtes auf die Ausführungen Sollmars. Er betonte, daß die „internationale Courtoisie“ es ausschließen müsse, daß in einem Staatsgebäude Bilder zur Ausstellung kommen, die einen befreundeten Staat oder befreundeten Souverän verlegen können. Bilder, die politisch anstößige Motive behandeln, dürfen nicht in Staatsgebäuden ausgestellt werden.

Genosse Müller-München trat dem Vertreter des Staatsministeriums des Reichs in schärfer Weise entgegen. Er stellte fest, daß die Blamage für die bayerische Regierung schon groß war, daß sie aber nach der Erklärung des Regierungsvertreters geradezu ungeheuerlich geworden sei. Er protestierte gegen die Klavengeimung der bayerischen Regierung dem Jarentum gegenüber, die sich in der letzten Zeit in mehrfachen Vorkommnissen gezeigt hat.

Die Ursachen der Fahnenflucht.

In geradezu auffälliger Weise häufen sich in letzter Zeit bei dem 71er „Jubiläum“ Regiment in Erfurt die Fälle von Fahnenflucht. Am Mittwoch standen vor dem Kriegsgesicht Erfurt allein zwei Musikere dieses Regiments, um sich wegen dieses Vergehens zu verantworten. Beide sind von der in letzter Zeit besonders viel genannten 6. Kompanie. Sie gaben unumwunden zu, die gemeinsame Flucht nach der Schweiz beschlossen zu haben, behaupteten aber auch mit aller Entschiedenheit, hierzu durch wiederholte Mißhandlungen durch den Sergeanten Sühmund veranlaßt worden zu sein, der sie geschlagen und mit dem Gewehr-Tolden in die Knielehte gestoßen habe. Zwei als Zeugen zur Verhandlung geladene Kameraden, die selbst auch mißhandelt worden seien, hätten das mit angesehen. Nun zeigte sich das schon so oft in derartigen Fällen erlebte Schauspiel: Einer der Zeugen wollte von Mißhandlungen überhaupt nichts wissen, der andere gab endlich, nachdem er von dem Verhandlungsführer erst ganz energisch auf die Folgen eines Meineids hingewiesen worden war, zögernd zu, von dem Säbel des Sergeanten einmal „angekippt“ worden zu sein. Wie das „Antypen“ ausgefallen sein muß, ergibt sich daraus, daß der so Geliebte dem einen der Angeklagten setzen mit deutlichen Schwielen behafteten Arm gezeigt hatte. Unter diesen Umständen wurde die Verhandlung gegen die beiden Fahnenflüchtigen zunächst vertagt, um Aufklärung über die behaupteten Mißhandlungen zu schaffen, da hiervon die Höhe des Strafmaßes abhängig ist.

In derselben Sitzung wurde auch noch gegen einen Musikere von der 1. Kompanie des 94. Infanterieregiments in Weimar ebenfalls wegen Fahnenflucht verhandelt. Auch dieser Soldat behauptete, deshalb fortgelaufen zu sein, weil er vom Wizefeldwebel Markrodt wiederholt bedroht worden sei. Der Herr Wizefeldwebel machte bezüglich dieses Punktes seiner Auslage von dem Rechte der Zeugnis-Verweigerung Gebrauch. Der Soldat aber wurde nun wegen „unerlaubter Entfernung“ und einiger geringfügiger Nebenbestände zu 3 Monaten 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Wird man nun auch gegen den Wizefeldwebel gerichtlich vorgehen?

Drei Fälle von Fahnenflucht in einer Kriegsgesichtsverhandlung! O, welche Lust Soldat zu sein!

Frankreich.

Bressensé unterlegen.

Paris, 17. Juli. Im 15. Arrondissement von Paris wurde bei der Erstwahl zur Deputiertenkammer Bertrand Daramon (Konf.) mit 6342 Stimmen gegen de Bressensé (Soz.), der 5030 Stimmen erhielt, gewählt.

Die Niederlage unseres Genossen kommt überraschend. Bei der Hauptwahl hatten die antiklerikalen Stimmen die erdrückende Majorität. Ein großer Teil der Radikalen ist also ins Lager der Reaktion abmarschiert und hat den Klerikalen dem Vertreter des Klassenbewußten Proletariats vorgezogen.

Die Affaire Kocette.

Buenos Aires, 18. Juli. Der frühere Ministerpräsident Ciemencosa ist hier eingetroffen und von den Vertretern der Regierung begrüßt worden. In einem Interview erklärte er, niemals habe jemand zu ihm über Kocette gesprochen, niemals habe er ein Wort über seine Angelegenheit geäußert, niemals sei er deswegen mit der Staatsanwaltschaft noch mit sonst jemand in Verbindung getreten. Als er von den Gerichten erfahren habe, daß man einen Druck ausübe, um das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit Kocette zu verhindern, habe er dem Polizeipräsidenten Lépina erklärt, er solle ohne jede andere Erwägung einfach der Staatsanwaltschaft Folge leisten. Der Jwed sei der gewesen, nicht zuzulassen, daß irgendwelche Einflüsse zum Schaden privater und öffentlicher Interessen ausgedrückt würden.

Spanien.

Die Lage in Barcelona.

Barcelona, 17. Juli. (B. Z.) „El Progreso“, das Organ des Radikalen Berou, erklärt, daß die alarmierenden Nachrichten über drohende Unruhen in Katalonien unbegründet, zum mindesten aber stark übertrieben sind. Die linksstehenden Parteien wissen nur zu gut, daß die Karlisten aus Revolution Nutzen ziehen, aber nicht sie selbst. Gewiß herachten die Republikaner einen Aufstand als Ultima ratio zur Durchsetzung ihrer Forderungen, aber keine Zeit sei ungenügender hierfür als die Gegenwart. Jetzt, wo die Regierung ein liberales, antiklerikales Programm mit Konsequenz durchführt, versuchen die Karlisten, die Regierungspläne zu durchkreuzen und einen Aufstand herbeizuführen.

Aus der Partei.

Die Organisationen zur Budgetbewilligung.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Hochum-Gelsenkirchen, die am Sonntag in Wattencheid tagte, nahm nach überaus sachlicher Besprechung bereits zur badischen Budgetfrage Stellung. Sie nahm folgende Resolution an, die von den Genossen Wehler und Wendler beantragt wurde:

„Die Bewilligung des Budgets durch die badischen Landtagsabgeordneten widerspricht dem Beschlusse des Nürnberger Parteitagcs.“

Nur der Nachweis der zwingenden Notwendigkeit dieses Handelns kann die badischen Genossen entlasten. Angesichts der gegenwärtigen politischen Situation im Reichspräsidenten die bestimmte Erwartung aus, der Parteitag werde die Angelegenheit mit der Ruhe und Sachlichkeit behandeln, die im Interesse der Partei und im Interesse der politischen Entwicklung der Gegenwart und der nächsten Zukunft geboten ist und deren Parole sein muß: Nieder mit der konterrevolütären Reaktion.

Die Generalversammlung ist weiter der Ansicht, daß es im Interesse der Verhütung solcher Differenzen erwünscht wäre, wenn der Parteitag die Budgetfrage in dem Sinne regelte, wie der Antrag Frohme in Nürnberg beabsichtigt.

Die Delegierten des Wahlkreises Hochum-Gelsenkirchen werden beauftragt, auf dem Magdeburger Parteitag in diesem Sinne zu wirken und mit Entschiedenheit allen Versuchen entgegenzutreten, die den Parteitag etwa zu einer Fundgrube für die Agitation der Gegner machen könnten.

Wir möchten zu dieser Resolution nur bemerken, daß das Vorgehen der badischen Fraktion selbst bewirkt hat, daß der Zeitpunkt für grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Budgetfrage gegenwärtig sehr ungünstig ist. Jetzt handelt es sich in erster Reihe um die Sicherung der Autorität der Parteitagbeschlüsse und von einer Aufhebung der Nürnberger Resolution kann keine Rede sein. Schon deshalb nicht, weil sich gerade gezeigt hat, daß sich über die Auslegung der Lübecker Resolution die unvereinbarsten Meinungsverschiedenheiten erhoben. Gerade um mißbräuchlichen Auslegungen vorzubeugen, hat der Nürnberger Parteitag seine neue, unmißverständliche Resolution beschlossen, im Gegensatz zur Resolution Frohme, die es bei dem Wortlaut der Lübecker Resolution belassen wollte.

Eine neue Resolution Frohme würde also nur den Effekt haben, daß jeder Verstoß gegen die Ansichten der Parteitagmehrheit mit „besonderen Umständen“ beschönigt werden könnte und deshalb den unvereinbaren Charakter des Disziplinbruches verleierte!

Die Partei in Sachsen-Meiningen.

Am vergangenen Sonntag fand in Böhrned der Landesparteitag für Sachsen-Meiningen statt. Der Geschäftsbericht des Landesvertrauensmannes balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 541,58 M. Es wurde im Berichtsjahr, in das die Landtagswahlen fielen, die unserer Partei einen so schönen Erfolg brachten, eine rege Agitation entfaltet. Die Presse hatte unter der herrschenden Krise zu leiden, konnte aber trotzdem ihre bisherige Abonnentenzahl behaupten. Das „Saalfelder Volksblatt“ hatte 5238, der „Sonnenberger Volksfreund“ 6000 Abonnenten. Der Bericht über die stattgehabte Landtagswahl und die Tätigkeit der Landtagsfraktion führte zu dem Resultat, daß die Landesleitung und die Landtagsfraktion beauftragt wird, in Erwägung zu ziehen, daß für die nächste Landtagsession für beide Parteiblätter ein gemeinsamer Verlagsvertrag angeschlossen werde. Ueber die nächste Reichstagswahl referierte der Kandidat des 2. Meiningener Kreises, Genosse Reichhaus-Erfurt. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß unsere Genossen alles daran setzen, um den zweiten Kreis bei der nächsten Wahl wieder glänzend zu holen. Ebenso müsse auch Müller-Meiningen aus dem Sattel gehoben werden. Gemäß den Beschlüssen des letzten deutschen Parteitagcs wurde das Landesorganisationsstatut von einer Kommission einer Revision unterzogen. Hiernach wird der Monatsbeitrag auf 30 Pf. erhöht, wovon der Zentral- und Landesliste 10 Proz., den Mitgliedschaften 40 Proz. zuzuführen. Auch den sonstigen Beschlüssen des Leipziger Parteitagcs ist im neuen Statut Rechnung getragen worden. Eine Reihe von Anträgen wurden dem Landesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Als Landesvorstand wurde Genosse Seige-Röhndel wiedergewählt. Nach Magdeburg wird Genosse Heinrich Gerd-Solungen delegiert, während die Besichtigung des Kopenhagener Kongresses der Kosten wegen abgelehnt wurde. Der nächste Landesparteitag findet in Eisfeld statt.

Holzweilliches, Berichtliches usw.

Die Osterfeier für den Pfarrr. Der Genosse Buchta als Verantwortlicher unseres Parteiblattes in Vahrenh wurde wegen Verletzung des Pfarrr-Rücker in Vahrenh zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Pfarrr-Rücker ließ sich beleidigt dadurch, daß in dem Blatt die Tatsache, daß der Pfarrr alljährlich für sich im Dorf Gaden sammeln läßt, für unmoralisch erklärt wurde. Dort besteht nämlich die Einrichtung, daß zu Ostern jeder Hausbesitzer 1,20 M., jeder sonstige Einwohner 60 Pf. Abgabe für den Pfarrr entrichten muß; bei armen Arbeitern, die nicht zahlen konnten, wurde sogar mit dem Gerichtsbesitzer gedroht. Neben dem Geld werden auch noch Eier, Schinken usw. für den Pfarrr gesammelt.

Soziales.

Zur Wohnungsnot der Oridkranken für Kaufleute.

In unserer Besprechung der Berliner Wohnungsnot ist bereits Albert Rohn als Vorhändler der Kasse bezeichnet. Er ist bekanntlich nicht Vorhändler, sondern Geschäftsführer der Oridkranken für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Unrichtige Entlassungsgründe.

1. Die Arbeiterin B. klagte gestern gegen die Großbuchbinderei D. Weistien auf Zahlung von 240 M. für den Rest des Entlassungstages. Die Klägerin hatte mit einer Mitarbeiterin am Entlassungstage einen Streit gehabt. Trotz vorangegangener Verwarnung des Abteilungsleiters hob der Streit zu Beginn der Frühstückspause von neuem an. Darauf wurde die Klägerin sofort entlassen. Das Gewerbegericht gab dem Klageantrag statt. Begründend wurde ausgeführt, da die Frühstückspause nicht zur Arbeitszeit gehört, war niemand durch den Streit von der Arbeit abgehalten. Es kann deshalb auch von einer Störung im Fortgange des Betriebes nicht gesprochen werden. Auch der Einwand, die Entlassung könne jederzeit erfolgen, ist vom Kollodium verworfen worden, weil das Prinzip der Einheit des Arbeitstages nicht durchbrochen werden kann. Wird entlassen, so ist danach für den Entlassungstag voll zu zahlen.

2. Gegen den Buchdruckermeister Gerth klagte der Kaufmann S. Er forderte 28 M. wegen freier Entlassung. Der Beklagte wendete ein, er habe den Kläger wegen seiner starken Kurzsichtigkeit entlassen müssen und weil er ihm zu viel Schaden angerichtet hätte. Der Kläger behauptet sein Verschulden an dem Schaden und macht die mangelhafte Zurückführung der Tiegelpresse durch den Beklagten für den Schaden verantwortlich. Das Gericht hält es für unmöglich, daß ein von der Strafe genannter Arbeiter, der mit Nachdruck noch nichts zu tun gehabt hat, gleich gute Arbeit liefern könne. Auch die Kurzsichtigkeit des Klägers

berichtigt nicht zur freilassen Entlassung. Ein Vergleich auf 14 M. sei empfehlenswert. Die Parteien stimmten dem Vergleichsvorschlag zu.

Aus der besten der Welten.

In dem lübeckischen Dorfe Könnau, unweit Travemünde, spielte sich dieser Tage ein Vorfall ab, der so recht drastisch die „Göttlichkeit“ unserer bestehenden Weltordnung illustriert. Am vorigen Sonntagabend sah man eine Frau Heine, Mutter dreier Kinder im Alter von 4 und 8 Jahren sowie 10 Wochen, auf die Straße. Ihr Mann arbeitet auswärts und konnte deshalb nichts dagegen tun. Nachdem man auf vieles Bitten nachts der Unglücklichen noch ein Obdach gewährt hatte, mußte sie am folgenden Tage mit ihren Kindern, die gleich wie sie ohne Hemd und barhäuptig waren, am Wege liegen und von den Gaben ihren Hunger stillen, die ihr mitleidige Menschen brachten. Am Sonntagabend weigerte sich der Ortsvorsteher, der Frau mit ihren Kindern ein Obdach zu bieten. Nur dem Umstande, daß die Frau, die wie ihre Kinder mait zum Umfallen war, von zwei anderen Einwohnerinnen des Dorfes begleitet war, hatte sie es zu verdanken, daß sie im Spritzenhause Unterkunft fand. Dort mußten die Kinder auf den Steinen unter der Spritze schlafen, während die Mutter mit dem Säugling sich in einer Ecke hinkodete, weil kein Raum zum Liegen mehr vorhanden war. Den nächsten Abend war die Frau mit ihren Kleinen wieder ohne Unterkunft. Nun wurde ihr das sogenannte Backhaus als Nachtlager überwiesen, das bisher als Hühner-, Schaf- und Holzstall benutzt wurde, und aus dem man erst die Hühner hinausjagen mußte. Ein wenig Stroh bildete das Lager der hungernden Kerlchen. Was aus der heimatlosen Familie wird, steht dahin. Wie es heißt, ist sie noch nicht lange genug am Orte, um den Unterstützungswohnsitz erworben zu haben. Deshalb sieht man nun in der vorstehend geschilderten Weise mit ihr hin und her. Wie der Satz „Liebet eure Nächsten“ in der Praxis aussieht, dafür ist obiger Fall ein kleines Beispiel. Es zeigt auch, wie dringend erforderlich die Bildung großer Unterstützungsverände ist.

Die königliche Anstiedelungskommission zu Wosen als Arbeitgeber.

Auf dem königlichen Anstiedelungsgute Thure, Kreis Schubin, war der Arbeiter S. beim Bau des Vorflutgrabens beschäftigt. Ein Vorarbeiter nahm die Leute an und zahlte ihnen auch regelmäßig den ihnen zustehenden Lohn aus. Eines Tages jedoch erklärte der Vorarbeiter, daß er nicht auszahlen könne, da sonst üblich, von dem ihm wieder vorstehenden Schachtmeister sein Geld zur Auszahlung erhalten habe. Der Schachtmeister ist dann gleich darauf entlassen worden, und wie in einer Klage des Vorarbeiters gegen den Schachtmeister wegen des dem Vorarbeiter gleichfalls entgangenen Lohnes festgestellt wurde, wegen Unterschlagung des Lohnes. Der Vorarbeiter hat in der Privatklage nur einen Teil von dem ihm zustehenden Lohn retten können, übrigen hat er auf ganz falschem Wege sein Recht gesucht. Die Arbeiter stellten die Sache dem Gutsvorwalter vor, verlangten ihren Lohn und drohten, wenn ihnen der Lohn nicht gezahlt wird, mit ArbeitsEinstellung. Der Gutsvorwalter beruhigte die Leute, indem er ihnen erklärte, daß doch der Lohn sicher gestellt sei, es würde den Arbeitern nichts verloren gehen. Wenn der Statistkontrollleur komme, bekämen sie alle ihren Lohn. Da aber trotzdem eine Auszahlung nicht erfolgte, beschritten die Arbeiter den Klageweg und verklagten die königliche preussische Anstiedelungskommission. Der Arbeiter S. wurde mit seiner Klage beim Amtsgericht Schubin abgewiesen. Da ihm von seiner Organisation Rechtschutz gewährt ist, so ging die Sache an das Landgericht Bromberg. Dieses hat nun den Kläger gleichfalls abgewiesen. Begründend wurde ausgeführt, daß der Gutsvorwalter nicht so viel Vollmacht gehabt habe, um den Leuten die Versicherung zu geben, daß ihnen der Lohn sicher sei. Auch sei dies nur eine mündliche Abmachung; wenn ein wirkliches Rechtsgeschäft abgeschlossen werden sollte, dann hätte dies müssen schriftlich geschehen. Zum Schluß machte der Richter noch die Bemerkung, daß ja dem Kläger noch ein anderer Weg offen stehe, nämlich der, daß er den Gutsvorwalter verklage. Nach diesem Urteil sind die Arbeiter bei der Anstiedelungskommission einfach rechtlos im wahren Sinne des Wortes. Die Anstiedelungskommission ist die Besizerin des Gutes, setzt einen Vorarbeiter ein und läßt das Gut bewirtschaften. Dieser stellt zu den Planierungsarbeiten einen Schachtmeister ein, und dieser nimmt sich einen Vorarbeiter, und dieser stellt die nötigen Arbeiter ein. Der Schachtmeister erhält von der Anstiedelungskommission, in diesem Fall vom Gutsvorwalter, das Geld zum Auszahlen des Lohnes. Der Schachtmeister übergibt der Bequemlichkeit halber den Lohn zum Auszahlen an den Vorarbeiter. Das geht eine ganze Zeit in schönster Ordnung. Pöblich erhalten die Arbeiter und auch der Vorarbeiter keinen Lohn. Und sonderbarerweise findet das Gericht nicht, daß doch der Arbeitgeber, in diesem Fall die Anstiedelungskommission, den Arbeitern gegenüber haften für alle den Schaden, der ihnen erwächst, namentlich, wenn der Schachtmeister die Löhne bereits empfangen und dann nicht ausbezahlt hat. Sie haften vom Gesichtspunkt der ungerechtfertigten Bereicherung aus unbedingt. So bleibt dem Arbeiter nun nichts weiter übrig, als den Gutsvorwalter zu verklagen.

Wahlfreie Besuchgelegenheit zur Westausstellung in Brüssel beschafft für die Mitglieder deutscher Konsumvereine der Allgemeine Konsumverein für Aachen und Umgebung. Brüssel ist für Fremde zurzeit ein außerordentlich teures Plaster. Wer mit den Verhältnissen nicht vertraut ist, tut gut, sich vorher so einzurichten, daß er vor Enttäuschungen geschützt bleibt. Der Aachener Konsumverein hat in Verbindung mit anderen Organisationen für alle deutschen Genossenschaftsmitglieder, die hieron Gebrauch machen wollen, folgende Anmachungen getroffen:

Für Reise Aachen-Brüssel und zurück dritter Klasse. Eintrittskarte zur Ausstellung. Führung durch diese wie durch Brüssel, freie Verpflegung in guten Häusern und Hotels und freies Logis werden berechnet für drei Tage 80 M. Einzelbillette, gültig für die Fahrt Aachen-Brüssel und zurück, werden zum Preise von 6,75 M. gegen vorherige Bestellung ebenfalls besorgt. Der beigestellte Zug geht ab Aachen 4,20 Uhr nachmittags. Man ist dann abends in Brüssel und am anderen Morgen in der Ausstellung. Zur Ausstellung selbst ist nachmittags der Eintrittspreis doppelt so hoch wie vormittags. Um die Preisermäßigung zu gewähren, müssen mindestens zwanzig Personen sich beteiligen. Sehr zu empfehlen ist das Dreihg.-Wahl-Abonnement für drei Tage. Für zwei Tage kann nur eine Preisermäßigung von 5 M. zugestanden werden.

Anfragen und Bestellungen richtet man an den Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins für Aachen, J. Hartath, Kirchhausstraße 13, L.

Berichts-Zeitung.

Der umfangreiche Meineidsprozeß

gegen Ball und Genossen wurde gestern beendet. Ueber den Inhalt der Klage und den Beginn der am 6. Juli begonnenen Verhandlungen haben wir am 7. d. Mt. berichtet. Im Laufe der Verhandlungen legte der Mitangeklagte Biernath ein eingehendes Geständnis ab. Er sei von Ball zu dem Meineid angestiftet. Biernath habe sich zum Meineid verleiten lassen, weil er von Ball wirtschaftlich abhängig war und Ball gedroht hatte, er würde ihn sonst wegen Verhülfe zu seinen Handlungen denunzieren. Biernath wurde auch wegen Verleumdung der Frau Biernath ins Gefängnis kommen. Biernath hatte der Wahrheit zuwider bezeugt, er habe mit Frau Biernath intim verkehrt. Ball bezeugte die Angaben der Mitangeklagten als Lügen. Als die langdauernde Verhandlung immer klarer die Schuld Balls darbot, suchte er „Anfälle“ und „Verhandlungsunfähigkeit“ zu simulieren. Die Simulation wurde gerichtsärztlich bekundet. Trotzdem verblieb Ball beim Schwören. In der

Nacht zum Sonntag verblieb Ball dann Selbstmord. Er zerriff das Bettlaken, knipfte daraus einen Strick und hängte sich an einem Holen auf. Der Strick zerriff. Ball wiederholte den Selbstmordversuch dann mit Erfolg. Der Gefängniswärter fand beim Aufschließen der Zelle am Sonntagmorgen Ball als Leiche vor.

In der gestrigen Verhandlung konnte daher nur noch gegen Biernath und Sinreich verhandelt werden. Der Staatsanwalt plädierte für Verurteilung der Schuldfragen und der Unterfrage auf § 157 St.-G.-B. Nach § 157 ist die an sich verurteilte Strafe wegen Meineids auf die Hälfte bis auf ein Viertel zu ermäßigen, wenn die Angabe der Wahrheit gegen den des Meineids geständigen Angeklagten eine Verfolgung wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach sich ziehen konnte. Rechtsanwalt Dr. Alsborg suchte als Verteidiger Biernaths darzutun, es liege der Fall des § 52 St.-G.-B. vor. Nach § 52 ist eine strafbare Handlung nicht vorhanden, wenn der Täter durch unüberwindliche Gewalt oder durch eine Drohung, welche mit einer gegenwärtigen, auf andere Weise nicht abwendbaren Gefahr für Leib oder Leben seiner selbst oder eines Angehörigen verbunden war, zu der Handlung genötigt worden ist. Er beantragte Freisprechung. Dasselbe beantragten für den Mitangeklagten Sinreich dessen Verteidiger, Rechtsanwalt Grünpach und Eger. Sie legten dar, daß Sinreich einen Meineid nicht geleistet habe. Was er in Hamburg beschworen habe, habe seiner Ueberzeugung entsprochen. Ein Motiv für ihn, falsch auszusagen, habe auch gefehlt. Es müssen deshalb beide Schuldfragen, sowohl die wegen wissentlichen, wie die wegen fahrlässigen Falschbeides verneint werden.

Nach längerer Beratung sprachen die Geschworenen den Angeklagten Handlungsebeling Otto Biernath schuldig des wissentlichen Meineids unter Verurteilung der Frage, daß er durch die wahrheitsgemäße Aussage sich der Verfolgung eines Verbrechens hätte aussetzen können. Bezüglich des zweiten Angeklagten, des Agenten David Sinreich verneinten die Geschworenen die Schuldfragen.

Das Urteil lautete gegen Biernath auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft und gegen Sinreich auf Freisprechung. Die Landgerichtsdirektor Geier in der Urteilsbegründung ausführte, hat das Gericht die Verurteilung des Biernath so milde als möglich angesehen, da Biernath zur Zeit der Eidesleistung ein noch sehr jugendlicher Mensch war, der außerdem völlig unter dem verberlichen Einflusse des Ball gestanden habe. Strafmildernd sei ferner der Umstand gewesen, daß die Zeugin Frau Biernath, die allerdings in der schwersten Weise in ihrer weiblichen Ehre getroffen worden sei, erklärt habe, daß sie dem Biernath verziehen habe und ihr an seiner Verurteilung nichts liege.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Alsborg wurde Biernath aus der Haft entlassen. Die Geschworenen beschloßen ferner, ein Gnadengesuch für Biernath zu unterzeichnen.

Aus der Frauenbewegung.

Zunahme der Frauenarbeit.

Wir berichteten neulich schon über die Zunahme der Frauenarbeit. Das Tempo, in welchem in den letzten Jahren die Frauenarbeit in Deutschland zunimmt, ist auf fallend rasch. Nicht nur hat sich die Frauenarbeit während der Jahre der Krise immer im Gegensatz zu der Arbeitslosigkeit der Männer vermehrt, auch vorübergehende Rückschläge sind schon nach kürzester Zeit mehr als ausgeglichen worden und seit dem Beginn der wirtschaftlichen Erholung nimmt die Frauenarbeit erst recht wieder zu. Statistische Belege für die Ausdehnung der Frauenarbeit bieten die Mitgliederziffern der Krankenkassen: aus ihnen läßt sich die Zunahme der weiblichen Beschäftigten in Industrie und Handel mit voller Deutlichkeit erkennen. Verfolgt man nämlich die Beschäftigtensziffer bei den an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen, so ergibt sich folgendes Bild: die Bewegung der Beschäftigtensziffer betrug im Durchschnitt der ersten sechs Monate der nachstehenden Jahre in Prozent bei den männlichen und weiblichen Arbeitkräften:

	Männliche	Weibliche
1907	+ 2,20	+ 7,88
1908	+ 0,16	+ 8,87
1909	- 1,92	+ 4,23
1910	+ 4,24	+ 6,54

Einmal hat die Zahl der weiblichen Beschäftigten in jedem Jahre zugenommen, während die der männlichen im ersten Semester 1908 und 1909 zurückging, sodann ist aber auch in den Jahren 1907 und 1910, wo die Zahl der männlichen ebenfalls zunahm, die der weiblichen relativ bedeutend stärker gewachsen. Wenn auch die Statistik nicht alle gewerblich Beschäftigten umfaßt, so spiegelt sich in ihr doch die allgemeine Entwicklung und Bewegung zweifellos getreu wieder. Aus der Zusammenstellung läßt sich aber weiter ergeben, daß die Ausdehnung der Frauenarbeit im Verhältnis zur Männerarbeit im vergangenen Jahre relativ am stärksten war; während die Zahl der männlichen Beschäftigten um 1,63 Proz. abnahm, ist die der weiblichen um 4,23 Prozent gewachsen. Auch das laufende Jahr hat für die Frauen einen relativ weit stärkeren Beschäftigungszuwachs gebracht als für die Männer: die weiblichen Beschäftigten nahmen um 6,54 Prozent, letztere nur um 4,24 Proz. zu. So sehr nun auch die Einstellungen von Frauen in Gewerbe und Handel zugenommen haben, noch stärker ist die Nachfrage gewachsen, so daß das Angebot noch genau so wenig den Ansprüchen genügt wie im Vorjahr. Daß die Erwerbslosigkeit bei den Frauen abgenommen habe und dadurch eine Verminderung des Angebotes eingetreten sein sollte, das ist ausgeschlossen, vielmehr dürfte die Neigung zur Selbstständigkeit und Unabhängigkeit eher noch zugenommen haben. Auch die Andrangsziffern am gewerblichen Arbeitsmarkt bestätigen diese Annahme. Die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden war im Durchschnitt des ersten Semesters dieses Jahres um 18 1/2 Proz. größer als im selben Zeitraum 1906. Der Andrang am Arbeitsmarkt für Weibliche stellte sich im ersten Halbjahr durchschnittlich auf 88,31 gegen 88,83 im gleichen Zeitraum 1906. Innerhalb der einzelnen Berufsarten sind allerdings merkliche Verschiebungen eingetreten. So ist der Andrang zum Schneiderrinnen, zum Kellnerinnenberuf, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und merkwürdigerweise auch bei den Dienstboten gewachsen. Bei den letzteren drei Berufsarten hat auch tatsächlich die Zahl der Arbeitsuchenden zugenommen, während in der Schneiderei die Zunahme des Andrangs gegenüber dem Vorjahr auf einer starken Abnahme der offenen Stellen für Weibliche beruht. Bei Schneiderrinnen kamen auf je 100 offene Stellen dieses Jahr durchschnittlich 99,88 Arbeitsuchende gegen 95,92 im Vorjahr, bei Kellnerinnen 113,21 gegen 100,00, bei Dienstboten 88,12 gegen 85,31 im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (zum großen Teil Tabakarbeiterinnen) 133,66 gegen 107,88. Sehr stark zurückgegangen ist der Andrang im Textildgewerbe, wo er sich auf 85,84 stellte gegen 106,03 im Vorjahr, in der Papierindustrie, wo er 133,03 gegen 149,84, bei Tischlerinnen mit 90,22 gegen 103,74, bei graphischen Arbeiterinnen mit 100,62 gegen 120,31, bei Fabrikarbeiterinnen mit 93,78 gegen 129,20, in der Metallindustrie mit 123,47 gegen 162,56. In allen diesen Berufsarten wurde die Abnahme des Andrangs durch eine außerordentlich fröhliche Zunahme der Arbeitslosigkeit für Weibliche bewirkt.

Gewerkschaftliches.

Die Scharfmachertendenz der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“.

Die vom Unternehmertum ausgehaltene Scharfmacherpresse brachte im vorigen Monat einen mit „Freigewerkschaftliche Reisfahrten“ überschriebenen Artikel, in dem wieder einmal der Nachweis geführt wurde, in welcher Art die Arbeitergroßen von den Führern verbraucht werden. Dreiviertel Millionen — so hatte der scharfmacherische Rechenkünstler ausgerechnet — sollten die Tagungen der Gewerkschaftsverbände in den letzten Monaten gefolgt haben, also dreiviertel Millionen für „Freigewerkschaftliche Reisfahrten“ der Gewerkschaftsbeamten verbraucht worden sein. Unsere Parteipresse hatte sofort festgestellt, daß nach dieser Rechnung jeder Delegierte 102,50 Mk. Tagesdiäten bekommen haben müßte. Damit war nicht allein der Rechenkünstler der öffentlichen Lächerlichkeit preisgegeben, sondern auch jene Scharfmacherverbände, die im blinden Eifer auf diesen Stroh herein gefallen waren. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ konnte bei ihrem acht-tägigen Erscheinen davor behütet werden, da die Unrichtigkeit dieser Dreiviertelmillionengeschichte bereits Ende Juni durch unsere Parteipresse offenkundig wurde. Trotzdem brachte das Ober-scharfmacherorgan am 10. Juli noch diesen wunder-schönen Artikel von den „Freigewerkschaftlichen Reisfahrten“. Nun berichtet es in der letzten Nummer, gibt den kleinen Irrtum von 650 000 Mk. zuviel ausgerechneter Kosten zu und berichtet, daß die Reisfahrten nur 100 000 Mk. kosten. Wir wollen nicht darüber rechten, daß selbst nach den Aufstellungen des Rechenkünstlers von der „Deutschen Arbeit-geber-Zeitung“ noch 25 000 Mk. zuviel geschwindelt sind, — auf solche Kleinigkeiten kommt den Gewerkschaften gar nicht an — nur der Schlussatz in der Berichtigung interessiert uns. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ sagt nämlich:

„An der Tendenz des Aufsatzes wird dadurch natürlich nichts geändert.“

Das glauben wir ohne weiteres. Diese Tendenz ist also: Geflissentliche Verleumdung der Gewerkschaftsführer; Rich-tigstellungen werden übersehen und Berichtigungen selbst un-auffällig an versteckter Stelle im Blatte gebracht, damit sie vom irreführten Leser möglichst übersehen werden.

Bessere, anständige, bürgerliche Journalistik, die sich all-wöchentlich in moralisch-philosophische Salbadereien ausschleimt, um dieser unmoralischen Welt neben journa-listischen Anstand auch noch höhere Tugenden beizubringen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Gasarbeiter in Spandau sieht für die Arbeiter äußerst günstig. Sämtliche Arbeitswillige, die am Freitag und Sonnabend der Firma Naureicherdienste verrichteten, haben der Arbeit wieder den Rücken gekehrt, da sie einsehen, daß bei dieser mühseligen Arbeit im Afford nur wenige Groschen am Tage verdient werden, obwohl die Firma mehr wie 50 Proz. Zuschlag zu den bisherigen Affordhöhen gewährt. So mußten denn heute vor-mittag die Herren Geschäftsführer Michaelis und Gänlein Streikbrecherdienste verrichten. Die Herren „Proletariat im Stehtragen“ bewaffneten sich mit Stulpenstiefeln und Sägen, schoben die Löcher und schleppten im Rahn Kisten. Auch der Schiffer Wilh. Tempelhof aus Rarienwerder, Kahn „Alwine“, Nr. 197, mit seinen drei Söhnen verrichten Streikbrecherdienste, ebenso der Schiffseigentümer Otto Blan-tenberg aus Zehlendorf mit seinen beiden Boos-leuten. Der Firma entziehen durch ihre Hartnäckigkeit bedeutende Kosten, so unter anderem für jeden Kahn, der über die Zeit lagert, ca. 50 Mk. Vergegeld pro Tag. Die Gasarbeiter sind unter allen Umständen einmütig gewillt, den Kampf bis zum endgültigen Siege durchzuführen.

Zur Bewegung in den Berliner Privatlithographien. Die Privatlithographien Nag Schönherz, Berlin NW., ist gesperrt, ebenso die Privatlithographie S. Zuhre, Berlin O., wegen Kündigung ihrer Arbeiter. Die Sperre ist streng zu beachten!

Deutsches Reich.

Die Ziegelproletarier in der Ostmark.

An beiden Ufern der Warthe in der Nähe Posen's liegen eine Anzahl Ziegeleien, die zum Teil den Deutschen Markt, zum Teil auch das benachbarte Ausland mit Bausteinen versorgen. Die Herstellung ist außerordentlich billig, da einmal sehr umfangreiche Tonlager bester Qualität vorhanden sind und auch die Grund- und Bodenpreise sehr niedrig stehen. Infolge dieser günstigen Bedin-gungen war es den Besitzern möglich, in ihren Werken die modernsten Maschinen einzuführen und die Jahresproduktion ins enorme zu steigern. So fabrizierte z. B. die große Firma Perlewiez in Ludwigsberg bei Posen im Jahre 1895 600 000 Ziegel pro Jahr, 1908 aber waren es bereits 24 Millionen. Aehnlich rapid ist auch die Entwicklung bei den meisten anderen Werken. Der Vater des genannten Besitzers war noch ein Bauer und besaß nur einen kleinen Feldboden, in dem er seine Handhriegelziegel mittelst Holz'es kramte. Millionen haben die Werke in den letzten Jahren mit den gezahlten niedrigen Arbeiterlöhnen verdient.

Diese Ziegeleiarbeiter waren nun vor sechs Wochen in acht Werken in einen Streik getreten, weil sie einmal eine kleine Er-höhung forderten und zum anderen einen Vertragsabschluß zwischen den Werksbesitzern und ihrem Verbands — sie sind im polnischen Verbands organisiert — verlangten. Doch die Werke unter Führung der genannten stärksten Firma wiesen alle Forderungen ab. Eine aus Vertretern beider Parteien bestehende Schiedsgerichtskom-mission, die die Arbeiter wünschten, wurde unter Betonung des Herr-im-Haus-Standpunktes abgelehnt. In der Ostmark weiß man eben noch nicht, daß heute fast in jeder Fabrik derartige Kom-missionen existieren. Ein Teil der Ausständigen fand in der Land-wirtschaft Unterkunft. Einige Streikbrecher, die sich gefunden hatten, wurden jeden Morgen und Abend von einigen Polizisten von und nach den Werken eskortiert und zwar in der Weise, daß zwei von dem Trupp, einige an den Seiten und zwei hinter den Streikbrechern marschierten. In dieser Woche wurde nun der Streik dadurch beendet, daß die Unternehmer mit den Arbeitern für den Sommer einen Stundenlohn von 30 und im Winter einen solchen von 28 Pfennig, in zwei Werken gar nur 26 Pfennig vereinbarten. Frauen erhalten pro Tag 2,25 Mk. und Mädchen 1,50 Mk. Bei Affordarbeit gibt es 10 Proz. Zuschlag. Die Stunden-löhne für die Ziegler, die doch schwer arbeiten müssen, sind außer-ordentlich niedrig. Der Millionenumsatz und Verdienst der Bes-tzer wird aber nun in alter Weise weiterblühen, wobei ihnen natürlich die Beschränktheit und Indifferenz der Ziegelproletarier zu Hilfe kommt.

Während des Streiks haben sich noch vier Arbeiter zu Tätzlich-keiten gegen die Arbeitswilligen hinreich lassen und dafür dieser Tage wegen Verleumdung je eine Woche Gefängnis erhalten. Die Ziegeleiarbeiter haben nun wieder gefügige, willige und billige Arbeitskräfte und rühmen in glänzenden Prospekten ihre Fabrikate.

Der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband hatte un-längst in der Danziger Aktienbrauerei eine Lohn-bewegung eingeleitet, an der sich über 100 Arbeiter beteiligten und die zum Streik führte. Der Kampf brach kaum begonnen, schmach-lig zusammen, denn schon am zweiten Tage wurden die Leute von dem Christenführer, Sekretär Krause, bedingungslos wieder zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert, jedenfalls in Rücksicht auf die Verantwortung. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantwortl.

feld leeren Kassen des christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-verbandes. Herr Krause hat jedenfalls so spekuliert: wir riskieren mal; läßt sich die Betriebsleitung blaffen und bewilligt sie auch nur ein geringes, dann können wir wieder von einem großen Siege berichten; macht aber die Betriebsleitung ernst, dann nehmen wir schleunigst reichaus.

Die Arbeiter waren ob dieser Taktik aber nicht gerade sehr erbaud, zumal ihnen von Krause zuvor das Blaue vom Himmel versprochen wurde, wenn sie sich nur erst christlich organisieren. Dadurch frohen sie auf den christlichen Reim. Nun war die Ent-täuung doch etwas zu groß, als Krause schon am zweiten Tag die in den Zustand getretenen Arbeiter ihrem Schicksal überließ. Die christliche Organisation hat dann auch die Brauereiarbeiter wohl samt und sonders verloren. Dem letzten von ihnen galt fol-gender Klagebrief:

„Mein Kollege! Da Du kein Mann von Wort bist, frage ich hiermit an, ob wir Dich noch weiter als Mitglied betrachten können. Ich bin doch der Meinung, man soll keinen Menschen zum besten halten, Du scheinst aber anderer Meinung zu sein; erst gehst Du bei den Sozialdemokraten (Du als Katholik), kommst dann zu mir und sagst, Du wärest Deine Pflicht bei uns erfüllen, und dann gehst Du hin und redest die anderen Kollegen ab, ich frage Dich, kannst Du dieses mit Deinem Gewissen vereinbaren? Hoffentlich bietet die Gelegenheit uns darüber mündlich zu reden.“

Mit freundlichem Gruß

Johann Krause.

Herr Johann Krause sollte sich doch nicht wundern, daß die von ihm überdoppelten Arbeiter dann von seiner Strategie schnell-stens genug haben und davongehen. So wird er nun trauern müssen um den letzten seines Stammes.

Die Holzarbeiter im Waldenburger Revier haben eine Lohn-bewegung eingeleitet. In den Orten Waldenburg und Altwasser ist es bereits zur Arbeitseinstellung gekommen. Zugung von Tischlern und Maschinenarbeitern nach diesem Gebiet ist ferngehalten.

Bei den Ersatzwahlen zur Ortskrankenkasse in Essen, die stattfinden mußten, weil die letzten ordentlichen Wahlen zum Teil für ungültig erklärt wurden, erreichten die freien Gewerkschaften 1278, der christlich-nationale Wismasch 1200 Stimmen. In 8 Gruppen stieg die Liste der freien Gewerkschaften mit 22 Vertretern; eine Gruppe, in der städtische Arbeiter, Dienst-boten usw. wählen, vermochte der Wismasch für sich zu retten mit 53 Vertretern, so daß leider auch diesmal eine Majorität der freien Gewerkschaften, die nun über 80 Vertreter verfügen, nicht zustande kam.

Der christlich-nationale Wismasch vermochte seinen „Erfolg“ nur zu erreichen durch stärksten Terrorismus. Am ersten Wahl-abend wurden sechs seiner Wähler festgesetzt, die auf fremde Karten wählten, so daß den Herrschaften für die folgenden Tage die Luft zu diesen Verträgen verging. Dafür verließen sie sich um so mehr auf die Abhängigkeit der Leute. Dienstboten, das Pflegerpersonal aus katholischen Krankenhäusern usw. wurden in einer Anzahl von mehr als 300 zur Wahl geschleppt. In sieben Fällen wurde festgestellt, daß die von der Kasse gestellten Ordnungs-leute den Frauen die Stimmzettel der freien Gewerkschaften wegnahmen und ihnen dafür christliche in die Hand drückten.

Beilegung der Aussperrung in Hagen.

Hagen, 18. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Einigungsverhandlungen in der Metallindustrie zu Hagen, die unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Wale stattfanden, haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Arbeit wird morgen auf sämtlichen Werken wieder aufgenommen.

Der Kampf der Hamburger Holzarbeiter um den paritätischen Arbeitsnachweis.

dauert fort. Der nun schon monatelang dauernde Kampf in der Hamburger Holzindustrie wegen dem Arbeitsnachweis ist in ein neues Stadium getreten. Vor einigen Wochen schien die Tischlerinnung zu der Einsicht gekommen zu sein, daß ihr Straußen gegen die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises vergeblich ist. Sie leitete daher Besprechungen mit der Verwaltung des Holz-arbeiterverbandes ein, die spätere Verhandlungen vorbereiten sollten. Sie erklärten, daß sie nunmehr mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises einverstanden seien, und daß es sich im wesentlichen nur noch um die Vereinbarung der Geschäfts-ordnung handele. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes waren bereit, sofort in Verhandlungen hierüber einzutreten. Da erklärten plötzlich die Vertreter der Innung, bevor die Verhandlungen auf-genommen würden, müsse erst der frühere Zustand wieder herbei-geführt werden, d. h. sie verlangten die Aufhebung der Sperre des Innungsnachweises und Aufhebung des Umschauverbot's für alle Verbandsmitglieder. Eine Versammlung des Holzarbeiterver-bandes gab auf diese Bauernfängerpolitik der Innung die einzig mögliche Antwort. Sie beschloß einstimmig:

„Der Kampf wird in veräuselter Form aufgenommen. Der Arbeitsnachweis der Hamburger Tischlerinnung bleibt gesperrt. Das Umschauen ist verboten. Nur der Arbeitsnachweis des Holz-arbeiterverbandes ist zu benutzen. Der Kampf wird fortgesetzt, bis der paritätische Arbeitsnachweis für die Hamburger Holz-industrie eingeführt ist.“

Zu Verhandlungen erklärten sich jedoch die Holzarbeiter jeder-zeit bereit. Diese hat nun die Tischlerinnung durch ein neues Schreiben abgelehnt. Die deutschen Holzarbeiter werden daher dringend gebeten, diesem Kampf die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Arbeitskräfte sind in Hamburg genügend vor-handen, so daß sich jeder erst zu überlegen hat, ob er nicht lieber von Hamburg fernbleibt.

Sämtlichen Ausständigen in Nürnberg-Fürth ist vom Buchbinderverband ein Tarifentwurf zugegangen, der Min-imallohne, eine Regelung der Affordarbeit, eine allgemeine zehn-prozentige Lohnserhöhung sowie eine Reihe zeitgemäßer, allgemeiner Forderungen enthält. Der Termin zur Rückantwort ist für die Unternehmer auf den 26. Juli festgesetzt.

Da die Forderungen in möglichen Grenzen gehalten sind, glauben die Arbeiter ohne offenen Kampf ihre Forderungen durch-zubringen. Für den Tarif kämen etwa 600 Personen in Betracht. Zugung von Buchbindern, Prägerinnen und Prägerinnen ist bis auf weiteres ferngehalten.

Der Ausstand in der Nürnberger Bleistiftindustrie, der sich zu-nächst nur auf die Firma Johann Faber erstreckte, nimmt weiteren Umfang an. Die Lux-Bleistiftfabrik Schwanhäuser und Stadler sperre ebenfalls aus, so daß nunmehr etwa 1400 Personen ausständig sind. Die Unternehmer lehnen jede Unterhandlung be-harrlich ab. In einigen kleineren Fabriken wird weiter gearbeitet, da die Inhaber die Forderungen bereits bewilligt haben.

Ein christliches Lumpenstückchen.

Unter dieser Heberschrift schreibt man uns: Die bayerische Zentrums-Presse heult gegenwärtig wieder über einen „traffen Fall von sozialdemokratischem Terrorismus“ und belegt ihre Klage mit dem Abdruck folgenden Briefes, den ein christlicher Zimmerer vom „roten Verband“ erhalten haben soll:

Kronach, 27. Juni 1910.

Kamerad R. . . .

In der heutigen Versammlung wurde beschlossen, daß Kamerad R. . . . sich bis daher stets weigerte, dem Zimmerer-Verband beizutreten, so wird Herr R. . . . aufgefordert, sich inner-halb 24 Stunden zu erklären, dem Verbands beizutreten, außer-

dem hast Du zu gewärtigen, außerst bis Samstag, 2. Juli, die Werkstatt zu verlassen.

Mit Verbandsgruß

Zahfstele Kronach.

Dieser sonderbare Brief stammt nicht vom Zimmererverband! Das ganze ist wieder ein niederträchtiger christlicher Schwindel!

Ausland.

Frieden in der englischen Textilbranche.

Manchester, 17. Juli. In einer gestern abgehaltenen Schlußkonferenz zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und denen der Arbeitnehmer der Textilbranche ist ein Einvernehmen erzielt worden, wodurch einerseits die Arbeitgeber darauf verzichteten, wäh-rend der nächsten fünf Jahre irgendwelche Lohnüberbühungen vor-zunehmen und andererseits die Arbeiter sich damit einverstanden erklärten, während dieser Periode Lohnserhöhungen nicht zu ver-langen.

Zum französischen Eisenbahnerstreik.

Das Syndikat der Eisenbahner hat den Generalstreik ver-süßt. Das Datum ist noch nicht bekannt, wird aber in aller nächster Zeit zur Kenntnis der Interessenten gelangen. Man glaubt, daß das Streikkomitee, das Komitee der Ausständigen, bevor es den Ausstand ins Werk setzt, die Beschlüsse des Kongresses abwarten wird, welcher am 27., 28. und 29. d. J. stattfinden wird. Während der Beratungen, welche seitens des Aktionskomitees stattgefunden haben, sind verschiedene Mittel zur Ausführung des Ausstandes erwogen worden. Es heißt, daß folgende Mittel vereinbart worden sind: Das Streikkomitee wird eine bestimmte Stunde verein-baren, in welcher der Ausstand in Kraft treten wird. Zu diesem vereinbarten Augenblick wird auf allen Linien die Arbeit ein-gestellt werden; die Lokomotivführer und Heizer werden das Feuer in ihren Lokomotiven auslöschten, die Bahnangestellten werden den Zügen Einhalt gebieten und auf allen Stationen wird der Betrieb gleichzeitig eingestellt werden. Die Waren, Güter und Passagiere werden in demselben Augenblick auf offener Strecke von dem Zug-personal verlassen werden.

Paris, 18. Juli. Die heutigen Blätter kommentieren leb-haft den gestrigen Entschluß der Eisenbahner, den Generalausstand zu proklamieren. Sie drücken die Hoffnung aus, daß es noch rechtzeitig zu einer Einigung kommen und daß der Ausstand ver-hütet werden wird, welcher das wirtschaftliche Leben Frankreichs ernstlich beeinträchtigen würde.

Achtung, Formier bei Arbeitsangeboten nach Schweden.

Seit dem 4. Juni sehen die Formier im Eisenwerk Kollunga in Kollinge (Schweden) im Ausstand. Nachdem es dem Di-rector des Werkes nicht gelingen will, Streikbrecher aus Dänemark und Norwegen zu bekommen, will er sich jetzt nach Deutschland wenden, von wo er solche bestimmt erhofft. Die schwedische Or-ganisation der Formier macht die deutschen Metallarbeiter deshalb darauf aufmerksam und bittet um Unterstützung ihres Kampfes durch Abweisung solcher Arbeitsangebote.

Grubenarbeiterstreik in Bilbao.

In Bilbao ist ein Streik der Grubenarbeiter ausgebrochen. Die Bewegung macht immer weitere Fortschritte. Als zwei Pro-vinzialgardisten gegen eine Anzahl Ausständiger Front machten, die eine Verhaftung, welche die Soldaten vorgenommen hatten, verhindern wollten, ging die Menge gegen die beiden Gardisten vor, die sich schließlich durch das Abfeuern einiger blinden Schüsse retten konnten. An einer anderen Stelle wurde ein Ausständiger durch einen Schuß schwer verletzt. In der Ortschaft Ortuella wurde ein Ausständiger ebenfalls schwer verletzt. Gestern wurde der Generalstreik verkündet, und man befürchtet, daß sich die Bewegung auf alle Gewerkschaften ausdehnen wird. Aus Vittoria und Burgos sind Truppenverstärkungen in Bilbao eingetroffen. Die Truppen wurden sofort nach den bedrohten Gebieten des Biedens gesandt, „um die Ruhe wieder herzustellen“. Der Generalkapitän von Burgos ist auf dem Wege nach Bilbao in San Sebastian ein-getroffen. Vor seiner Abreise erklärte er, daß „energische Maß-nahmen“ getroffen werden und daß die Behörden nicht zögern würden, den Belagerungszustand über Bilbao zu verkünden. Die wohlhabenderen Einwohner von Bilbao haben die Stadt verlassen und sind nach San Sebastian übergesiedelt.

Die Mantelmacher in New York sind in einen Streik getreten, an dem sich sofort 65 000 Personen beteiligten. Die Zahl der Unter-nehmer in der Mantelbranche beträgt in New York 2000, aber die meisten sind kleine Ausbeuter, Zwischenhändler, Agenten, die aber die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Gewalt haben. Die Zahl der großen Unternehmer, die man als Fabrikanten bezeichnen kann, ist nicht höher als 150. Von diesen erklärten sich am ersten Tage des Streiks schon verschiedene bereit, die Forderungen, besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit betreffend, anzuerkennen. Die große Beteiligung an diesem Streik erweckte allgemeine Begeisterung unter den Arbeitern in New York.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwere Schlägerei.

Essen (Ruhr), 18. Juli. (W. S.) Del einer Schlägerei, die nachts in der Bahnhofstraße stattfand, verletzte der Schlosser Albert den Bergmann Jarenja mit einem Beil im Rücken lebensgefährlich, so daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte.

Ein Mann mit drei Pferden ertrunken.

Oldorf, 18. Juli. (W. S.) Beim Pferdebewaschen im Rheine wurde ein vierzigjähriger Mann mit 3 Pferden von der Strö-mung erfasst und in den offenen Strom hinausgerissen. Er ver-schwand mit sämtlichen Pferden in der Flut und konnte bisher noch nicht gelandet werden.

Arbeiterrisiko.

München, 18. Juli. (W. S.) Heute nachmittags 3 Uhr wurde bei einem Neubau an der Innstraße der 32-jährige Monteur Röß-ler von herabstürzenden Bausteinen erschlagen. Er war sofort tot.

Waltenscheid, 18. Juli. (W. S.) Auf Schicht 3—4 der Zeche Holland kam ein Bergmann unter herabstürzende Gesteinsmassen und wurde verschüttet und getötet.

Eisenbahnunfall.

Cherbourg, 18. Juli. (W. S.) Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich heute mittag in der Nähe von Cherbourg beim Auswechsell einer Lokomotive. Da man vergessen hatte die Bremse anzuziehen, fuhr ein Bahnwagen, der mit Passagieren dicht besetzt war, in immer rascher werdender Fahrt die ab-schüssige Bahn hinunter und kaufte im furchtbaren Tempo gegen einen aus entgegengekehrter Richtung kommenden Wagen. Dabei wurden zahlreiche Personen schwer, einige tödlich verletzt.

Ueberfall.

New York, 18. Juli. Nach einer Meldung der Associated Press aus Manila wurde der Unterrichts-minister der Philippinen auf der Palawan-Insel von einer Bande Moros überfallen. Drei der Angreifer wurden von der Eskorte des Ministers erschossen.

Die Presse und die Budgetbewilligung.

In schärfster Weise wendet sich die „Wiener Arbeiterzeitung“, das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die sicher nicht im Rufe besonderer „Intoleranz“ und „Dogmengläubigkeit“ steht, gegen die Budgetbewilliger. Das Blatt schrieb am Sonnabend:

Die Abstimmung der badischen Sozialdemokraten steht in einem so schroffen Widerspruch zu dem Beschluß des Nürnberger Parteitag und bedeutet einen so ernsten Disziplinbruch, daß die Genossen der Parteipresse eine ganz andere Erklärung schuldig als die nicht sagende Verurteilung des Genossen Frank auf irgend welche nicht weiter definierten „besondere politische Verhältnisse“, deren Besonderheit anscheinend nur darin liegt, daß die badischen Genossen den Beschluß des Gesamtparteitages mißachten zu dürfen glauben. Man muß also vorläufig noch ihre wahre Erklärung abwarten.

Und am Sonntag schreibt unser Bruderblatt:

Die Abstimmung der badischen Sozialdemokraten für das Budget macht in der Partei das größte Aufsehen — umso mehr, als abolut kein Grund aufzutreiben ist, der der Abstimmung auch nur einen Schatten von Rechtfertigung verleihen könnte. Mit dem Beschluß des Parteitages in Nürnberg steht die Abstimmung in dem denkbar schroffsten Widerspruch, und es geschah wohl zum erstenmal, daß innerhalb der deutschen Partei eine so offene Mißachtung von Parteitagbeschlüssen zu erbliden ist.

Die „Arb.-Zeit.“ gibt dann die Nürnberger Resolution wieder und konstatiert:

Da die einzige Kundrede nicht vorliegt — daß sonst ein für die Arbeiterklasse ungünstiges Budget zu Stande käme, weil ja das Finanzgesetz in Baden einstimmig angenommen worden ist, die Mehrheit also auch ohne die Stimmen der Sozialdemokraten nicht zweifelsfrei gewesen wäre —, so bedeutet die Abstimmung der badischen Fraktion eine direkte Verleugnung des Parteitagbeschlusses.

„Vollstrecker“ Karlsruhe.

In einem Artikel über den „Großblod-Landtag“ kommt unser Karlsruher Parteiorgan nochmals auf die Gründe zu sprechen, die nach Ansicht der badischen Fraktion für die Budgetbewilligung sprechen:

Der Sozialdemokratie sei es gelungen, das Zentrum im Landtage politisch und parlamentarisch völlig schwach zu setzen. „Zum ersten Male ist das schwierige politische und taktische Problem, die seit Jahrzehnten vom Zentrum praktizierte Taktik, seine Gegner zu gesplitteln, auf diese Weise dem Zentrum eine weit über seine politische und zahlenmäßige Stärke hinausgehende Bedeutung zu verschaffen, mit tatsächlichen Erfolg durchgeföhrt worden.“

Fürst Bälz hat für die Reichspolitik dasselbe versucht, allein dieser Versuch wurde mit untauglichen Mitteln unternommen und mußte daher notwendigerweise scheitern... Es gibt keine andere Lösung des ebenso schwierigen als wichtigen Problems der Reaktion erfolgreich zu begegnen, als daß man es der Sozialdemokratie ermöglicht, im besten Sinne des Wortes an der Erledigung der Staatsaufgaben positiv mitzuwirken. In dieser Möglichkeit liegt auch zugleich die andere mit eingeschlossen, dem Liberalismus den ihm gebührenden politischen Einfluß zu verschaffen. Sozialdemokratie und Liberalismus sind an der Lösung des Problems in gleichem Maße interessiert. Daß diese Tatsache in Baden erkannt und daß die aus dieser Erkenntnis sich ergebenden politischen und taktischen Schlussfolgerungen beiderseits gezogen wurden, ist unabweisbar ein großes Verdienst, dessen Tragweite leider allenthalben noch nicht genügend gewürdigt wird.

Der Großblod-Landtag 1910/11 hat den Beweis erbracht, daß ein positives Zusammenarbeiten zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie möglich ist, ohne daß die Grundlage der in Frage kommenden Parteien dabei irgendwie irrtümlert wurden. Freilich, die Prinzipienreiterei, ein ebenso leichtes als bequemes Vergnügen, kommt dabei nicht auf ihre Kosten. Dieses Vergnügen kann man sich immer nur gerade so lange leisten, als man sich den politischen Folgen derselben entziehen kann.

Die badische Sozialdemokratie stand vor der Alternative, entweder auf den Kraft ihrer Stärke auszuübenden politischen und

parlamentarischen Einfluß zu verzichten, was aber gleichbedeutend gewesen wäre mit der Unmöglichkeit, die liberal-konservertative Reaktion schwach zu setzen, oder aber ihren Einfluß in die Wagschale zu werfen und damit auch einen Teil derjenigen Verantwortung zu übernehmen, die bei den Dogmatikern des starrten Prinzipialismus verpönt war. So einfach wie in der Theorie gestalten sich in der Praxis die Dinge niemals. Es muß deshalb den Männern, welchen die Wähler ihr Vertrauen schenken, im gegebenen Falle möglich sein, ohne Rücksicht auf überlieferte Traditionen, die nötigen taktischen Maßregeln zu ergreifen. Ohne mehr oder weniger große Reibungen und Konflikte wird es dabei nicht abgehen, aber schließlich sorgt der Erfolg dafür, daß die richtige Basis für die weiteren politischen Aktionen gefunden wird. Jede Verberung an einer traditionellen Taktik stößt anfänglich auf Widerspruch. Allein wo sich die veränderte Taktik als richtig erweist, wird der Widerspruch gegen dieselbe überwunden. Das war in Baden der Fall. Die große Mehrheit der badischen Sozialdemokraten billigt die von der sozialdemokratischen Fraktion praktizierte Taktik, wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß sie die Zustimmung zum Budget billigen werden, und zwar aus dem sehr einfachen, naheliegenden Grunde, weil sie wissen, daß durch die entgegengesetzte Taktik unsere ganze politische Arbeit in den letzten Jahren, der man den Erfolg nicht wird absprechen können, paralysiert und auf Jahre hinaus die politische Aktionsfähigkeit aufs schwerste gefährdet worden wäre. Unsere politische Arbeit soll und darf nicht zur bloßen Agitationsarbeit degradiert werden. Ueber die Zeit der bloßen Agitationspolitik sind wir in Baden hinausgewachsen, das muß jeder wissen, der sich kritisch über die von der badischen Sozialdemokratie und ihrer parlamentarischen Vertretung befolgten Taktik äußern will.

Von diesen Gesichtspunkten aus muß auch die parlamentarische Arbeit des verflochtenen Landtags, speziell diejenige der sozialdemokratischen Fraktion beurteilt werden. Was bei uns in Baden sich seit etwa 6—7 Jahren in der politischen Entwicklung abspielte, ist weiter nichts als die Overture zu dem großen politischen Problem, das volens volens auch für die Reichspolitik in absehbarer Zeit gelöst werden muß. Wer nicht politisch erblindet ist, der sieht jetzt schon die Anfänge dieser Entwicklung auch für die Politik im Reiche.

Auf die Arbeiten des heute geschlossenen Landtags wird noch zurückzukommen sein; im großen und ganzen bedeuten sie einen Fortschritt, der insbesondere auf dem Gebiete der Gemeindepolitik schon in Wäld sich bemerkbar machen wird. Soviel steht fest, noch auf keinem Landtag hat das Zentrum taktisch und politisch so schlecht abgeschnitten, wie auf dem nun zu Ende gegangenen Großblod-Landtag. Der Wahlniederlage vom Oktober 1909 ist die politische und parlamentarische Niederlage auf dem Fuße gefolgt. Wenn es überhaupt eines Beweises für die Nichtigkeit der von unserer Partei befolgten Taktik bedarf, so wäre er mit dieser unbestreitbaren Tatsache erbracht.

Wir haben diesen Artikel wie den früheren unseres badischen Organs so ausführlich wiedergegeben, um unseren Lesern die Gründe, die die Budgetbewilliger anführen, möglichst vollständig vorzuführen. Wir haben aber den dringenden Wunsch, daß auch die badischen Parteiblätter ihren Lesern die Gegenstände in ähnlicher Vollständigkeit vorführen, um ihnen selbst ein Urteil zu gestatten.

„Vollstrecker“ Kassel.

Nachdem wir die Motivierung nunmehr kennen, müssen wir sagen, daß sie für uns nicht von besonderer Ueberzeugungskraft ist. Einen Tag (H) vor der Abstimmung waren die Genossen entschlossen, gegen das Budget zu stimmen, sie stimmten dann schließlich dafür, wie gefagt wird: aus zwingenden politischen Gründen. In der Hauptsache müssen diese zwingenden Gründe wohl gesehen werden in der Hege der Schwarz-Blauen gegen den Minister v. Bodman. Diese komplizierte Natur aber nicht stützen zu lassen, hielten unsere Genossen für einen Akt politischer Klugheit, u. a. um deswillen, weil Herr v. Bodman „manche“ Forderung der Sozialdemokratie für berechtigt hält. Und ist in der Jahrzehnte langen Parteitätigkeit bis auf den heutigen Tag noch kein Reich begegnet, der nicht manches aus unserem Programm für berechtigt gehalten hätte. Die Bescheidenheit unserer Genossen im badischen Landtag ist uns wirklich unverständlich.

Dann ist der Schluß der Motivierung in gar keinen Einklang zu bringen mit dem Anfang. Einen Tag vor der Abstimmung war die Fraktion entschlossen, gegen das Budget zu stimmen und damit im Einklang zu bleiben mit

der Partei und ihren Beschlüssen. Einen Tag nach der Abstimmung spricht man von feindlicher Demonstrationslust, durch die man positive Erfolge aufs Spiel setze.

Es will uns scheinen, daß nicht nur der badische Minister v. Bodman eine komplizierte Natur ist, daß vielmehr auch die Politik unserer badischen Genossen komplizierter ist, als sie bei einer Vertretung des klassendewakten Proletariats sein sollte. Die Zustimmung zum Budget in Baden stellt sich für uns dar als ein schwerer Verstoß gegen Parteitagbeschlüsse.

Der „Heftige Volksfreund“ (wenn die bürgerliche Presse das Blatt ein Organ Dr. Duesfels nennt, ist das unrichtig; bisher war es so, daß unsere Parteiblätter das Organ der Partei und nicht einzelner Genossen waren, wenn auch Ton und Inhalt des Artikels den Irrtum erklärlich macht) zitiert die programmatischen Sätze unseres Artikels, unser Bekenntnis zu unseren sozialistischen Endzielen und zur Republik und schreibt dazu:

Das sind so ziemlich dieselben Worte, mit denen Hans R. Fischer seine blöden Behauptungen gegen die Sozialdemokratie zu schließen pflegt, sobald man förmlich auf den Gedanken kommen könnte, der Verfasser jenes Artikels habe diesen Passus aus einer Nummer der „Vollst.“ abgeschrieben. Wir meinen, daß es wirklich nicht Aufgabe des „Vorwärts“ sein sollte, unseren Gegnern Waffen in die Hand zu drücken. Wenn die Gegner diese Auslassungen des „Vorwärts“ beim nächsten Wahlkampf als Flugblätter verbreiten, wie sie das mit derartigen scharfmacherischen Stillübungen schon früher getan haben, so darf man sich wirklich nicht wundern. Wirklicher kann den Wählern des Mittelstandes die angebliche „rote Gefahr“ gar nicht plausibel gemacht werden.

Also die Darlegung unserer Ziele wagt der Verfasser als Plagiat aus einem Heftblatt darzustellen und fürchtet, daß die Scharfmacher unserer Artikel als Flugblatt verbreiten werden. Aber wir können dem Verfasser das eine bestimmt versichern: Die Darlegung unserer Ziele wird im künftigen Wahlkampf mit aller Offenheit und Rückständigkeit erfolgen, und Millionen von sozialdemokratischen Flugblättern werden hinausgehen, die genau dasselbe sagen wie unser Artikel. Auf Mittelstandsfang und Wahldelegierung lassen wir uns nicht ein und wenn versucht wird, das sozialistische Programm zu verlegen, so sind wir wirklich stark genug, das zu verhindern. Wenn der Verfasser unser Programm nicht anerkennt, so braucht er es nicht zu vertreten, er kann aber auch dann ehrenlichweise nicht Mitglied der Partei bleiben.

Chemnitzer „Vollstimmte“.

Das Blatt, das sich so gern den Anschein der Sachlichkeit und Objektivität zu geben sucht, beginnt mit einer Verdächtigung unserer Motive und schiebt alle Schuld für die einseitige Debatte auf den „Vorwärts“:

„Seht es nach dem Willen des „Vorwärts“, so hat also an Stelle erster sachlicher Arbeit an der Reichsversicherung und Genossenschaftsfrage der kommende Magdeburger Parteitag, der letzte ordentliche Parteitag vor den kommenden Reichstagswahlen, eine Wiederauflage der Nürnberger Budgetbewilligungsdebatte zu erleben. Wir warnen vor solcher Torheit mit aller Energie.“... Es bleibt also nur ein Weg zu würdiger Erledigung des Konflikts gangbar, nämlich der, daß ohne jede Debatte der Parteitag seinen Nürnberger Beschluß aufrecht erhält und das Verhalten der süddeutschen Landtagsfraktionen mißbilligt, von Zwang und Strafe aber absieht. Nur so kann die peinliche Angelegenheit ohne Schaden für die Partei aus der Welt geschafft werden.“

Schließlich erklärt es seinen Lesern, daß es in eine Erörterung der Frage bis zum Parteitag nicht eingehen werde und führt für das Latschverhalten die kuriose Begründung an, wir wären ja der „Generalfreibe“, wie das Blatt die Artikel und Reden der Genossin Luxemburg kauft, nicht entgegen getreten. Das zeigt jedenfalls von einer erstaunlichen Fähigkeit, ganz verschiedene und unvereinbare Dinge gleichzusetzen, eine Fähigkeit, die allerdings logisch kaum genannt werden kann.

Kleines feuilleton.

Königliche Hofhaltung in tiefster Not. In diesen Tagen der Erinnerung an die Königin Luise, die vor 100 Jahren starb, stehen Wäde der Nürbung über Entfagung, Dulden, Opfermut, still getragener Not. Da ist es nützlich, mit ein paar Zahlen die Größe der Hofhaltung zu veranschaulichen und der königlichen Selbstopferung in der Nürbung zu veranschaulichen.

Friedrich Wilhelm III. erhielt einen Hungerlohn von 28 104 Talern — monatlich. Die Königin Luise 1000 Taler — monatlich, ihre Kinder 1640, und die Waisen des Prinzen Ludwig 666 Taler — monatlich. An diesen kleinen persönlichen Beträgen der absoluten Hofhaltung war auch Stein nichts zu kürzen. Dagegen bemühte er sich — nahezu erfolglos! — die hinzukommenden Sachausgaben und die weiteren Personalausgaben für den Hofstaat zu beschränken. Außer jenen Gehältern wurden nämlich noch in dieser schweren Hofhaltung — alle folgenden Zahlen gelten für den monatlichen Verbrauch — für die königliche Küche 7830 Taler, die Kellerer 1700, die Silberkammer 500, die Lichtkammer 480, die Kaffeeküche 210, diverse Ausgaben 210, unerwartete Vorfälle 2710 Taler. Auch damit waren die Kontributionen für das angebotene Herrscherhaus noch nicht erschöpft. Da war der königliche Hofstaat mit 1721 Talern monatlich; 87 Pferde wurden verkauft, um etwas zu ersparen. Dagegen ließ man das Gefäß — 5111 Taler — unangekäuft, ebenso den Pölen: „Koch Personal zum Hofstaat gehörig“ — mit 1681 Talern, davon 1068 Taler für die Hofapotheke. Ferner die Ausgaben für die Prinzen: Die Brüder des Königs, Heinrich und Wilhelm, erhielten 2500 und 6600 Taler monatlich und die auswärtige Verwandtschaft zusammen 11 945 Taler. Welch ein Opfer, daß Wilhelm auf ein Drittel verzichtete und Heinrich von 80 000 Talern jährlich 10 000 wieder zur Verfügung stellte.

Wollte die königliche Familie nicht auf ihre unmäßige Einnahme in einer Zeit verzichten, da der Staat an den Vettelstab gekommen war, so noch weniger auf ihren Besitz. Stein hatte schon 1806 die Einförmigkeit des goldenen Tafelgeräts von Friedrich II. angeregt, das 3 Millionen Taler wert war — umsonst. Er wiederholte die Forderung während seiner zweiten Ministerchaft — der Gedanke wurde nicht ausgeführt. Auch die bloße Verpfändung der königlichen Juwelen konnte nicht durchgeföhrt werden. Endlich aber riet Stein den Verkauf der königlichen Domänen, die ja nun 100 Jahre später den Vorstand liefern mußten, um in einer Zeit unerträglichsten Steuerdrucks das Gehalt des Königs um 3 1/2 Millionen zu erhöhen. Ray L e h m a n n, der in seiner großen Stein-Biographie diese Verhältnisse mit unerwarteterem Freimuth darstellt, weist darauf hin, daß der kapitalisierte Wert der Domänen mehr als ausreichend gewesen wäre, um die ganze französische Kriegskontribution zu tilgen, über die so viel gemurmelt wurde.

Die Hohenzollern kamen darüber hinaus, weil sie das Wohl des Ganzen mit ihrem persönlichen Wohl für identisch hielten, und

nicht daran dachten, das dynastische Vorrecht der Staatsidee zu opfern. Friedrich Wilhelm III. konnte zu jener Zeit mit Stolz das Familienwort zitiieren, daß er ein König der Vettler war. Aber die Vettler, über die er regierte, hinderten ihn nicht, einen königlichen Haushalt zu führen. Das war sein Martyrium, auf keinen Pfennig zu verzichten, da in den Provinzen das Sozialfortschritt, um das Feld zu besetzen.

Eine Wanderung durch die Sahara. In London ist der Captain A. S. Hayward nach einer längeren Reise, die ihn von Westafrika durch die Sahara bis zum Nordrande des dunklen Weltteils geführt hat, soeben eingetroffen. Forschungsdrang und Freude an der Abenteuerlichkeit seines Vorhabens waren es gewesen, die ihn am 6. Januar von Free Town in Sierra Leone ausbrechen ließen. Er folgte dem Laufe des Nigers und von Timbuktu aus wollte er in gerader Richtung nach Norden durch Afrika vordringen. Aber die Hitze verperrte mir den Weg, ich konnte keinen Führer finden, und man riet mir, den Weg über Goa zu wählen. Nach mühsamer Wanderung war endlich am 18. April Goa erreicht; hier mietete der Reisende ein Reisfamel und vier Lastmäse. Mit einem schwarzen Boy und einem Koch, von sechs Senegalesen begleitet, brach er in der Richtung nach Kidal auf. Die ersten drei Tage passierten wir noch des öfteren Wasserlöcher, und die Vegetation war verhältnismäßig üppig. Aber dann wurden die Wäde und Sträucher immer spärlicher, die Hitze wuchs, stürmische Nordostwinde bliesen uns unausgeseht Sandmengen ins Gesicht. In Kidal endlich verabschiedete ich meine Eskorte, und nur von einem arabischen Führer begleitet, trat ich den langwierigsten und schimmsten Teil meiner Reise an, die Wanderung nach In Salah. 800 englische Meilen Sahara waren zu durchqueren. Nördlich von Adrar kam man in eine Wüstenregion, wo alle Spuren von Wasser ausföhren, nirgends Holz für ein Lagerfeuer, nirgends Blätter oder Sträucher, die den Kamelen als Nahrung gedient hätten. Der Wind nahm nicht ab, er war glühend heiß, und ohne Unterloß schleuderte er den Reisenden die scharfen Sandörner entgegen. Der Sand drang in Mund und Nase, die Schleimhäute bluteten, es war unmöglich ein Zelt aufzuschlagen oder Lebensmittel zu kochen. Die letzten zwei Tage aßen wir überhaupt nur Datteln. Das Wasser in unseren Säckchen begann zu faulen, und dabei immer der Gedanke an die Möglichkeit, den rechten Pfad verfehlt zu haben. Von 24 Stunden waren wir 19 ohne Pause unterwegs; kaum daß wir uns täglich fünf Stunden Rast konnten. In recht trauriger Verfassung erreichten wir endlich die Gegend von Lanz. Das Schlimmste war damit überstanden, am 12. Juni war In Salah erreicht. Dann ging es über Weglala nach Zugurt und am 6. Juli, nun endlich in einem Wagen, bis nach Biskra, wo der Schienenweg den Anschluß mit der Kulturwelt wieder herstellte. Ingesamt hat der verwegene Wüstenwanderer 3750 englische Meilen zurückgelegt, von denen 1000 auf die nackte, wasserlose Wüste entfallen.

Teer-Erzugung und Teer-Verbrauch. Eine jüngst veröffentlichte Statistik der englischen Regierung über Teerproduktion und Teer-Konsumtion zeigt, daß in Deutschland dieses gesunde und billige Gemischmittel noch sehr wenig verbreitet ist. Tee gibt bei uns — sehr zu unrecht — noch immer als das Luftpfeil der We-mittelten, obwohl namentlich im Sommer kalter Tee das beste Durstlöschungsmittel ist. Die Teerproduktion beträgt jährlich 1256 Millionen Pfund, davon bringt China 700, Indien 248, Ceylon 181 Millionen Pfund hervor. Der Verbrauch ist am stärksten in China mit 480 Millionen Pfund, in Großbritannien mit 275, in Rußland mit 109, in den Vereinigten Staaten mit 114 Millionen Pfund. Deutschland konsumiert nur 9 Millionen, wenig mehr als — Neu-Seeland. Allerdings ist in Deutschland auch die Kunst des Teerlebens nicht sehr verbreitet, und doch bedeutet der Teer genug schon wegen des starken Federbedarfs Sehung der Volksernährung.

Notizen.

— **Vorträge.** Auf der Treptow-Sternwarte findet am Mittwoch, 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, ein Vortrag von Dr. Grober über „Die Eroberung der Luft“ statt (mit Lichtbildern und Demonstrationen). Mit dem großen Fernrohr wird am selben Abend der Sternhaufen im Herkules gezeigt.

— **Der 17. Kongreß des Deutschen Schachbundes,** veranstaltet vom Hamburger Schachklub aus Anlaß seines achtzigjährigen Bestehens, wurde am Sonntag eröffnet. Als nächster Vortragsort ist 1911 Köln in Aussicht genommen. Die Teilnahme der ersten Schachspieler aus Deutschland und fremden Ländern ist groß.

— **Zu Land nach Indien** heißt Hedins neues Buch, das in diesem Herbst bei Brockhaus erscheinen wird, die Erzählung seines Karawanenzuges durch Persiens Sumpfwälder, durch das feine, schwer zugängliche Seistan und das heiße Belutschistan bis an die Grenze des Indischen Reiches. Auch diese Hinreise war reich an Gefahren, so im fanatischen Persien, dem klassischen Land der Räuber, und im pestverdächtigten Seistan. Aber auch reich an Erfolgen in den nur wissenschaftlich fruchtbaren Salzpfützen und Sandwüsten.

— **Der Vacuum-Strahlenreiniger.** In New York finden, wie die „Umschau“ berichtet, zurzeit Versuche zur Staubentfernung von den Straßen nach dem System des Vacuumreinigers statt. Die neue Reinigungsmaschine ist ein großes Automobil, an dessen Vorderseite der Vacuumreiniger angebracht ist. Einer der Hauptvorteile besteht darin, daß der Staub durch den Sauger sofort gebunden und dem Staubkasten zugeführt wird. Die Bedienung des neuen Reinigungsautomobils erfordert nur zwei Mann, von denen der eine als Chauffeur, der andere zur Aufsichtigung des Saugapparates dient.

„Frankische Tagespost“ - Nürnberg.

Es fällt in Baden keinem ein, den Genossen in den Landtagen zu Dresden und Berlin vorzuschreiben, was sie zu tun haben, obgleich man dies nicht immer einverstanden ist mit allem, was dort geschieht.

„Volkzeitung“ - Mainz.

Wir persönlich vertreten die Ansicht, daß in erster Linie die Landesorganisationen der Parteien sein sollten, sich mit der Haltung ihrer Abgeordneten zu befassen.

„Gothaer Volksblatt“.

Es wird den badischen Budgetbewilligern schwer fallen, zu befreiten, daß es sich hier um eine mit bewußter Absicht herbeigeführte Provokation der Partei handelt.

„Tribüne“ - Erfurt.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Badens hätten sich keine unglücklichere Zeit auswählen können, ihrer Klassenstaatserklärung ein Vertrauensvotum durch die Bewilligung des Budgets auszudrücken, als gerade die jetzige.

„Mecklenburgische Volkszeitung“.

Mit ihrem Verhalten haben die badischen Budgetbewilliger gegen den Nürnberger Beschluß verstoßen! Der ist nun zwar nicht heilig, braucht, theoretisch gedacht, nicht ewiglich zu sein.

„Norddeutsche Volksstimme“ - Bremerhaven.

Wieder müssen die „besonderen politischen Verhältnisse“ Badens herhalten, um diese neueste Mißachtung der Parteitage-Beschlüsse zu demütigen. Eine Provokation sondergleichen!

„Vergische Arbeiterstimme“ - Solingen.

Das Blatt meint, daß Kolb sich im „Karlsruher Volksfreund“ in geradezu lächerlich-grotesker Weise herauszureden laße und fährt fort: Das sieht sich genau so wie seinerzeit die Rechtfertigung des Preisens für sein Einwirken in den Salow-Bloed.

„Volkzeitung“ - Düsseldorf.

Mit dieser Zustimmung zum Budget haben die sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtages sich in irrtümlichen Gegensatz zu dem mehrmals kundgegebenen Willen der großen Mehrheit der Partei gestellt.

„Volkbote“ - Stettin.

Das Blatt fügt der Erklärung des Parteivorstandes hinzu: „Es wird endlich die höchste Zeit, dem die Arbeiterklasse verwirrenden Treiben der süddeutschen „Politiker“ einen Riegel vorzuschieben.“

„Volkstimme“ - Frankfurt.

Mit vollem Bewußtsein hat die große Mehrheit unserer badischen Landtagsfraktion am Donnerstag gegen den Nürnberger Parteitage-Beschluß gehandelt.

reichen, vor allem die Stärkung der linken Großpolitik und des linken Flügels der Regierung gegen Zentrum und Konservative.“

Ueber die Gründe der Fraktion urteilt dann das Blatt: „Dabei überhäufte sie aber offenbar den Zwischenfall Bobman ganz gewaltig. Die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse Badens wird nicht durch ministerielle Glaubensbekenntnisse bestimmt, sondern durch ganz andere Dinge.“

Eine demokratische Stimme.

In der letzten Nummer des „Freien Volks“ beschäftigt sich Dr. Freilich mit der Budgetfrage. Er polemisiert gegen Artikel des Dr. Duesel und Dr. Maurenbrecher.

Die Auffassung der beiden Revisionisten über die Politik der liberalen Parteien ist, wovon sie sich inzwischen am Ende schon selbst überzeugt haben (?), falsch. Aber man kann schließlich unter allen Umständen die Warnung gelten lassen, die Sozialdemokratie möge nicht durch Ungeheuerlichkeiten oder überflüssige Provokationen die Stimmung im Lande ungünstig beeinflussen.

Wenn jetzt wirklich, was ein gütiges Geschick verhindern möge, in Waggburg die Tragödie von Dresden eine neue Aufführung erlebte, so müßten doch wohl auch die Männer der „Sozialistischen Monatshefte“ zugeben, daß der andere Flügel der Partei dafür zum mindesten nicht allein verantwortlich zu machen wäre.

Mit dieser Feststellung ist durchaus kein Urteil über die Budgetfrage im allgemeinen und die Gründe der Wadener im besonderen abgegeben. Hier handelt es sich zunächst nicht darum, ob die Bewilligung der Budgets durch die große Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion im badischen Landtag mit höheren politischen Erwägungen zu rechtfertigen ist.

Der „Vorwärts“ und die, die auf seiner Seite stehen, bekunden sich absolut im Recht, wenn sie sich über die Nichtachtung der Beschlüsse entäußern, die nicht etwa in einer Laune, sondern nach langen und eingehenden Debatten zustande gekommen sind.

Jedoch auch alles dies zugegeben, ist die Abstimmung der badischen Sozialdemokraten in hohem Maße bedenklich, weil sie die Probe auf die innere Festigkeit der Partei und die Toleranz des radikalen Flügels in einem Zeitpunkte macht, wo nach Lage der Dinge gar zu viel auf dem Spiele steht.

Dann werden die allgemeinen Gründe für und gegen Budgetbewilligung erörtert und schließlich folgender Schluß gezogen:

Das alles sind Gründe, die dafür sprechen, die Sache nicht gar zu prinzipiell zu nehmen. Auf der anderen Seite wird jede oppositionelle Partei gut daran tun, nur im äußersten Falle auf die Ablehnung des Etats zu verzichten.

In parlamentarisch regierten Ländern fällt es der Opposition nicht ein, den herrschenden Parteien die Mittel zur Fortführung ihrer Herrschaft zu verweigern, und niemand denkt daran, ihr deswegen die Staatsgewalt abzuschöpfen.

Das wäre, so lange sie die Minderheit bilden, auch nur eine Demonstration. Ganz gewiß. Aber im politischen Leben haben auch solche Demonstrationen ihre Bedeutung.

Vierzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Die diesmalige Tagung des Tabakarbeiterverbandes findet vom 18. bis 23. Juli im Braunschweiger Gewerkschaftshause statt. Während seiner dreijährigen Geschäftsperiode erzielte der Verband eine Einnahme von 2 178 289, eine Ausgabe von 1 919 452 M.; das Vermögen stieg von 75 854 auf 884 101 M.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes: An Rechtschutz 8 450 M., Streik- und Gemahregelunterstützung 485 981, Arbeitslosen- und Rotstandsunterstützung 115 263, Umzugs- und Fahrgeldunterstützung 23 354, Kranken- und Sterbeunterstützung 604 210, Summa 1 287 708 M.

Im Jahresbericht für 1900 wird in einem besonderen Kapitel angeführt, wie sich angelehnt der Tabaksteuerveränderung der Regierung nicht nur eine umfangreiche Tätigkeit für den Verband ergab, sondern wie nach Annahme des Gesetzes der Verband auch bedeutende Summen für Arbeitslosen- und Rotstandsunterstützung verausgabte.

Auch die scholle Rolle der Zentrumspartei bei der Tabaksteuerfrage wird in dem Bericht aufgedeckt und nachgewiesen, daß selbst „christliche“ Gewerkschaftsführer als Handlanger des Zentrums zu Verrätern an den Tabakarbeitern wurden.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes: Angriffsbewegungen ohne Streik 375 mit 24 779 Beteiligten, Abwehrbewegungen ohne 50 mit 8 089, Ausperrungen 63 mit 2 468, Insgesamt 577 mit 85 077.

Im Bericht für 1900 wird angekündigt, daß versucht werden soll, die Konsumvereine und Abnehmer von Tabakfabrikaten, namentlich die Konsumvereine, zu bewegen, nur aus solchen Tabakfabriken ihren Bedarf zu decken, in denen die Forderungen der Tabakarbeiter anerkannt sind.

Die Tagesordnung der Generalversammlung umfaßt außer der Berichterstattung der letzten Geschäftsperiode noch die Punkte: Reichversicherungsordnung und Minimallohne und Tarifverträge in der deutschen Tabakindustrie. — Zur Aenderung der einzelnen Paragraphen des Statuts liegen 178 Anträge der Jahreshellen und des Vorstandes zur Beratung vor.

Aus Industrie und Handel.

Sinter den Kulissen des Großkapitals. a. K. Hefkeme und Propaganda bilden bei jedem Geschäftsunternehmen einen beträchtlichen Teil der Betriebskosten; bei manchen übersteigt er die Kosten der Produktion selbst.

Fahrlässige Tötung durch einen Lehrer.

Das Oberverwaltungsgericht hat dieser Tage endlich einmal einen zugunsten eines Lehrers von der Regierung erhobenen Konflikt zurückgewiesen.

Wegen fahrlässiger Tötung zweier Schüler war der Mittelschullehrer Giese, damals in Thorn, auf Grund des folgenden Sachverhalts angeklagt worden. Auf Wunsch seiner Schüler aus der Turnklasse ging G. am 7. August 1908 mit ihnen zum Baden in der Weichsel. Er hatte noch seinen Schwager und einen Hilfslehrer beif. Die von ihm ausgesuchte Badestelle wurde durch zwei Weidenbüsche abgeleitet. Er ermahnte die Schüler auch streng, nicht darüber hinaus zu gehen. Es waren etwa 70 Teilnehmer. Die Schüler beachteten zum Teil nicht die Mahnung Gieses. Obwohl er sich Mühe gab, sie in Reihen zu halten, gelang es ihm nicht. Während er nach links ging, um einige Knaben zurückzurufen, die dem Hilfslehrer nach ins Tiefe schwammen, kamen rechts weiche, die zu weit gegangen waren, in Lebensgefahr. Einen rettete ein Drechslermeister. Einen andern, der unterging, konnte Giese, der zu Hilfe eilte, nicht retten, auch nicht durch Tauchen. Später stellte sich heraus, daß noch ein Schüler spurlos verschwunden war. Die Leichen beider wurden nachher aus der Weichsel gezogen. Die Fahrlässigkeit des Lehrers sei, so machte die Staatsanwaltschaft geltend, in folgendem zu sehen: Die Badestelle sei von früheren Bädern her Giese bekannt gewesen. Es hätte ihm auffallen müssen, daß Hochwasser herrsche und Gefahr vorhanden war. Vor allem aber hätte er sich sagen müssen, daß die Vorsichtsmaßregeln nicht ausreichen. Wegen der Lebhaftigkeit der Knaben und wegen ihrer Unvorsichtigkeit hätte er sich sagen müssen. Es hätte ihm auch klar sein müssen, daß das Baden in der freien Weichsel infolge der Stromschnellen und des dadurch bedingten Wechsels der Tiefe mit Lebensgefahr verbunden sei.

Die Regierung in Marienwerder erhob, bevor es zur Verhandlung kam, zugunsten Gieses den Konflikt. Wenn der Lehrer die Knaben zum Baden führte, so habe er eine Amtshandlung ausgeübt, denn das Baden sei hier an Stelle des planmäßigen Turnunterrichts getreten. Eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder eine Unterlassung einer Amtshandlung falle ihm aber nicht zur Last. Er hätte die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Wenn sich die Schüler nicht an seine Weisungen hielten, solle ihm das nicht zur Last. Da es sich um Knaben im Alter von 12 bis 14 Jahren handelte, hätte er annehmen können, daß seine Mahnungen genügen.

Das Oberverwaltungsgericht verworft den Konflikt der Regierung, so daß dem Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung weitere Folge zu geben ist. Begründend wurde ausgeführt: Der Rektor der Schule habe den Beschuldigten auf eine Stelle in der Weichsel aufmerksam gemacht, wo das Baden polizeilich genehmigt sei. G. hätte sich erkundigen müssen, wo die Stelle sei. Das habe er nicht getan. Er habe so grob fahrlässig gehandelt, zumal hohes Wasser war. Er hätte unter allen Umständen nur Baden lassen dürfen, wo es polizeilich erlaubt gewesen sei. Er habe eine große Verantwortung gehabt, da ihm das Leben von 70 Knaben anvertraut gewesen sei.

Zu wünschen wäre, daß das Oberverwaltungsgericht in den weit schwerer liegenden Fällen der Ueberschreitung des Richterrechts durch Lehrer bald eine ähnlich abschneidende Haltung gegenüber Kompetenzkonfliktbeschwerden der Regierungen einnehmen möchte.

Vermischtes.

Schwere Eisenbahnkatastrophen.

In Rittenweiler sind, nach einer Meldung aus Freiburg i. Br., Sonntagabend 7 Uhr die drei letzten Wagen des mit Verpflanzung von Oberrhein kommenden, dicht besetzten Personenzuges infolge zu früher Weichenstellung entgleist. Der erste Wagen stellte sich quer über das Gleis, der zweite wurde umgeworfen, der dritte blieb innerhalb der Gleisanlagen stehen. Die Decke des umgekippten Wagens mußte abgehoben werden, um die Passagiere zu befreien. Fünfzehn Personen sind zum Teil schwer verletzt. Sie wurden durch Sanitätsmannschaften in das Freiburger Spital gebracht. Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen.

Bei Burkelsdorf (Oesterreich) entgleiste gestern nachmittag ein Personenzug; zwölf Passagiere wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Wie ein Telegramm aus Melbourne meldet, stieß der Eyprechtzug Brighton-Melbourne mit einem auf der Station Richmond haltenden Zuge zusammen. Beide Züge waren dicht besetzt. Drei Wagen wurden zertrümmert. Acht Personen wurden getötet und dreißig verletzt.

Unfall auf einer Eisenbahn.

Ein Zug der Eisenbahn, der die Verbindung zwischen Daxton und City Island herstellt, ist, nach einem Telegramm aus New York, Sonntag mittag entgleist. Es war dies der erste auf dieser Linie verkehrende Zug; er war von ca. 100 Personen besetzt, von denen 15, darunter einige schwer, verletzt wurden. Der Unfall ist auf den Bruch eines Rabels zurückzuführen.

Nach einer anderen Meldung wurden sämtliche Insassen unter dem umstürzenden Wagen begraben. Alle 100 Personen sollen verletzt worden sein. — Obwohl in dem Wagen nur 49 Personen saßen durften, hat man aber die doppelte Zahl mitfahren lassen. Die Ursache des Unglücks ist denn auch in der sträflichen Ueberladung des Wagens zu suchen.

123 Stunden lebendig begraben.

Die am Dienstag voriger Woche verschütteten beiden Bergleute auf der Zeche „Prinzregent“ bei Bochum, sind Sonntag nachmittag drei Uhr nach den größten Anstrengungen und Aufopferungen ihrer Kameraden lebend geborgen worden. 123 Stunden waren sie in der Grube. Die Stelle an der sie sich befanden, war ziemlich geräumt. An den beiden ersten Tagen hatten sie noch Licht durch ihre Grubenlampen, den Rest der Zeit befanden sie sich in tieferer Finsternis. Die Bereiteten waren natürlich völlig ermattet, weshalb sie zunächst nach dem Krankenhause verbracht wurden.

Unwetternachrichten.

Eine wilde Panik entstand Sonntagabend in Heideberg während der Schloßbesetzung. Als ein furchtbares Unwetter einsetzte, floh die nach Tausenden zählende Volksmenge nach der alten Redarbrücke. Durch das entstehende Gedränge wurden einige Kinder getötet. Verschiedene Kinder und Erwachsene wurden heute polizeilich als vermißt gemeldet. Wie verlautet, sollen sie bei dem Gedränge in den Redar gefallen sein.

Vern, 18. Juli. Infolge eines heftigen Gewitterregens durchbrach gestern Abend die Gyrone in der Nähe von Veg im Kanton Waadt ihre Dämme und riß zwei Brücken und zwei Sägemühlen weg. Zwei Feuerwehrlente sind bei den Rettungsarbeiten ertrunken.

Dortmund, 18. Juli. Das furchterliche Unwetter, das gestern Abend einsetzte und bis in die heutigen Morgenstunden hinein anhielt, hat stellenweise ungeheuren Schaden angerichtet. In fast allen Teilen der Stadt steht das Wasser stellenweise einen Fuß hoch und darüber. Es ist in die Keller und tiefer gelegene Wohnungen

eingedrungen, so daß die Feuerwehre requiriert werden mußte. Die Feuerwehre war die ganze Nacht hindurch in den Straßen tätig. Dazu kam, daß in einer der belebtesten Straßen das Hauptrohr der Wasserleitung platzte, so daß sämtliche Häuser überflutet wurden. In dieser Straße drohen einige Häuser einzustürzen, da das Wasser die Mauer untergründet. Unerreßlichen Verlust hat das Unwetter an den Feldfrüchten und der Ernte angerichtet.

Dräffel, 18. Juli. Heftige Gewitter sind gestern und heute über Belgien niedergegangen, die großen Schäden angerichtet haben. Die Gynonne ist über ihre Ufer getreten. Verschiedene Dämme sind durchbrochen worden, u. a. ein solcher von mehreren tausend Metern Umfang. Die Feuerwehre ist damit beschäftigt, die Dämme wieder herzustellen. Bei den Herstellungsarbeiten sind heute früh zwei Feuerwehrlente ertrunken. Mehrere Fabriken stehen unter Wasser. Zwei junge Mädchen waren auf einer Insel vom Lande abgeschnitten.

Aus der besseren Gesellschaft Dresdens.

Die Dresdener Standalaffäre, über die wir bereits in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ berichtet, zieht immer weitere Kreise. Wir erwähnen noch folgende Einzelheiten. Der Inhaber des berühmten „Massage-Instituts“, der „Kaufmann“ Kämpf, kam erst Anfang dieses Jahres aus Oesterreich nach Dresden, um zunächst im kleinen ein „Manufaktur- und Massage-Institut“ zu eröffnen. Das „Geschäft“ nahm bald größeren Umfang an und Kämpf mietete alsbald eine komfortable Etage auf der Straßburgerstraße inmitten des Fremdenverkehrs. An Kundenschaft fehlte es nicht. Es stellten sich Personen beiderlei Geschlechts ein und ohne daß die Nachbarschaft es merkte, wurden in den elegant ausgestatteten Räumen die tollsten Orgien getrieben, wobei nicht selten der Sekt in Strömen floß. Die „Kundenschaft des „Massage-Instituts““ setzte sich fast nur aus distinguierten Herren zusammen, die aber meistens den Fremdenkolonien angehörten. Aber auch mehrere Angehörige der besten Dresdener Gesellschaft sind stark kompromittiert. Auch ein bekannter Professor der Musik gehörte zu der Stammkundschaft des kampfischen Instituts. Die Rendezvous im „kampfischen Institut“ fanden nachmittags oder abends statt und die großen Spiegelkassens waren stets verhängt. Nur einmal hatte man diese „Vorrichtung außer Acht gelassen“ und dies wurde der Gesellschaft zum Verhängnis. Man hatte von der Straße her an den Fenstern eine Szene, in der die Nacktheit eine Rolle spielte, beobachtet. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und nach mehrtägiger Beobachtung gelang es, das ganze Liebeslager aufzudecken. Mehrere Polizisten drangen in die verschlossene Wohnung und überraschten eine große Gesellschaft inmitten der tollsten Orgien. Drei ältere bekannte reiche Herren und zwei „Damen“ wurden mit samt dem kampfischen Ehepaar in mehrere Droschken verladen und sofort dem Untersuchungsrichter zur Feststellung der Personalien und des Tatbestandes vorgeführt, dann aber wieder entlassen. Die Kriminalpolizei machte hierauf noch verschiedene Feststellungen. Die Wohnung des Ehepaars Kämpf wurde noch weiter beobachtet und nachdem das Rest bereits mehrere Tage ausgenommen war, stellten sich noch immer neue „Kunden“, ältere Herren der besseren Gesellschaftskreise ein, die aber zu ihrer nicht geringen Bestürzung statt von weichen Frauenarmen von der schweißigen Faust des Polizisten begrüßt und dann vernommen wurden. Der Zutritt zu den kampfischen Salons war übrigens nicht jedem gestattet. Jeder Besucher hatte ein „Eintrittsgeld“ von 6 M. zu entrichten. Mehrere der an der Standalgeschichte beteiligten Ausländer haben Dresden schleunigst verlassen. Der Inhaber des „Salons Kämpf“ hat sich bekanntlich im Untersuchungsgefängnis erhängt und ist bereits in aller Stille begraben worden. Die Polizei beobachtet zurzeit noch ein anderes „Massage- und Schönheitspflege-Institut“ in unmittelbarer Nähe der Prager Straße. Auch dort werden seit Jahr und Tag tolle Orgien gefeiert. Hier ist eine Oesterreicherin Inhaberin des „Salons“, die ihre Menschenware aus Wien bezieht.

Blutige Familientragödien.

In Verbiere spielte sich gestern Abend eine furchtbare Familientragödie ab. Eine Frau tötete in einem Anfälle von Schwermut ihre sechzehnjährige Tochter und beging dann Selbstmord. Als der Gatte am Abend nach Hause kam und Frau und Tochter in ihrem Blute als Leichen vorfand, mußte man ihn mit Gewalt verhindern, ebenfalls seinem Leben ein Ende zu machen.

Der Postamtsdiener Polnar in Budapest hat gestern selbst seinen fünf Kindern den Hals mit einem Rasiermesser durchgeschnitten und sich selbst tödliche Verletzungen beigebracht, so daß er sterbend in das Krankenhaus gebracht wurde. Als die Frau in die Wohnung zurückkehrte, wurde sie vor Schmerz wahnsinnig. In einem hinterlassenen Schreiben gab Polnar als Grund seiner Tat an, daß er seine Familie mit einem Monatsgehalt von 80 Kronen nicht erhalten könnte.

Seit einigen Tagen häufen sich in England die sogenannten Kapitalverbrechen. Nach dem geheimnißvollen Verschwinden einer Frau Grippe hat gestern in Newcastle ein neunzehnjähriger junger Mensch, der zu kurzem Besuch im Elternhause eingetroffen war, seine dreißigjährige Schwester mit einem Rasiermesser ermordet und seinen hinzukommenden Vater durch einen Revolvererschuss niedergestreckt. Dann tötete sich der junge Mörder selbst.

Kleine Notizen.

Ueberfahren. In Verlach (Bayern) wurde gestern nachmittag ein Milchfuhrwerk von einem Personenzug überfahren. Der Oberschwäizer Strobl, seine beiden Kinder und das Pferd wurden getötet.

Schiffuntergang. Nach einem Telegramm aus Paris ist eine Eskadron des Fluchboots „Lagrabriere“, welche den Dienst zwischen Saigon und Mekong versah, Stromabwärts bei Vorang-Prabang untergegangen. 3 Offiziere und 3 eingeborene Matrosen sind bei dem Unglück ertrunken. Die Leichen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Typhus-Epidemie. Die Bauchtyphusepidemie nimmt in Budapest immer größere Dimensionen an. In den letzten 48 Stunden sind 64 Neuerkrankungen zu verzeichnen gewesen. Die Epidemie wird durch unreines Obst, schlechtes Milch sowie durch ein nicht einwandfreies Wasser gefördert. Wieser ist es den Sanitätsbehörden nicht gelungen, den Herd der Epidemie einzudämmen.

Das gelbe Fieber. Unter den Truppen des Präsidents Mubriz ist das gelbe Fieber ausgebrochen. In Bluefields Fluss sind viele Todesfälle vorgekommen.

Abgestürzt. Auf den Bruchfeldern der Lachflut bei Veitshen stürzten zwei Schulkinder einen steilen Abhang hinab in einen tiefen Teich. Beide Kinder ertranken. — Beim Deluivshilfen am Venegai ist gestern ein Tourist Franz Versac aus Riffingen abgestürzt; er war sofort tot.

Doppelselfmord. Montagvormittag beging ein noch recht junges Liebespaar in einem Hause der Großen Wollweberstraße in Stuttgart einen Doppelfselfmord, indem es sich mit Hantalk vergiftete. In einem zurückgelassenen Abschiedsbriefe bitten die beiden Lebensmüden um ein gemeinsames Grab.

Von der Cholera in Russland. Die Stadt Tiflis ist für choleragefährlich, das Gouvernement Tiflis und die Wolga von Rishnjnowgorod bis Astrachan sind für choleraerkrankt erklärt worden.

Feuersbrunst. Auf den Kapstücken von Schibafew sind nach einer Meldung aus Waku 800 000 Kub Deel und Petroleum in Brand geraten. Das Feuer ist auch auf die Werke der kaukasischen Gesellschaft übergegangen, wo ein Reservoir ausgebrannt ist. Das Feuer wütet weiter.

hat Wenn das nicht irreführendem Urteil und unter Mißbrauch des Ansehens der Wissenschaft geschieht. Doch es auch in diesen Fällen dem zahlungsfähigen Auftraggeber nicht an Arbeitswilligen fehlen wird, ist von vornherein klar; nicht minder auch, daß darunter Leute sein werden, die für gutes Geld jeder zweifelhaften Ware den Stempel, ihrer „Wissenschaftlichkeit“ aufdrücken.

Ein lehrreiches Beispiel liefert an Hand urkundlicher Materials Gen. Davidsohn in einem unter dem Titel: „Das Braukapital und seine Knappen, Dokumente und Tatsachen“ soeben im Verlage des deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes erschienenen Schriftchen, das die dunklen Hintergründe des von den Alkoholinteressenten gegen die wachsende alkoholgegnerische Bewegung geführten Kampfes scharfsichtig beleuchtet. Wir erfahren da, die mit Hilfe des eigenartigen „Journalisten“ Kirchhoff (der auch mit einem russischen Geheimagenten in inniger Fühlung stand) von 1904 bis 1906 unter dem Titel: „Medizinische Wochenschriften“, „Das Leben“, „Medizinische Wochenschriften“ Zeitschriften ins Leben gerufen wurden, die unter unabhängiger Flagge tatsächlich der geschäftlichen Empfehlung der Alkoholprodukte dienten und sich dazu als Hauptmittel der geschäftlichen Wiedergabe von Interviews hervorragender Medizinprofessoren bedienten. Wir hören von dem gegen beamtete Alkoholgegner in Szene gesetzten Terrorismus unter näherer Beleuchtung der Fälle des Schularztes Dr. Goldfeld in Schönberg und des Regierungsrats Quensel in Köln. In großem Maße aber und unter hervorragender Mithilfe zweier „Männer der Wissenschaft“ wurde die Aktion des Alkoholkapitals erst in neuester Zeit eingeleitet. Nach dem Vorgang des Reichs-Wahrheitsverbands wurde ein allgemeiner deutscher Schutzverband gegen die Uebergriffe der Abstinenzbewegung gegründet, der vornehmlich mit „belehrenden“ Korrespondenzen für die Presse arbeitet, auch die Behörden anspricht und sich als Sachmann des Berliner Spezialarztes Dr. Sternberg bedient, der schon vor 1 1/2 Jahren den im „Abstinenz Arbeiter“ erhobenen Vorwurf, ein „Sendling und Werkzeug des Braukapitals“ zu sein, dessen „Wissenschaft“ von diesem Kapital getrieben sei, ruhig auf sich hat sitzen lassen. Er mußte. Die Broschüre gibt in getreuer Nachbildung eine Drosche des Breslauer Brauereidirektors Haase wieder, aus der die lebhafteste Geschäftswelt dieses Landes mit dieser Art Kapitals deutlich hervorgeht. (Es wird übrigens interessant sein, zu erfahren, wie das neuerdings so reizbare Ehrgefühl der Ärzteorganisation sich mit diesen Geschäften eines Arztes mit Kapitalisten und Erzeugern gesundheitsgefährlicher Stoffe abfinden wird.) Das letzte Glied ist bisher die im Frühjahr dieses Jahres gegründete Deutsche Brauer-Union. Von ihrer Entstehung und bisherigen Wirksamkeit erfahren wir die interessantesten, auch politisch hochwichtigen Einzelheiten. Hier tritt auch der vielfach bekannte Geheimregierungsrat Prof. Dr. Max Delbrück, zugleich Staatsbeamter und Interessenvertreter, Mann der Gärungswissenschaft und praktischer Förderer des Genusses der gereinigten Getränke, auf den Plan. Die Brauereibrennereien, deren speziellen Sachwalter dieser deutsche Gelehrte ist, haben nämlich gleichfalls den Kampf für das heiligste Gut der ungeschädigten Alkoholisierung ihres deutschen Volkes aufgenommen. In der bekannten, durch den Besuch von 7 Regierungsvertretern ausgezeichneten 57. Generalversammlung des Deutschen Spiritusfabrikantenvereins vom 26. Februar 1909 teilte er mit, daß die Schnapsbrenner international gegen die Abstinenzleute vorgehen wollen durch Errichtung einer Ernährungsphysiologischen Abteilung, für die jährlich 20000 M. zur Verfügung ständen. Die Ergebnisse dieser „Ernährungsphysiologie“ kennt man also von vornherein — was wie bei der „wissenschaftlichen Theologie“ unserer Unübersichten oder dem von den Scharfmachern geplanten Ehrenbergischen Seminar für „exakte Wirtschaftsforschung“. Mit diesen Brennern will die Brauer-Union zusammenarbeiten, weil — so erklärte Direktor Junke von der Berliner Schuttheil-Brauerei in der am 28. April im Hotel Abdon zu Berlin abgehaltenen Vertreterversammlung des Brauereiverbandes — „auf Seiten der Brenner der größte Einfluß in parlamentarischer Beziehung liegt“. Auch dort erscheint Delbrück wieder auf dem Plan, um allen Gärungsgenossen die Ausnutzung ihrer besonderen Beziehungen zu Abgeordneten (die man auf allen Parteien als Bestürmter sucht) zu empfehlen. Seine Partei war gleich am Platze: Herr Dr. Müller-Sagan von der Fortschrittlichen Volkspartei (zu deren Führern auch der Berliner Schnapsfabrikant und Landtagsabgeordnete Schulz gehört) begrüßte den energischen Kampf der Brauer gegen die Antialkoholbewegung. Er ist Syndikus des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend.

Am 28. Mai tagt die Gesamtsitzung der Brauer-Union. Dort wird mitgeteilt, daß bereits 430 Brauereien angeschlossen seien. Man rechnet auf den Anbruch auch der übrigen und dann mit einem Gründungsfonds von 75 000 und jährlichen Beiträgen von 90 000 M. Die Agitation soll nach dem Rufe der Bundes der Landwirte betreiben. Einfluß zugleich auf das Parlament und die Wähler gesucht werden. Auch staatl. und Gemeindebehörden (darunter der Eisenbahnminister und der Berliner Polizeipräsident), die entgegen dem Wunsche der Alkoholinteressenten ihre Amtspflicht wahrhaben, sollen — nach dem berühmten Muster der „Deutschen Tageszeitung“ — befehlet werden. Man will sich berufen auf den Ministerialdirektor Timm, der bei den Verhandlungen über das Brauereirecht die Förderung der Brauereieresse durch die Regierung versprochen habe. Besonders interessant ist auch, daß man zwar mit den Brennern gemeinsame Sache machen, jedoch nach außen hin selbständig und unabhängig auftreten will, damit die Öffentlichkeit vom Zusammengehen mit den Junkern nicht erfährt. Man fürchtet sonst vor allem einen Konsumrückgang unter der Arbeiterbevölkerung.

Somit war noch interessant die Behandlung der Frage, ob man den bevorstehenden Abstinenztag in Augsburg und die Tagung der Diszontenklassen in Regensburg beschiden solle. Vom ersteren sah man ab, da man schlecht abzuschneiden fürchtete, „zumal da die Abstinenzler eine ganze Zahl tüchtige, ernst zu nehmende Redner hätten“. — Dr. Delbrück hatte statt dessen die Saalabtreibung und das Versammlungssprengen empfohlen. Den Diszonten tag, auf dessen Tagelohnung die Alkoholbelämpfung stand, wollte man beschiden (man habe es dort nur mit mangelhaften Rednern zu tun, die mit einem speziellen auf die Belämpfung der Alkoholgegner eingedribelten Redner nicht mitkommen könnten). Geschehen ist es nachher doch nicht.

Geplant ist weiter eine Agitation durch Flugblätter und Redner, wobei überall der geschäftliche Zusammenhang mit den Interessen sorgsam geheimgehalten werden soll.

Das Schriftchen, das auch sonst interessantes Material bietet, liefert somit eine Reihe dokumentarisch begründeter Beiträge zu unserer Wirtschaftsgeschichte und zur Politik der bürgerlichen Klassen, an denen niemand, der das Verständnis für die geheime Lebensfähigkeit des Kapitalismus gewinnen will, vorübergehen darf.

Barenhaus-Eigenproduktion in Amerika. Das große Chicagoer Barenhaus Marshall Field u. Co. hat im Staate Carolina sieben Zettfabriken mit einem Personal von rund 6000 Menschen und 5 Millionen Dollar Umsatz erworben.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Röpenicker Viertel.
(Bezirk 209, Teil II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischler
Louis Donner
Sorauer Str. 19
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Emmaus-Kirchhofes, Hermann-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Leser- und Diskurierklub
„Süd-Ost“.
Allen Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Mitbegründer
und treues Mitglied, der Tischler
Louis Donner
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 20. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Der Vorstand.

Rach schwerem Leiden entschlief
am Sonntag, den 17. d. M., mein
lieber Mann, unser guter Vater,
der Tischler
Louis Donner.
Die trauernden Hinterbliebenen
Anna Donner geb. Stenische
und Kinder.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 16. Juli verstarb unser Mit-
glied, der Gaßmirt
Wilhelm Sauerbaum
Antonstraße 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 19. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des südlichen Friedhofes
in der Gerichtstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlfstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Kollege
Wilhelm Sauerbaum
Antonstraße 9 (Bezirk 2)
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 19. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
Antonstraße 9 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
75/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Bodenleger
Wilhelm Sauerbaum
am 16. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 19. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
Antonstr. 9, aus auf dem süd-
lichen Friedhof, Gerichtstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
86/13 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Zimmerer Deutschlands.
(S. G. Nr. 2, Hamburg.)
Am Sonnabend, den 16. Juli,
starb das Mitglied
Wilhelm Sauerbaum.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 19. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
Antonstr. 9, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.
Am Freitag, den 15. Juli, ver-
starb unser Mitglied, der Buch-
drucker
Fritz Guhl
Kreuzgerstr. 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 19. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, vom Gemein-
de-Friedhof in Warschau aus statt.
Wahrt 17, Uhr vom Bahnhof
Lichtenberg-Friedrichstraße.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 15. Juli verstarb unser
Mitglied, der Schuhmachermeister
Karl Friedrich
Christinenstraße 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 19. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Nieder-Schönhausen (Nordend)
aus statt. 228/12
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige.
Am Freitag verschied plötzlich
infolge Gehirnschlages mein
unvergesslicher Bruder, unser lieber
Onkel, der Genosse, Schuhmacher-
meister
Karl Friedrich
im 68. Lebensjahre. Dies zeigten
seiner Hinterbliebenen an
Emilie Kriening
geb. Friedrich,
Karl Schüler, Luise Schüler,
Wilhelm Schüler.
Die Beerdigung findet Dienstag,
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes (Nordend)
aus statt. 45

Invaliden - Unterstützungskasse
d. Stein drucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am
15. Juli verstorbenen Stein-
druckers
Aloys Koncicky
findet statt am Dienstag, den
19. Juli, nachm. 3 Uhr, vom
Krankenhaus Moabit aus nach dem
Ratholischen Kirchhof in Weichensee.
Das Komitee.

Danksagung.
Für die uns anlässlich des Todes meines lieben
Mannes und guten Vaters, des Fabrikbesizers
Otto Blumenberg
so zahlreich erwiesene Teilnahme sprechen wir
hiermit unseren herzlichsten Dank aus.
Berlin-Schöneberg, im Juli 1910.
Erna Blumenberg
geb. Brauers
Otto Blumenberg.
80/12

Furunkel
Hautjucken usw. und deren Beseitigung
durch Jucker's Patent-Medizinal-
Seife, à Stk. 50 Pf. (15^{er} / 10^{er})
und 1.50 M. (35^{er} / 10^{er} Hartseife).
Das neue Jucker'se Creme 75 Pf. und
2 M. seiner Jucker'se Seife (mild)
50 Pf. u. 1.50 M. in Berlin in
Vertrieb Dr. (Apoth. G. Krause),
Frankfurter Allee 120, O. Schulz,
Chausseest. 87, Hugo Schulz,
Pflaumd. 166a, Otto
Vander, Pringel-Allee 29, in Rix-
dorf: Drogenhaus Vincent, so-
wie in sämtl. Apoth., Drog. u.
Parfüm. Nichts anderes anzu-
lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!



Das Geheimnis
wo ich alle die hübschen Sachen her-
bekommen habe, will ich Dir jetzt
verraten, lieber Mädchen, ich ver-
wende nämlich seit einiger Zeit
meiner Wäsche nur noch das echte
Vollwaschmittel „Goldperle“
wo jedes Paket so ein schönes und
nützliches Geschenk enthält. Man
achte beim Einkauf genau auf den
Namen „Goldperle“ und Schutz-
Kammlager. — Allein-Fabrikant:
Carl Gustav, Göttingen.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter v. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. Mäß. Anzahlung,
langj. Hypotheken. Pläne gratis.
Verkäufer ständig am Bht. Mahlsdorf
im Pavillon, J. Rioger, Gontardstr. 5.

Danksagung.
Für die beim Hinscheiden meiner
lieben Frau, Luise, Schwester,
Schwägerin und Tante,
Pauline Rorge
erwiesene Teilnahme, sagen wir allen
Verwandten und Bekannten unseren
herzlichsten Dank. 235/2
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die beim Hinscheiden meiner
lieben Frau bewiesene Teilnahme (sage
ich allen Kollegen, Bekannten und
dem Richterischen Quartett meinen
herzlichsten Dank.
Rixdorf.
Otto Posselt u. Sohn.

Danksagung.
Für die viel bewiesene freundschaft-
liche Teilnahme sowie die zahlreichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
meines leider zu früh dahingegange-
nen lieben, treuen Mannes, unseres
wohlwollenden Vaters sagen wir auf
diesem Wege dem Zentralverband der
Rauer, dem Gesangsverein der
Rauer, den Mitgliedern der Bau-
handwerker-Krankenkasse sowie dem
Sozialdem. Wahlverein des 6. Berl.
Wahlkreises unseren herzlichsten Dank.
Witwe Clara Herforth
nebst Kindern.
145

Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung
Wohnt. nur 1 Wart
Hör- und
Sprech-
Kette, Wand-
uhren, Stand-
uhren, Gram-
mophon,
Zithern und
alle
Musikwaren.
Jahre & König,
Warschauer Str. 65,
Reinickendorfer Str. 101,
Göbenstr. 19.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schauer Stralsunderstr. 1

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis.
Dienstag, 19. Juli 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Viertels-Versammlungen

in den Lokalen:
Glysim, Landsberger Allee 40/41, Titfin, Memeler Straße 67,
Boeker, Weberstraße 17,
Graumann, Raunynstraße 27, Süd-Ost, Waldemarstraße 76.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Viertelsleitungen.
Referenten sind die Genossen Beitzl, Banmeister, Kloth, John, Louise Zick.
219/10* **Mitgliedsbuch legitimiert!**
Der Vorstand

Sozialdemokratischer Wahlverein
des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Dienstag, 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

13
Mitglieder-Versammlungen
in folgenden Lokalen:

1. Abteilung: **Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23/24.**
2. Abteilung: **Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28**
3. Abteilung: **Konzerthallen Südmilch, Vornholmer Straße 7.**
4. Abteilung: **Wilkes Festsäle, Brunnenstraße 188.**
5. Abteilung: **Humboldt-Säle, Sussitenstraße 40.**
6. Abteilung: **Boekbrauerei, Abt. II, Chausseestraße 64.**
7. Abteilung: **Moabiter Gesellschaftshaus, Wieleffstraße 24.**
8. Abteilung: **Moabiter Bürgersäle, Beusselstraße 9.**
9. Abteilung: **Funkes Gesellschaftshaus, Triftstraße 41.**
10. Abteilung: **Pharus-Säle, Müllerstraße 142.**
11. Abteilung: **Neues Klubhaus, Schulstraße 29.**
12. Abteilung: **Frankes Festsäle, Badstraße 19.**
13. Abteilung: **Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42.**

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalsversammlung.
2. Vortrag. 3. Diskussion.
Referenten: **Herm. Borgmann, Adolf Domnick, Karl Hetzschold, Fritz Kunert, Karl Leid, Wilhelm Paetz, Wilhelm Pleck, Georg Schmidt, Max Schütte, Albert Störmer, Daniel Stücklen, Gustav Nathow, Georg Ueko.**
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41,
10-2, 6-7. Sonntags 10-12 2-4
dicht am
Moritzplatz

Zentral-Verband der Böttcher, Weinküfer und
Hilfsarbeiter Deutschlands (Filiale Berlin).
Bureau und Arbeitsnachweis: Engelauer 15. Telefon: Amt IV, Nr. 2297.
Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Engelauer 15, Saal I:
Außerordentliche Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 30/7
Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder
Kollege pünktlich erscheint.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Goppes Gefäßfabrik,
Hermannstraße Nr. 49:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rassenbericht vom zweiten Quartal. 2. Bericht vom Verbandstag.
3. Wahl eines Reduktors. 4. Verbandsangelegenheit.
In folgenden Zahlstellen werden Sonnabends von 8-10 Uhr abends
Beiträge entgegengenommen:
1. Wilhelm Müller, Gietenstr. 29. 4. Paul Gleißberg, Panzerstr. 69.
2. Cofar Prell, Rosenstr. 24. 5. Friedrich Kubat, Hermannstr. 159.
3. Albert Schmidt, Reuterstr. 23. 6. Karl Wendt, Derrfurtstr. 27.
7. Otto Riß, Britz, Berberstraße 28. 80/9

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Cof I, Amt 3, 1299. Charitéstraße 3. Cof III, Amt 3, 1987
Mittwoch, 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr in den Russiker-Festsälen
(unterer Saal), Kalyre-Wilhelmstr. 18m:
Versammlung
für alle in
Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen- sowie Kronen-
und Handbeschlägebetrieben beschäftigten Eisen-, Metall-
und Revolverdreher.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen W. Wuschick über: Thomas Münzer und
seine Zeit. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Kollegen! Nichter bei allen Euch bekannten Kollegen
für den Besuch dieser Versammlung.
Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Zahlstelle von G o p p e s
nach P a u l B e c k e r, Sanderdamm Nr. 63 verlegt wurde. Neuerrichtet
wurde eine Zahlstelle bei H e r z R i t t m a n n, Treptow, Oranienstr. 15.
118/15 **Die Ortsverwaltung.**

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute, Dienstag, 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaufe“, Rosinensstraße 3, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Biering. 2. Diskussion. 3. Die Generalversammlung des Kreises (Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben). 4. Parteiangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Brix-Buckow. Heute, Dienstag, abends 1/2 10 Uhr, bei Filz, Werderstraße Ecke Jungiusstraße, Generalversammlung. 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr abends, findet im Lokal der Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6, die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, Kreis Nieder-Barnim, Bezirk Lichtenberg, statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Bericht der Kommissionen und Neuwahl derselben. 4. Wahl der Delegierten für die Generalversammlungen von Nieder-Barnim und Groß-Berlin. 5. Anträge. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Regel. Heute Dienstag, den 19. Juli, findet bei Jul. Klippenstein, Spandauer Straße 4, die Generalversammlung des Bezirks statt. Tagesordnung: Bericht der Bezirksleitung sowie Neuwahl derselben. Beginn der Versammlung pünktlich 8 1/2 Uhr abends. Mitgliedsbuch legitimiert.

Bantow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Großfurt, Berliner Straße 27, die Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kubig über den Parteitag. 2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 3. Ortsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Die Genossen werden besonders auf den am Mittwoch stattfindenden Jahlabend hingewiesen, da hier das Material für die stattfindende Flugblattverteilung ausgegeben wird. Keiner darf fehlen!

Sossen. Am Dienstag, abends 7 Uhr, findet von Kurzer aus Flugblattverteilung statt. Das Flugblatt betrifft die Reichsversicherungsordnung und lautet gleichzeitig zu der am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden öffentlichen Volksversammlung ein.

Friedensau. Wir machen hiermit nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr bei Meschelle, Handjersstraße 60/61 stattfindende sehr wichtige Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Frankfurt-Buchholz. Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Kühne, findet eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Fortsetzung von der vorigen Generalversammlung und Neuwahl der Bezirksleitung. 2. Anträge und Verschiedenes.

Mariendorf. Heute, Dienstag abend pünktlich 8 Uhr, bei Preuß, Kurfürstenstraße 44, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Diskussion. 2. Neuwahlen. 3. Der Parteitag in Magdeburg. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Wohlfahrt, Eichbornstraße 18, die Generalversammlung des Bezirks-Wahlvereins statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Wahlverein Treptow-Baumhulsenweg, Ortsteil Treptow. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal der Stadrennbahn. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung. Wahl der Delegierten, des Obmanns und der Zeitungskommission. Die Versammlung für Baumhulsenweg in diesem Monat fällt aus.

Borsigwalde-Wittenau. Heute Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Bezirks in den Vorflutwäldern statt.

Königs-Walchenseen. Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 Uhr, findet im Weidhornischen Lokale die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts-, Kassen- und Expeditionsbericht. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 4. Wahl von zwei Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 5. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der umfangreichen Tagesordnung wegen wird pünktlich 8 Uhr angefangen.

Tempelhof. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr im „Wilhelms-garten“, Berliner Straße 9: Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Teltow. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Genossen B. Bonow unsere regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Spandau. Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet heute, Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Gottwald, Schönwalder Straße 80 statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zu der am 14. August in Spandau stattfindenden Kreisgeneralversammlung. 2. Anträge zu derselben. 3. Wahl von 3 Delegierten. 4. Neuwahl des Bildungsausschusses. 5. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Berliner Nachrichten.

Wer macht das Rennen?

In meinem Hause ist ein Restaurant; schräg gegenüber ist ein Restaurant, ein Stückchen weiter ist wieder ein Restaurant und an der Ecke endlich ein Zigarrengeschäft. Auf den ersten Blick sieht man ihnen nichts an, es sind Geschäfte, wie andere auch; aber ich glaube doch, daß dort etwas nicht richtig ist, — das heißt, ich glaube es nicht, sondern ich weiß es —; ich sehe da ein merkwürdiges Treiben. Ich bin ein alter Praktikus und ich weiß ja auch längst, was da los ist; bis jetzt habe ich allerdings stillgeschwiegen, denn die Sache schlägt eigentlich nicht in mein Fach; nun aber will ich sprechen, — vielleicht fällt doch ein Korn auf fruchtbaren Boden.

Die Sache spielt sich so ab: Mittags, so gegen zwölf, kommt ein Radfahrer die Straße herab. Er hält vor dem Zigarrengeschäft, tritt ein, und ich sehe deutlich durch die Scheiben, wie er dem Verkäufer ein Kubert reicht. Der öffnet es, liest etwas und dann wiederholt sich fast täglich dasselbe — täglich fast: er zieht einen Beutel, schüttelt ihn auf den Tisch aus und zählt irgend eine Summe auf, bisweilen Silber, bisweilen Gold, — ich habe auch schon blaue Scheine gesehen —, je nachdem. . . . Dann geht der Vote weiter; er tritt in das erste Restaurant, in das zweite, in das dritte, und wenn er fertig ist, schwingt er sich auf sein Rad und fährt davon. Dann kommt eine Pause. In den

Restaurants gehen inzwischen die Kunden ein und aus, im Zigarrengeschäft gleichfalls; einige aber sind sechhaft; die hocken im Laden auf den kleinen Rohrchemeln oder in den Ecken der Restaurants, — oft auch am Fenster —, scheinen irgend etwas zu erörtern, blättern in Zeitungen und Listen, nicken und gestikulieren. Dann gehen sie, andere kommen und wieder andere; der Vormittag verstreicht.

Wenn die Uhr auf der Kirche drei schlägt, kommt der Radfahrer vorbei, derselbe, wie am Vormittag, und doch ein anderer: vormittags fuhr er gemächlich, jetzt rast er förmlich daher. Er stürzt in das Zigarrengeschäft, packt ein Kubert, das der Verkäufer schon bereit hält, — rennt durch die Restaurants — da sitzt er auch schon wieder auf dem Rad — heibi! — weg ist er. . . .

Um sechs und um acht kommt noch ein Fahrer, der rast auch, im übrigen ist er ein unschuldiger Kerl; er bringt nur Kenndepeschen. Um die Zeit sehe ich die Leute vom Vormittag — die Sechshaken — sich versammeln; sie haben es merkwürdig eilig, greifen nach den Depeschen, lesen — und dann wiederholt sich fast täglich dasselbe — täglich fast: sie gestikulieren, schlagen auf den Tisch, und — schütteln die Köpfe. . . . Oft stehen sie auch noch ein Weilchen beisammen — zumeist recht einsilbig —, dann trolchen sie sich davon. — Da ist es Abend. —

Unlängst bin ich mal in das Zigarrengeschäft gegangen und dann in eines der Restaurants; da habe ich merkwürdige Dinge gehört — gesehen und gehört. . . . Um einen Tisch sah eine ganze Gesellschaft, die hatte einen Würfelbecher und eine jene Listen, die ich ständig sehe; diese Gesellschaft schien sehr enthusiastisiert.

„Jsmid macht es“, hörte ich rufen, „Jsmid und kein anderer!“

„Das Rennen? Das macht Tripabero!“

„Tripabero?! Mensch, der Duffider! . . .“

„Dho, Tripabero!“

„Ach, Unsum —“

„Austrudeln, austrudeln!“ riefen einige.

Es wurde getrudelt und getrudelt, aber sie konnten sich nicht einigen — nein, sie konnten nicht! — weber auf Jsmid, noch auf Tripabero; das Rennen konnte ja auch Charming Lilly machen; und dann waren da auch Parisia und Damona — ist Damona etwa eine schlechte Sache? — und Holbein, Holbein! — ja, Holbein, das war ein besonders listiges Pferd. . . . Zu guter Letzt gerieten sie sich fürchtbar in die Haare, und ich sah zu, daß ich davon kam. — Der Abend kam und mit ihm das große Kopfschütteln: Jsmid — Legler, Holbein hatte sich das Bein gebrochen; Tripabero war auch schlecht weggekommen — ach, ein wahrer Jammer! — Diesmal hatte nun das Rennen Mikra gewonnen; Mikra — auch ein sehr listiges Pferd, „an das aber kein Mensch gedacht hatte. . . .“

Da sehe ich nun die Leute ein- und ausgehen — seit Monaten — und ihr schwer verdientes Geld wagen, wagen an eine Sache, von der sie keine Ahnung haben, an ein Glücksspiel, an einen lächerlichen Zufall; ich sehe Geschäftsleute, kleine Handwerker und auch Arbeiter, unaufgeklärte Arbeiter, sehe, wie sie Zeit und Geld opfern, immer und wieder, in der steten Hoffnung auf einen Gewinn; — am Vormittag aber kommt der Radfahrer die Straße herab, tritt in das Zigarrengeschäft, in die Restaurants, streicht das Geld ein, und — fährt davon. . . .

Meine Herren Pferdetreter, bringen Sie mir einen Menschen — einen nur — der etwas auf der Rennbahn gewonnen und es — behalten hätte; ich glaube, Sie werden lange suchen müssen; aber Sie werden wohl keinen finden. Jsmid? Tripabero? Ach nein, Jsmid macht das Rennen nicht und Tripabero schon längst nicht. Das Rennen macht ein anderer; ein ganz anderer. Das Rennen — das machen die — stets und immer — die davon leben: die Rennzeitungen, die Depeschenschriften, Jockeys, Trainer, Pferdezüchter, und vor allen Dingen — vor allen Dingen: die Buchmacher. . . .

Der Rob im Zylinder.

Dieser Tage hat die deutsche Presse anlässlich des Vorkampfes in Reno sich über das Vertragen der schwarzen und weißen Gentlemen jenseits des großen Wassers weitlich entäuert; wie uns deucht, mit Unrecht. Wir brauchen gar nicht in die Ferne zu schweifen, denn das Gute liegt so nahe. Das hat sich wieder einmal am Sonnabend recht drastisch gezeigt. Im Kistenmacherschen Gartenlokal am Tiergarten finden zurzeit Ringkämpfe statt. Am Sonnabend war ein Ringkampf zwischen den „deutschen Reistern“ Jakob Koch und Albert Sturm angekündigt. Einige tausend Menschen hatten sich eingefunden, um Zeuge des Kampfes zwischen den Schwerathletik-Professionals zu sein. Die Zuschauer bestanden zum großen Teile aus gut situierten Kreisen, da sie alle für ihren Sippplaz 2-5 M. ausgegeben hatten.

Diese Leute verfolgten nun eifrig den Kampf, über den der „Deutschen Tageszeitung“ von einem Freunde wie folgt berichtet wird:

„Der ihren Geschäftsbetrieb — den der professionellen Ringkämpfer Red. — auch nur einigermaßen kennt, der weiß, daß der „unbestiegte und unbesiegbare Weltmeister“ kein anderer ist als der Unternehmer, von dem der jüngere Nachwuchs wirtschaftlich abhängig ist. Wehe dem, der ihn werfen wollte. Er hätte, solange der andere der wirtschaftlich Mächtige ist, zum letzten Male ein Ringkampf-Engagement an einer deutschen Varietébühne gehabt. Und wenn dann einmal das falsche Spiel gar zu offenkundig ist, die Entscheidung offensichtlich verzögert oder vermieden wird, dann kommt es in Betracht der moralischen Qualitäten derer, die sich an derartigen Darbietungen erziehen können, zu solchen Greuelthaten, wie am Sonnabend bei Kistenmacher. Der liebliche Auf „Schiedung“ ertönte und wurde tauschstimmig nachgeholt. Steine flogen im nächsten Moment gegen Darsteller, gegen stehende Musikanten und Keller, unter Steinwürfen gehen die Gaslaternen und die Vogel-lampen in Trümmer, ein paar Schußleute ziehen blank und werden vom Rob unter dem für diese Art Demonstrationen charakteristischen Rufe: „Stuhndenk“ zu Boden geworfen und mißhandelt, Hunderte von Gläsern und Tellern werden zerquetscht, Hunderte von Messern und Gabeln zertrümmert und verbogen, und es gelingt den Menschen sogar, noch ehe Sicherheitsmannschaften zur Stelle sind, unter taktmäßigem Jählen, in ruhiger Arbeit, als seien sie eine wohlorganisierte Abbruchkolonne, einen großen Teil des schmiedeeisernen Gitters niederzubrechen, das das Lokal gegen die Straße absperrt. Als dann endlich, endlich, zu Pferde und zu Fuß ein paar Schutzleute herankamen, hatten die Hauptunruhestifter längst das Weite gesucht.“

Das Kistenmachersche Lokal ist bekanntlich für organisierte Arbeiter gesperrt und man kann es dem Schreiber obiger Zeilen in der „Deutschen Tageszeitg.“ ohne weiteres glauben,

daß die Zuschauer sich aus besseren Kreisen rekrutiert haben, das heißt aus Leuten, die am Krach und Standal einen besonderen Gefallen finden. Es war der Rob im Zylinder!

Die Fahrkartendefraudationen auf der Ostbahn in den von Strausberg kommenden Nenzlingen sind die Nachahmung ganz ähnlicher Unterschleife, die vor zwei Jahren auf derselben Strecke in den fahrplanmäßigen Wochenzügen festgestellt wurden. Damals sind zahlreiche Vorortbewohner wegen Betruges streng bestraft worden. Diesmal liegt die Sache noch schlimmer, weil die Defraudanten statt zur Arbeit zum Vergnügen fuhrten. Der Geld hat, um die Wettmaschine in Rahmung zu setzen, sollte auch die paar Mark mehr für die Fahrt zur Rennbahn übrig haben.

Eine Kaiserbrücke im Grunewald.

Der deutsche Kaiser hat es unangenehm empfunden, daß sein Automobil hier langsam fahren oder gar halten mußte, wegen des großen Personenverkehrs, der sich in der Nähe von Wannsee seit der Eröffnung des Freibades herausgebildet hat. Er hat deshalb angeordnet, daß die fragliche Stelle mit äußerster Beschleunigung überbrückt werden müsse, um den Personenverkehr über diese Brücke leiten zu können. Der Bau wird mit äußerster Beschleunigung ausgeführt. Am letzten Donnerstag ist bereits mit der Ausführung begonnen worden, nächste Woche soll die Fertigstellung erfolgen.

Wir nehmen natürlich an, daß Wilhelm II., dessen Zivilliste nunmehr um 3 1/2 Millionen Mark pro Jahr aufgebessert wurde, die Kosten für diese Kaiserbrücke aus eigener Tasche zahlt. Nebenfalls kann den Steuerzahlern nicht gut zugemutet werden, die Kosten für eine Brücke zu tragen, nur deshalb, damit die kaiserlichen Automobile rascher fahren können. Und außerdem könnte eine solche Brücke dann auch nicht auf eine einfache Anordnung des Kaisers hin ohne weiteres gebaut werden.

Eine Warnung erläßt das Polizeipräsidium. Es macht bekannt: Die Firma R. A. Winter u. Co. zu Washington versendet in großer Anzahl mit Schreibmaschinendruck hergestellte Zirkulare, in denen den Adressaten Stellen als Vertreter zur Erledigung der Detailbestellungen angeboten und Monatslöhne von 200 bis 600 Mark in Aussicht gestellt werden. Wenn auch in dem Zirkular bestimmte Geldforderungen nicht erhoben werden, so dürfte es sich doch empfehlen, derartigen Zuschriften gegenüber größte Vorsicht walten zu lassen.“

Zwei Personen beim Baden ertranken. In der Oberspre ertrank der 23jährige Kaufmann Ernst Seuffert aus Charlottenburg. Der junge Mensch hatte hinter Nieder-Schöneweide gebadet und war über seine Kräfte in den Fluß hinaus geschwommen. Beim Zurückschwimmen wurde er von einem Schwächeanfall heimgesucht und ging unter. Bevor Rettung zur Stelle sein konnte ertrank er. — In der Havel ertrank der hiesige Sohn des Gärtnereibesizers Träger aus Nieder-Neuendorf. Der Knabe war ohne Wissen der Eltern baden gegangen. Er geriet dabei an eine tiefe Stelle, und da er des Schwimmens nicht kundig war, verlor er den Hals unter den Füßen und ertrank.

Zwei schwere Baunfälle haben sich am Sonnabend nachmittag ereignet. In der Müllendorferstraße in Lichtenberg war der 40jährige Maurer Eduard Gorgs aus der Straußendorferstraße 29 in Berlin an dem Neubau der höheren Knabenschule beschäftigt. Als er vom zweiten Stock aus auf einer Leiter nach der dritten Etage hinaufgehen wollte, trat er fehl und stürzte in die Tiefe, wo er bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte erlitt eine schwere Verletzung der Wirbelsäule und einen komplizierten Bruch des linken Unterarmes. Er wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt.

Der zweite Unfall trug sich in der Wisnardsstraße in Charlottenburg zu, wo auf einem Neubau der Steinträger Albert Kirsch aus der Kleinen Hamburgerstraße 6 in Berlin arbeitete. Er hatte eine Mulde mit Steinen nach der zweiten Etage zu tragen. Als er in der Höhe des ersten Stockwerkes ein Laufbrett überschritt, brach dieses und der Steinträger stürzte mit seiner Last ab. Kirsch erlitt durch die auf ihn fallenden Steine schwere Verletzungen des Unterleibes, mehrere blutende Kopfwunden und wurde nach dem Krankenhaus übergeführt.

Ein kostspieliges Abenteuer erlebte ein Berliner, der eine Dame auf dem Wege von Hamburg nach Berlin kennen gelernt hatte. Er begab sich mit der angeblichen Theresie Wolff in ein Fremdenlokal. Am anderen Morgen war er sehr erstaunt, als seine Begleiterin verschwunden war. Dann mußte er die bittere Erfahrung machen, daß seine Vermittel von 2100 M. und verschiedene Schmuckachen zugleich mit der holden Theresie das Nachtschlaf verlassen hatten.

In der Lichtenrader Sache sind die polizeilichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Täglich geht neues Material ein, darunter bedauerlicherweise viele Zuschriften, die man als Dummzeigerstreich bezeichnen kann. Diese Anzeigen und Verdächtigungen führen dahin, daß ein Verwandter von Kraag die Sache gemacht haben könnte, andererseits werden auch beamtete Personen beschuldigt. Alles muß sofort geachtet und von der Kriminalpolizei eingehend geprüft werden. Bisher hat sich ein Anhaltspunkt nicht ergeben. Die Höllemaschine selbst wurde gestern in Lichtenrade gezeigt, da man annimmt, daß dort oder in der Umgebung jemand in den Besitz des Gasrohres, der Patrone oder des Revolvers gewesen sein kann. Es hat sich aber noch niemand gemeldet. Die Untersuchung der Höllemaschine hat ergeben, daß sie sehr vorsichtig und sorgsam aufgestellt wurde, so daß ein Versagen unmöglich war. Der Täter hat die Wündung des Revolvers durch das Hindloch gesteckt, so daß eine Explosion des an dem Gasrohr befindlichen Pulvers unweifelhaft erfolgen mußte, sobald die in dem Abzug befindliche Wäsche aufgehasen wurde.

Unter einem Bretterstapel begraben wurde gestern nachmittag um 3 1/2 Uhr der 45 Jahre alte Droschkenfahrer Minster aus Rixdorf, der mit seinem Wagen, 9049, auf dem Halteplatz an der Ecke der Dorothienstraße und Schadowstraße hielt. Von der Neuen Wilhelmstraße fuhr ein mit Brettern hochbeladener Wagen der Firma Altmann, Spandauer Straße zu Charlottenburg, als vor dem Hause Dorothienstr. 65 infolge der großen Belastung ein Berberack brach. Minster verzehrte gerade, neben seiner Droschke stehend, sein Besperbrat, als die Bretterladung des verunglückten Wagens über ihn und die Droschke fiel. Vier Jüge der Feuerweh er erschienen alsbald an der Unfallstelle und befreiten den Kutscher. Er hatte aber so schwere Verletzungen am Kopf, Armen und im Innern erlitten, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Auch seine Droschke wurde zertrümmert.

Verhaftung eines italienischen Fürsten. Aus einer Weinstube in der Taubenstraße verhaftet wurde der 90 Jahre alte Marquis Pandolfi Fürst Gout d'Auto, der sich seit zwei Monaten in Berlin aufhält und ein möbliertes Zimmer in der Buttmaner Straße bewohnt. Der Fürst erzählte, er wolle Berlin kennen lernen und bezahlte alles prompt. Des Nachts besuchte er Weinstuben. Er machte Bekanntschaften gut situierten Mädchen und versprach ihnen, sie zur Fürstin zu machen. Mehrere leichte Mädchen glaubten dies und gaben große Summen her, die der Fürst durchbrachte. Ein Mädchen machte Anzeige. Auch kam zu Ohren der Kriminalpolizei, daß er unerlaubten Verkehr mit Männern gehabt hat. Der Fürst stammt aus einem italienischen Fürstengeschlecht. Er hielt sich seit längerer Zeit im Auslande auf, in Ungarn, in Oesterreich und jetzt auch in Deutschland. In den österreichischen Landen hat er eine große Schuldenlast zurückgelassen. Er war hier mit den nötigen Leuten umgeben, die für ihn reiche Partien in Aussicht hatten. Auf Grund dieser reichen Partien fanden ihm angeblich sofort die

nützigen Quellen für Geld zur Verfügung, bis sie verfliegen. Er legte sich dann auf den ganz gewöhnlichen Pimp, wobei er Wechsel gab, die à conto seines Namens honoriert wurden, zog es aber schließlich vor, davonzugehen. Dasselbe Manöver hat er hier in Deutschland wiederholt. Der Fürst hat großen Verdruss in der Welt gehabt und wird auch wegen Vergehens der Paragraphen 175 von auswärtigen Behörden gesucht.

Ein 18jähriger unglücklicher Liebhaber. Erschossen hat sich am Sonntagmorgen um 2 Uhr der 18 Jahre alte Kontorist Fritz Westphal, der am Kottbuser Damm 72 bei den Eltern wohnte. Fritz W. lernte vor sechs Monaten auf einem Tanzabend ein 17 Jahre altes Mädchen aus einer Beamtenfamilie aus der Weststraße zu Rixdorf kennen. Er verliebte sich in das junge Mädchen und auch dieses war ihm zugetan. Als die beiderseitigen Eltern hinter das Verhältnis des Liebespaars in Kinderstuden kamen, waren sie verständlich genug, ihren Kindern den Verkehr untereinander zu unterlagen. Das junge Mädchen scheint sich ohne große Ueberwindung dem erteilten Willen gefügt zu haben, Westphal dagegen wollte nicht von dem Mädchen lassen. Am Sonntag lehrte er in ein Wirtshaus am Kottbuser Damm ein, trank sich dort Mut an und lödete sich dann auf dem Abort durch eine Revolverkugel in das Herz. Aus einem Abschiedsbriefe an seine Geliebte, den er bei sich trug, konnte seine Persönlichkeit festgestellt werden.

Leichenfund. Im Grunewaldsee wurde gestern morgen die Leiche einer Frau gefunden, die anscheinend den begüterten Ständen angehört, etwa 30 Jahre alt, 1,50 Meter groß ist und schwarzes Haar hat. Sie trug einen englischen Strohhut mit schwarzem Bande, ein graues Jackett, goldene Ohrringe und einen Ring mit Perlen. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle in Schildhorn gebracht.

Zu ereignisreichen Ausritten kam es am vorigen Sonntag an der Billeterverkauftstelle der Dampfergesellschaft „Stern“ im Restaurant „Vesuvius“ zu Friedrichshagen. Die fahrplanmäßigen Dampfer hatten in den Abendstunden außerordentlich große Verspätungen. Viele Personen, die bereits Fahrscheine gekauft hatten und erst später von diesen Verspätungen hörten, wollten nun nicht bis in die Nacht hinein warten, sondern ihr Geld zurückhaben, doch wurde ihnen dieses billige Verlangen unerklärlicherweise verweigert. Es wäre dem Verkäufer der Fahrscheine beinahe schief gegangen, wenn nicht ein paar besonnenere Herren aus dem Publikum die allgemeine Erregung hierüber auf geschickte Weise hätten zu besänftigen gewußt. Wie wir hören, wird die Sterngesellschaft auf gerichtlichem Wege zur Abgabe des Geldes für die unbenutzten Fahrscheine angehalten werden.

Der Jugendauschuss für Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 24. Juli, eine Reihe Gruppenausflüge für die arbeitende Jugend. Das Nähere wird am Donnerstag noch bekannt gemacht.

Das Sängersfest des Arbeiter-Sängerbundes, das am Sonntag im Müggelschloß bei Friedrichshagen abgehalten wurde, erfreute sich begünstigt durch prachtvolles Wetter einer starken Beteiligung der Sänger; auch viele Freunde des Arbeitergesanges waren gekommen. Das Programm wickelte sich im großen und ganzen glatt ab. Besondere Beachtung fand die Musik, wie das an Sonntagen nun einmal zu der unvermeidlichen Beigabe eines Ausflugs in die Vororte Berlins gehört.

Gefunden worden ist beim Sängersfest ein dunkler Sommerhalm mit Verbandsbuch vom Holzarbeiterverband auf den Namen Zuro; abgehoben im Verbandsbureau der Gaswirtsgehilfen, Große Hamburgerstraße 18/19. Seine Zigarettenfahse mit einer Taschenuhr hat ein Teilnehmer des Sängersfestes, der eben vom Baden kam, am Sonntag in der Mitte des Laufwegs vor dem Restaurant „Strandloß“ verloren; er bittet den Finder um Abgabe oder Nachricht an B. Blum, Rügener Straße 25, Quergebäude 4 Treppen.

Die 2. Bundesregatta des freien Ruderbundes fand am Sonntag auf dem Müggelschloßer See statt. Der „Freie Ruderbund“ verfügt freilich bisher nur über Mitgliedschaften in Berliner Genußvereinen, die zweckmäßiger als zu einem „Bund“ sich vielleicht zu einem großen Verein zusammenschließen. Obgleich in einer Reihe größerer deutscher Städte, wie in Hamburg, Frankfurt a. M. und anderen Orten die Bedingungen für den Rudersport genau so gegeben sind wie in Berlin, haben die Arbeiter sich dort noch nicht zu entschließen vermocht, dem Beispiel der wasserportfreundlichen Berliner Arbeiter zu folgen. Die Regatta des Bundes vom Sonntag litt unter diesem Ausbleiben auswärtiger Konkurrenz nicht, um so weniger, als ja das Wettfahren nicht der eigentliche Zweck der Arbeiter-Rudervereine ist. Die Kunst des Ruders und die Kunst des Publikums wurden den Arbeiterrudern übermäßig zu teil. Die allerdings nicht ganz zulänglichen Verkehrsmittel nach der „Liebesinsel“ vermochten das zuströmende Publikum nur langsam zu befördern. Der Start befand sich bei „Casé Vesuvius“ in Kummelsburg, das 1400 Meter davon entfernte Ziel bei der Liebesinsel. Klarer Sonnenschein ohne übermäßige Wärme machten den Aufenthalt auf dem Wasser zu einem Vergnügen; eine frische Ostbrise, die schief über das Müggelschloßer Ufer blies, erschwerte teilweise die Rudertätigkeit. Was an dieser Geleitet wurde war durchgehends wader. Nicht einwandfrei war dagegen mehrfach die Arbeit der Steuerleute. Im Doppelzweier-Rennen für Senioren wurde die Niederlage der „Freiheit“-Stralau gerabezu durch den Steuermann verschuldet, der trotz aller Warnungsrufe blindlings auf ein durch Panne im Ruderwasser festgehaltenes Motorboot losfuhr und sich auch sonst durch falsches Schwimmen des Körpers die erdenklichste Mühe zu geben schien, das Boot auszuhalten. Auf dieselbe Weise erschwerte der Steuermann des unterliegenden Damentweiers die Arbeit der Damen. Abgesehen von den Steuerleuten machte die Befragung dieser beiden Vierer den Eindruck absoluter Gleichgültigkeit. Man hatte fast den Eindruck, daß die Verführung der Rennstrecke auf 1000 Meter, die man den Damen zugestanden hatte, von diesen nicht gebraucht wurde. Sie zogen in prächtiger mit Ruhe gepaarter Verwe durch. Das Rennen der Damen, sowie die beiden Achterrennen wurden vom „Vorwärts“-Stralau allein bestritten. In allen anderen Rennen hatten auch „Collegia“-Tiefwerder und „Freiheit“-Stralau gemeldet. Doch gingen in allen Fällen, auch im Senior-Vierer um den Preis des freien Ruderbundes, die Boote des „Vorwärts“ als erste durchs Ziel. Dieser hatte freilich vor der „Collegia“ den nicht geringen Vorteil voraus, daß seine Mannschaften auf der Rennstrecke zu trainieren vermochten. Die „Freiheit“ teilte zwar diesen Vorteil, vermochte aber als kleinerer Verein nicht eine so große Zahl von Mannschaften zur Auswahl zu stellen, wie der „Vorwärts“, der überdies auch für jedes Rennen eine größere Anzahl von Booten gemeldet hatte als die kleineren Vereine. Ausgeglichen wurde dieses Verhältnis eigentlich nur im Doppelzweier für Junioren, wo sich zuerst zwei Boote der „Freiheit“ und des „Vorwärts“ gegenüberstanden, eine „Vorwärts“-Mannschaft jedoch zurücktrat. Sportlich war dieses Rennen vielleicht das interessanteste der Regatta. Wenn sie, so war hier für die „Freiheit“-Leute Gelegenheit gegeben, dem „Vorwärts“ die Trophäe zu entreißen. Es schien auch eine Zeitlang so, als sollte dies geschehen. Doch 4 („Vorwärts“) lag längere Zeit hinter 2 („Freiheit“). Schließlich purzte „Vorwärts“, der bis dahin sehr ruhig gefahren wurde, und ging an dem Gegner zunächst mit einer Länge vorbei. Aber auch dieser holte kurz vor dem Ziel kräftig auf, ohne jedoch dem „Vorwärts“ den Sieg wieder entreißen zu können. Eine gute Einlage und einen prächtigen Abschluß für die Regatta bildete das Auffahren der „großen Kanonen“ im Junior- und Senior-Achter. Im Eldampfertempo durchflogen die auf der Spitze berühmten rüstigen Achter des „Vorwärts“ die Bahn. In Schäum und Wellen fast verjährendes Wasser hinter ihnen das kleine Motorboot her, das die Achter trug. Hocherfreut verließen die Zuschauer das idyllische Ufer der Liebesinsel.

Rudern zu Zehlendorf, 17. Juli. Die vom besten Wetter begünstigten Rennen hatten einen guten Besuch aufzuweisen. Die

„Pleggerrennen“ wurden flott gefahren; drei von ihnen konnte der bekannte Fahrer Peter auf sein Konto bringen; Rudela wurde einmal Zweiter. Von Interesse war das Militärfahren, das von aktiven Soldaten bestritten wurde; Sieger in demselben war der Grenadier Schwarz. Viele Soldaten waren als Zuschauer anwesend, die das Fahren ihrer Kameraden genau verfolgten und mit ermunternden Zurufen nicht kargten. Leider wurden die beiden Dauerrennen, die beide über 40 Kilometer führten und von dem Zehlendorfer Schulze, dem Berliner Janke und dem Münchener Bäumlner gefahren wurden, infolge von Motorschäden, Brand der Führungsmaschine, von dem Bäumlner betroffen wurde, sehr beeinträchtigt. Schulze gewann beide Rennen mit großem Vorsprung; Bäumlner fuhr oft ohne Führung, während Janke in dem zweiten Rennen, da sein Motor versagte, ausfiel. Ergebnisse: Preis von Schildhorn: 1000 Meter, 80, 50, 30 Mark. 1. Peter, 2. Rudela, 3. Gaepegi. — Preis vom Wannsee: 2000 Meter, 100, 80, 10 Mark. 1. Peter, 2. Lorenz, 3. Gaepegi, 4. Nebemski. — Preis vom Schlachtensee: 2000 Meter, 60, 30, 15 Mark. 1. Peter, 2. Lorenz, 3. Rünger. — Preis von Zehlendorf: 2000 Meter. 1. Lorenz, 2. Linfener, 3. Büchwald. — Deutsches Verh.: 40 Kilometer, 500, 500, 300 Mark. 1. A. Schulze, 2. Janke, 2000 Meter, 3. Bäumlner, 23700 Meter zurück. — Militärfahren: 2000 Meter. Drei Ehrenpreise. 1. Grenadier Schwarz, 2. Grenadier Wittmann, 3. Garde-Schütze Strud; die beiden letzteren etwa 40 Meter vor dem Schluß gestürzt, doch erreichten sie das Ziel führend vor den anderen das Ziel. — Preis von Brandenburg: 40 Kilometer, 750, 500, 300 Mark. 1. A. Schulze, 2. Bäumlner, 20600 Meter; 3. Janke, beim 31. Kilometer aufgegeben.

Ein Fahrradmarbler hat am Sonntagmittag in der Schulstraße in der Nähe der Kirche ein Fahrrad gestohlen. Es handelt sich um einen Halbrenner mit folgenden Kennzeichen: „Agir“ 18004, schwarzer Rahmen mit festem Schloß, Doppelgabeln und Torpedofreilauf. Wer nähere Angaben über den Verbleib des Rades machen kann, wird gebeten, diese an Thomah, Müllerstr. 120, gelangen zu lassen.

Arbeiter-Samariterbund (Kolonne Berlin). Heute abend 9 Uhr 1. Abteilung Dredener Straße 45: Vortrag und Übungsstunde. Donnerstagabend 4. Abteilung in Vichtenberg bei Videnhagen, Schartweber Straße 60 ebenfalls Vortrag und Übungsstunde.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

An die Arbeiter und Arbeiterfrauen Rixdorfs ergeht hierdurch der Ruf, sich in der am Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Bürgerhalle, Bergstraße 147, stattfindenden Volksversammlung zu beteiligen. Referenten sind Genosse Stadtverordneter Max Groger und Genosse Georg Ido.

Wie den Lesern des „Vorwärts“ bekannt ist, hat der Berliner Magistrat eine Verfüzung der Sonntagsgeschäftszeit beschlossen und will gleichzeitig die angrenzenden Vorortgemeinden auffordern, sich diesem Vorhaben anzuschließen.

Nun hat sich erst in den letzten Monaten gelegentlich der Vermählungen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen gezeigt, daß die große Masse der Geschäftsleute sich einer Verfüzung der Sonntagsarbeitszeit ablehnend gegenüberstellen mit der Ausrede, daß sie die Rücksicht auf ihre Arbeiterkundschaft nehmen müßten.

Es besteht nun die Gefahr, daß unsere bürgerlichen Stadtverordneten sowie der Magistrat bei dieser Frage auch ihr „Arbeiterfreundliches Herz“ entdecken, von dem sonst so wenig zu spüren ist. Um nun dieser faulen Ausrede von vornherein die Spitze abzubrechen, ist es nötig, daß die Rixdorfer Arbeiterkraft durch Massenbesuch dieser Versammlung zeigt, daß sie gern auf die „garte Rücksichtnahme“ verzichtet. Unsere Leser werden gut tun, in allen Konsumentenkreisen auf die Wichtigkeit der Versammlung hinzuweisen und zum Besuch derselben aufzufordern.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstellung machte der Bürgermeister zunächst die Mitteilung, daß der Kreisauschuss die Klage des Herrn Jünich wegen Streichung seines Namens aus der diesjährigen Gemeindevorstellung abgewiesen habe; Jünich hat nun Berufung beim Bezirksauschuss eingelegt. Dem Lehrer Engelhard wurden 30 M. bewilligt zum Besuch der Fortbildungsschule für schwachbegabte Schüler. Eine längere Debatte bezog sich auf den Bau der Bankbrücke in Straße 19 und auf den Abschluß eines diesbezüglichen Vertrages mit der Gemeinde Pantow. Die ursprünglich auf 36 000 M. veranschlagten Kosten verringern sich auf 23 500 M. Davon bezahlt die Gemeinde Pantow die Hälfte, von der anderen Hälfte bezahlt die Gemeinde Nieder-Schönhausen ein Drittel, die anderen zwei Drittel werden vom Forstfiskus (sowie der Firma Warch getragen. Die Eigentumsrechte geben zu gleichen Teilen der beiden Gemeinden, ebenso wird von denselben die Instandhaltung der Brücke abwechselnd auf je drei Jahre ausgeführt. Die Brücke hat eine Gesamtbreite von 15 Meter und wird der Bau der Brücke von der Gemeinde Nieder-Schönhausen ausgeführt. Aus dem Vertrage wäre noch hervorzuheben, daß keine der beiden Gemeinden Brändelgeld erheben darf, ebenso sind beide gleichberechtigt zur Legung von Schienen zu Straßenbahnzwecken und Köhren aller Art. Das Mietgeld für Lehrpersonen wurde infolge geförderter Kündigung für den Leiter der höheren Schulen von 720 auf 620 M. erhöht, das der Lehrerinnen von 400 auf 470 M. Für die Errichtung einer neuen Oberlehrerstelle an der höheren Mädchenschule wurden die dazu benötigten Kosten bewilligt. Einem Besuch der hiesigen Feuerwehr um Ueberweisung von 150 M. als Gratifikation an 3 Feuerwehrleute, die derselben zehn Jahre angehört, wurde zugestimmt. Ferner wurde der Terrain-Aktion-Gesellschaft zur teilweisen Pflasterung der Blücherstraße die Genehmigung erteilt. Beschlossen wurde noch, in diesem Jahre eine zweimalige außerordentliche Fensterreinigung im Rathaus vorzunehmen, die Reinigung wurde den Berliner Glaserinnungsmeistern zum Preise von 104 M. übertragen. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Zehlendorf (Wannseebahn)

Die Warnung des Amtsvorstehers von Zehlendorf vor der „Allgemeinen Bau- und An siedlungs-Gesellschaft m. b. H.“ hat letztere veranlaßt, uns ihre Verträge vorzulegen, die sie mit Kaufmännern ihres Terrains abschließt. Daraus erhellt allerdings, daß sie Kaufmännern gegenüber keineswegs verspricht, daß der Verkaufsplan noch nicht genehmigt ist und daß Rückzahlung des Kaufpreises erfolgt, wenn in drei Jahren das gefauste Grundstück nicht baureif ist. Weiter wird auch nicht versprochen, daß der Weg, der zu dem der Gesellschaft gehörenden Terrain führt, zurzeit noch kein öffentlicher ist.

Selbstverständlich tun alle Leute, die Käufe und Verträge abschließen, gut, sich genau alles vorher anzusehen, bevor sie was unterschreiben. Und bei der großen Zahl der stark konkurrierenden Terraingesellschaften, die vor allem Pargellen verlaufen, ist Vorsicht immerhin angebracht.

Nowawes.

Ein erschütterndes Geschehen der Parteiorganisation und des Interesses der Arbeiterschaft am politischen Leben verzeichnet die Berichte des Vorstandes und der Funktionäre des Wahlvereins über das verfloßene Halbjahr, welche in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins erstattet wurden. Danach hat sich die Mitgliederzahl um 113 Genossen seit Januar vermehrt und beträgt jetzt 855 Genossen, darunter 47 weibliche. Außer sechs Wahlvereins fanden sieben Volksversammlungen sowie fünf Flugblattverteilungen statt. Die Resultate der Agitation sind neben der Vermehrung der Mitgliederzahl auch eine solche der Abonnenten des „Vorwärts“ von 377 auf 414 und der „Brandenburger Zeitung“ von 409 auf 488. Der Kassenericht ergab eine Einnahme von 1828 M., eine Ausgabe

von 1745 M., wovon 1228 M. an die Kreisliste abgeliefert sind. Gezügeltere Befriedigung erweckt der Stand der Jugendorganisation, welche nur 100 Mitglieder zählt, welche Zahl bei genügender Unterstützung der erwachsenen Genossen wohl vermehrt werden könnte, um so mehr, als der Jugendauschuss befreit ist, in jeder Weise die Jugendlichen an die Organisation zu fesseln. Von der Lokalkommission wurde gefordert, daß von verschiedenen Genossen bei Besuch auswärtiger Lokale die Lokallisten nicht genügend beachtet wird, dagegen ist der Besuch der geprüften Lokale am Orte durch organisierte Arbeiter gegen früher bedeutend zurückgegangen. Bei der Vorstandswahl wurden die amtierenden Genossen wiedergewählt mit Ausnahme des Genossen Höllner, der eine Wiederwahl ablehnte; für diesen wurde Genosse Kesserschmidt zum Vizepräsidenten bestimmt. Die Wahl eines weiblichen Vorstandsmitgliedes wurde veriangt, um den Genossinnen Gelegenheit zu geben, in einer Zusammenkunft geeignete Vorschläge zu machen. In die Lokalkommission wurden die Genossen Reinhold, Schulz und Winter, als Bibliothekare die Genossen Schöffel und Seidenberg und als Revisoren die Genossen Wittke, Höllner und Lindenberg gewählt. — Der Vorsitzende Strohnberg teilte mit, daß am Sonntag eine Flugblattverteilung und am 20. Juli im „Vollgarten“ eine Volksversammlung stattfindet zwecks Stellungnahme zur Reichsversicherungsreform. Ferner wurde bekanntgegeben, daß die Bezirksversammlungen in Zukunft jeden Mittwoch im Monat stattfinden. — Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Strohnberg, Lohm, Weinert und Richter delegiert. Zum Schluß der Versammlung, in welcher 15 Genossen aufgenommen wurden, forderte Genosse Gruhl zu reger Agitation für die bevorstehenden Gewerkeparlamentwahlen auf.

Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Magistratsvorlage, wonach die Fischerei in der Waschpule nicht mehr verpachtet werden soll, zu. Sodann wurden 125 M. für die ärztliche Untersuchung der Schulkind bewilligt. Eine Anleihe von 70 000 M. zu 4 Proz. Zinsen bei 2 Proz. Amortisation soll von der Kreisparlament für den Schulhausbauentwurf entnommen werden.

Genosse Heßling stellte den Antrag, da das beim Wasserbau zur Verwendung kommende Steinmaterial den gestellten Anforderungen nicht entspricht, den Unternehmer Bach (welcher Stadtverordneter ist) aufzufordern, daselbe abfahren zu lassen und durch anderes den Bedingungen entsprechendes zu ersetzen. Der Antrag wurde mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Desgleichen verfiel die Magistratsvorlage mit 11 gegen 10 Stimmen der Ablehnung, wonach dem Unternehmer die Verwendung der Steine gestattet werden sollte, wenn die fraglichen 30 000 Steine, welche fast mit Kalibestand durchgesetzt sind, gründlich getränkt würden. Durch die Ablehnung beider Anträge ist jedoch erzielt worden, daß der Unternehmer verpflichtet ist, bedingungsmäßiges Material zu verwenden. (Das sollte eigentlich selbstverständlich sein, D. Red.) Dem Vollziehungsbeamten Ludwig ist im alten Krankenhaus die Wohnung des Krankenwärters überwiesen worden, mit der Maßgabe, daß die Verpflegung der Personen im Armenhause zu übernehmen. Als Verpflegungssätze wurden vom Magistrat für Erwachsene 65 Pf. und für Kinder 50 Pf. in Vorschlag gebracht. Die Versammlung stimmte jedoch mit 17 gegen 4 Stimmen dem Antrage Dr. Wieners zu, wonach für Erwachsene 75 Pf. berechnet werden sollten. In nicht öffentlicher Sitzung wurde die Anstellung des Architekts Dösch auf Lebenszeit mit einem Anfangsgehalt von 2100 M. als städtischer Baubeamter beschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Freunde der Frauen„befreiungsbill“.

Das Ergebnis der zweiten Lesung der Frauenwahlrechtsvorlage im englischen Unterhause, über das der „Vorwärts“ in Nr. 185 berichtete, gibt der „Justice“ Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

„Der letzte Antrag, das Wahlrecht zum Parlament auf die besitzenden Frauen auszudehnen, hat die zweite Lesung im Unterhause mit einer Majorität von 109 Stimmen passiert. Mit größerer Majorität indessen — es handelt sich um 145 Stimmen — lehnten die hiesigen Mitglieder es ab, den einen Schritt zu tun, der den Antrag vor einem schmerzhaften Hinscheiden bewahren konnte, nämlich ihn einer Kommission zu überweisen. Recht so! Das zeigt, wie wir immer behauptet haben, daß viele derer, die für die Bill stimmen, es nur tun, um „das Gesicht zu wahren“ — sowohl im wörtlichen wie im übertragenen Sinne — während sie in Wirklichkeit gar nicht den Wunsch haben, daß der Antrag Gesetz wird. Noch mehr, die Möglichkeit, daß diese anti-demokratische Maßregel während der Lebensdauer des gegenwärtigen Parlaments Gesetz werden könnte, wird dadurch ganz in Frage gestellt. Ja, antidemokratisch ist sie, und darum haben wir sie bekämpft. Das Volk verlangt nicht danach, nicht einmal die Frauen, die in ihrer Mehrheit nicht politisch frei würden. Es würde nur eine neue bevorrechtete Klasse von Wählern geschaffen haben, die sich mit Jähnen und Kägeln jeder Erweiterung des Wahlrechts widersetzen haben würden. Mr. Shackleton (der Antragsteller) hat gut reden, daß die Bill das dünne Ende des Reils bedeute; und ebenso Herr Gardie, wenn er sagt, jeder, der sich dieser Bill widersetze, weil er sie nicht für demokratisch hält, beweise nur, daß er die Frage nicht verstehe. Dabei erklären selbst die Hauptförsprecher des Antrages, daß er die Frage endgültig festlege, und demjenigen jeden als Lügner, der behauptet, daß die Bill eine Stufe auf dem Wege zum allgemeinen Stimmrecht sei. Mr. Shackleton und andere demokratische Freunde der Vorlage sollten sich doch mit ihren Freunden besser verständigen, bevor sie neue Versuche machen, sie durchzusetzen.“

Frau Olivia Nielsen,

eine der tüchtigsten Vorkämpferinnen der gewerkschaftlichen und politischen Frauenbewegung Dänemarks, ist am Montag plötzlich verstorben. Sie war Stadtverordnete in Kopenhagen und Vorsitzende des weiblichen Arbeiterverbandes und teilte als Vertreterin dieses Verbandes seit Ende voriger Woche in Aarhus auf dem Kongress des dänischen Arbeitermannsverbandes. Sie starb im Kommunehospital dieser Stadt an den Folgen einer Operation, der sie sich wegen Darmverengung unterziehen mußte. Die Genossin Olivia Nielsen ist 57 Jahre alt geworden. Sie stand seit 17 Jahren an der Spitze des genannten Arbeiterinnenverbandes. In der Stadtverordnetenversammlung Kopenhagens, der sie angehörte, seitdem im vorigen Jahr die dänischen Frauen zum erstenmal als Wähler wie als Wahlkandidaten auftreten konnten, tritt an ihre Stelle Genosse Weggaard, Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins im 10. Wahlkreis.

Der Verein zur Errichtung von Arbeiterheimen schreibt an: Im Erholungsheim für Arbeiterinnen zu Freiuhagen i. d. Mark sind in diesem Monat alle Plätze besetzt. Für den August werden noch Anmeldungen angenommen, welche mündlich im Heim Kottbuser Ufer 33 erfolgen müssen. Der Pensionpreis beträgt 1,50 M. pro Tag. Ausgeschlossen sind alle, die an ansteckenden Krankheiten leiden.

Kaufmännische Krauten- und Sterbekasse von 1885. (S. 6. 71.) Dienstag, den 19. Juli, abends 9 Uhr, im Restaurant A. Landré, Stralauer Str. 26/27: Sitzung.

Lebe- und Diskutterklub „Oken“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Frank, Sandburgstr. 4: Sitzung. Gäste willkommen.

Antiker Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft langsam, Preise unverändert, für Kalb- und Schweinefleisch mäßig. Wild: Zufuhr mäßig, Preise wenig verändert. Gänse: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beständig. Hühner: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Geschäft anfangs still, später reger, Preise wenig verändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Einberufung Nr. 60, vorn der Treppen - 7 a r h u b l - , wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Nr. 95. Das müssen wir ablehnen. — **Nr. 96.** Ja. — **Treter.** Ihre Darstellung ist unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Nr. 97.** 1. Ein Jahr lang, vom Fortzuge an gerechnet. 2. Ja, beim Bezirksauswahlg. 3. Kassebau. — **Nr. 40.** Eine Klage auf Zahlung der 130 M. und Ausschüttung der Police hat unseres Erachtens Aussicht auf Erfolg. — **Brandenburg 100.** 1. Das ist nur mit Zustimmung des Vormundschaftsgerichts zulässig. Wir halten es für ausgeschlossen, daß das Vormundschaftsgericht eine solche erteilt. 2. Vielleicht hat ein Antrag an den Regierungspräsidenten auf Namensänderung Erfolg. — **Nr. 98.** 1. Es gibt mehrere Gesellschaften, die Sie im Abschluß - II Teil - verzeichnen finden. 2. Ja, ist aber verpflichtet, für die Kündigungsbauer Note zu zahlen. — **Nr. 99.** 134. **Rein.** — **Pächter 20.** 1. Vor dem 1. Oktober kann Ihnen weder vom alten noch vom neuen Eigentümer das Nachgründstück entzogen werden; Gewaltanwendung gegen Sie wäre strafbar. 2. Derjenige, der Sie unrechtmäßig vertreibt, wäre strafbar. 3. Die Klage wäre aussichtslos. 4. Eine einseitige Verfügung, die bei Strafe jede Störung derart in Ihrem Rechte bei Strafe verbietet, wobei beim zuständigen Amtsgericht anzustellen. 5. Das hängt von dem Werte des Streitgegenstandes ab. 6. Jeder Anwalt kann Ihnen diesen Prozeß führen. — **Nr. 100.** (oder Nr.) 17. Ihr Wagen ist, da Ihnen geliehen, in Ihrem Eigentum verblieben; Sie können ihn von jedem Erwerber zurückfordern. Natürlich ist auch Strafanzeige wegen Unterdrückung möglich; Ihre Erklärungen werden dadurch nicht berührt. — **Nr. 101.** Eine Handlung angefertigt darf nur dann mit monatlicher Frist zum Schluß jedes Monats gefündigt werden, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist. Lag solche Vereinbarung vor, so gilt die fragliche Kündigung zum 1. August; fehlte solche Abrede, so konnte erst zum 1. Oktober gefündigt werden. Für einen gewerblichen Arbeiter beträgt die Kündigungsfrist 14 Tage; dann gilt die Kündigung bis zum 1. August. — **Nr. 102.** 1. Verklagen Sie in Ungarn beim Gericht des Wohnsitzes. Wegen des zuständigen Gerichts und der

Norm wenden Sie sich an das deutsche Konsulat. 2. Weiden Sie den Unfall sofort bei der Polizei. — **Nr. 97.** **Rein.** — **Nr. 500.** Der Ihre Beschäftigung eine Laufmännliche, so konnte Ihnen nur zum 1. Oktober gefündigt werden, trotz der Abmahnung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist; ebenso wenn Ihre Tätigkeit eine gewerbliche, aber nachübertragene war. Solange Ihr Dienstverhältnis dauert, läuft auch, wenn Sie tatsächlich nicht mehr beschäftigt werden, Ihre Krankheit und Invalidenversicherungspflicht. — **Nr. 98.** 5. Die Gütertrennung besteht nach dem Gesetz ohne weiteres. — **Nr. 99.** 12. Die Frage muß genauer gestellt werden. — **Bravo 150.** 1. Gegen die Entscheidung ist nichts zu machen. 2. Auf dem Friedhof, der in der betreffenden Gemeinde für die Beerdigung konfessionslos bestimmt ist. — **Nr. 100.** 1. Bei erheblicher Gefahr einer erheblichen Gesundheitsgefährdung ja! 2. In diesem Falle: ja. Die Papiere müssen überhaupt jetzt sofort herausgegeben werden. 3. Der Arbeitgeber hat allen Schaden, der durch die unterlassene Anmeldung entstanden ist, zu ersetzen und ist zudem strafällig. — **Nr. 101.** 1. An die Armenbehörden. 2. Das politische Wahlrecht geht dadurch verloren. 3. Es hängt davon ab, wie lange die Unterfertigung dauert. Wiederholen Sie diese Frage genauer. — **Nr. 102.** 1. Ob der Abzug gerechtfertigt ist, hängt davon ab, ob die Kosten so hoch waren oder eine solche Verzugsstrafe für den Fall des Rücktritts vereinbart war. 2. Das zu Unrecht abgezogene müßte durch Klage beim Amtsgericht zurückgefordert werden. 3. Folgt später. — **Nr. 500.** 1. Ja, 2. und 3. Die Hinsen der Sparanlage werden bei Berechnung des steuerbaren Einkommens mit berechnet und sind daher anzugeben. — **Nr. 101.** **Darmstadt.** 1. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat keine solche rückwirkende Kraft. 2. Der Rest der Kaufsteuer ist seit seiner Abschaffung zu verjähren. 3. Die Klage wegen dieser Hinsen ist bei dem für hoch zuständigen Amtsgericht (wohl in Nord) anzustrengen; am besten wenden Sie sich an einen dortigen Rechtsanwalt. — **Nr. 102.** (oder Nr.) 45. Die Anmeldung zur Krankenkasse ist nicht nötig. — **Nr. 500.** **Rein.**

Wetterprognose für Dienstag, den 19. Juli 1910.
Etwas kühler, zunächst ziemlich trübe mit Regen und mäßigen nordwestlichen Winden; später wieder langsam aufleuchtend.
Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 18. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 1 m Höhe	Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 1 m Höhe
Emmenda	760	SW	3	halb bb.	18	Dabrand	760	SW	4	bedeckt	8
Hamburg	760	SW	4	wolfig	17	Deisterburg	759	SW	2	halb bb.	12
Berlin	759	SW	2	bedeckt	18	Seibitz	760	SW	3	bedeckt	14
Frankfurt	757	SW	4	halb bb.	19	Übersee	766	SW	3	bedeckt	12
München	760	SW	4	bedeckt	18	Paris	759	SW	3	bedeckt	18
Wien	759	SW	3	halb bb.	20						

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 7.	am 16. 7.	Wasserstand	am 17. 7.	am 16. 7.
Havel, TUM	177	177	Saale, Großh.	162	162
Havel, Unterburg	89	89	Havel, Spandau	42	42
Spree, Thon	74	74	Havel, Hallesche	80	80
Oder, Rathor	401	401	Spree, Spremberg	146	146
Oder, Krossen	227	227	Spree, Beetzow	77	77
Elbe, Braunschweig	218	218	Elbe, Rendsb.	19	19
Elbe, Schrum	92	92	Elbe, Rindb.	14	14
Elbe, Lüneburg	11	11	Elbe, Marzianbau	650	650
Elbe, Borchum	4	4	Elbe, Rindb.	497	497
Elbe, Lüneburg	85	85	Elbe, Rindb.	507	507
Elbe, Lüneburg	28	28	Elbe, Rindb.	140	140
Elbe, Lüneburg	279	279	Elbe, Rindb.	215	215
Elbe, Lüneburg	228	228	Elbe, Rindb.		

+) bedeutet Hoch, -) Fall. — Unterpegel. *) höchster Wasserstand am 17. 5 Uhr morgens: 408 cm.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 19. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Die Hebräer.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Raune des Verliebten.
Nacht und Holofernes.
Kamerjule. Liebeswalzer.
Kessing. Kaiserluft.
Königliche Oper. Der Regimentspapa.
Neues Schauspielhaus. Der Sieger.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Taktun.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Thalia. Charles Tante.
Heddel. Dem gehört Helene?
Spur. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wallner - Theater.)
Rigoletto.
Schiller Charlottenburg. Die von Hochstetel.
Rotte. Der Gesundheits.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Gallo II — Die große Revue.
Folies Caprice. Pariser Ehen.
Das Verführungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Vakanz. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Faberland. Spezialitäten.
Wreter. Im Reiche des Mars.
Urania. Landestruke 48/49.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte. Invalidebl. 57-62.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Heute 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.
Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen Schwestern Blazek und ihr Kind.
Von 11-1 Uhr mittags u. von 8-10 Uhr abends zu sehen.
Kein Extra-Entree!
Nur wenige Tage!
Eintritt 50 Pf., Kinder und Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottschald-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gottschald des Deutschen Landes-Theaters in Prag:
Rigoletto.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christi.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Maskenball.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.
Duffpiel in 3 Aufzügen von Leo Waller Steinhilber und Ludwig Heller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.

Lung-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
Täglich Translatoren- und Militärkapellen.
Eintrittspreis 50 Pf.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Carl täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Mk., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 Mk.
CIRCUS
Cyrl Hatle
Das Monstrum aller europäisch. Zirkusse
Nur noch wenige Tage!
Ecke Haupt- u. Mühlenstraße.
Tel. Amt 6, 129.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Großer Galaabend.
Mittwochs u. Sonntags zwei große Vorstellungen, nachm. 4 und abends 8 1/2 Uhr. In den Mittwochnachm.-Vorst. 1 Kind unter 12 J. frei. Außerd. die bek. Preisermäßigungen.
Königstadt-Kasino.
Polsterstr. 72. Ude Alexanderstraße.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Am herrlichen Naturgarten (bei unangenehm. Witterung im Theateraal).
Täglich: **Grand Koncert** und **Holofernes**? ? ?
Wassil, bester Entschuldigungsstil, um Goldschmieds Tochterlein, Volksst. m. Ges. in 1 Akt.
Anfang wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die keusche Coinette.
Das Verführungsfest.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Künstler d. Landstraße.
Hr. Barthelemy von Meyss.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kaiserluft.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taktun.**
Morgen: **Taktun.**
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu erwünscht. Breiten: Die Dollarprinzessin.
Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der größte Theatererfolg Berlins
Caruso
Senor Orduna.
Der stimmgewaltigste Tenor, der je gehört wurde, u. das große Juli-Programm.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei unangenehm. Witterung Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der besten Turmsteinkünstler der Welt The. Leopold.
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter. Hr. Lachterfolg: **Gustav Looser Comp.** Sensations-Paradimonie, ein Spekt in einer höchsten Weltanschauung. — **Tutti Krill und Gustav Müller.** Original-Humoristen mit ihren wunderbaren akrobatischen politischen-satirischen Schlägern und das neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Hessen Land- und Wasser - Feuerwerk und Ball.**
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentritt 20 Pf. Kinder frei. Um gütigen Zuspruch bitten **Heute und Walsamar Diez.**

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Volkstück mit Ges. in 2 Akt.
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Jed. Mitw.: Kinderfreudenfest.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasehald 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Grävenitz, Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

ROSE-THEATER
Große Jeanfauter Str. 132.
Auf der Gartendüne:
Der Seckadett.
Operette in zwei Akten von Otto Richter. Musik von G. Steffens.
Auftritten erstklassiger Spezialitäten.
Großes Gartenkonzert. Anf. 4 1/2 Uhr.
Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das sensationelle Programm, u. a.:
Klassische Tänzerinnen vom königl. dänischen Ballett.
Schimpanse-Orang-Utang als Zauberspieler.
Cyrette — ohne Männer: „Holland im Orient“.
22 Holländerinnen 22.

WINTERGARTEN
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung: „Abenteuer eines Toreros“.
Les fleurs Polonaises
„Ein polnisches Bauernfest“.
Amann
Mimiker und Charakteristiker sowie die sensationellen Attraktionen des Juli-Programms!
Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Grotzerstr. (Anh.). Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur Sonnabends, Sonntag u. Montag. Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anfang 7 Uhr. Vorzugskarten, nur wochentags gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Steis wech. Progr. Jed. Sonnt. 1. Oberaal: Künstlerkonzert. Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf. R. d. Konzert: Familien-Kränzchen. Täglich: Freikonzert.

Elysium
Landsberger Allee 40-41.
Heute sowie täglich:
Spezialitäten.
Nur beste Kunstkräfte.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Avis! Empfehle den geschätzten Vereinen meinen 1000 Vert. fassenden Saal mit Bühne zu Festlichkeiten und Veranlassungen. Sonnabends sowie Sonntags ab 10 Uhr bis 12 Uhr einige noch frei.
Ami 7, 2017. **Karl Effemann.**

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Vellernmannstraße.
Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue Kisten-Justiz. Zur Aufsicht. gel. **Der Goldenfel.** Lebensbild mit Gesang u. Tanz in 3 Akt. v. R. Eimar. Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Faunor.**
BBB
Brannenstraße 10.
Das größte Kino-Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/98.
Wenn schön — im Garten!
Wenn Regen — im Saal!
Abends 9 Uhr:
Berliner in Japan.
Operette v. Hofflinger. Musik v. Rind. Die brillantesten neuen Spezialitäten der zweiten Julihälfte.
Anfang Sonnt. 1/2, wochent. 1/2, 5 Uhr.
Mittwochs: Eine feine Familie mit Ritz u. Karl Reich i. d. Hauptroll.

Sommer-Theater
Café Bellevue
am See und Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Spree-Garten Treptow.
Gegenüber der Sternwarte.
Erstklassiges und größtes Konzert-Etablissement Treptows.
Säle und Innenräume für ca. 3000 Personen.
Orig. Pilsner, Schultheiß-Biere, Spatenbräu.
Heute Dienstag: Walzer-Abend.
Großes Militär-Konzert.
Kap. des Eisenb.-Reg. No. 1, kgl. Obermusikmeister Lebede.
Anfang 7 Uhr. **Vorverkauf!** Entree 15 Pf.
Mittwoch, Donnerstag: 2 Extra-Tage.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Walhalla
Variete-Theater
Waldbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Abends 8 Uhr:
Das großartige Variete-Programm.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich **Gr. humorist. Soiree.** (Gesangs-vorträge, Theater und Variete-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst. und Sonnabends: **Tanzkränzen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr. — Alle Bands gütlich.
Im Restaur.: Mittags 75 Pf. Gr. u. H. Sätze zu Festlichkeiten aller Art. **Max Saeger.**

Volgt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 68.
Heute Dienstag, 7 1/2 Uhr:
Wineta.
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von G. Schulz. Das neue große Juli-Programm. Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Achtung, Grünau!
Empfehle allen Freunden und Bekannten zu den bevorstehenden Sommerauslägen mein (renoviertes) Lokal und Garten. Nur beste Speisen und Getränke zu billigen Preisen.
Gustav Lindenhayn,
Telephon 17. **Freidrichstr. 2.**
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

